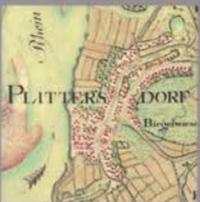
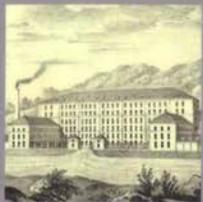
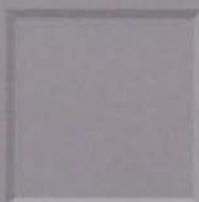




Wege aus der Armut



Baden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts



Wege aus der Armut

**Baden in der ersten Hälfte
des 19. Jahrhunderts**

**Herausgegeben von
Rainer Brüning und Peter Exner**

**Landesarchiv Baden-Württemberg
Generallandesarchiv Karlsruhe
Karlsruhe 2007**

Alle Rechte vorbehalten

© 2007 by Landesarchiv Baden-Württemberg

Verlag: Förderverein des Generallandesarchivs Karlsruhe e. V.

Gesamtherstellung: Maierdruck, Lingenfeld

ISBN 3-930158-14-0

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
1. KRISEN	
Ein raues Klima	8
Bevölkerungsexplosion	10
Die Hungerkrisen 1816/17 und 1846/47	12
Landwirtschaft	14
Hüttekinder	16
An Armut gescheiterte Siedlungen	18
Fabrikarbeiter in der Stadt	20
Gefahr durch die Cholera	22
2. REAKTIONEN	
Die Fabrikrede von Franz Josef Buß 1837	24
Die Drei-Fabriken-Frage von 1848	26
Die antijüdischen Ausschreitungen 1819 und 1848	28
Der Sturm auf Rentämter und Archive 1848	30
Die Parlaments-Dampfmaschine in Frankfurt	32
3. LÖSUNGEN	
Eisenbahn	34
Rheinkorrektion	36
Landflucht und Stadtentwicklung in Mannheim	38
Die Spinnerei und Weberei in Ettlingen	40
Uhrenproduktion in Heimarbeit	42
Herstellung von Zigarren	44
Das Männergefängnis in Bruchsal	46
Medizin und Hygiene	48
Der Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder	50
Der Badische Frauenverein	52
Arbeiterbewegung	54
Auswanderung	56
Literaturhinweise	58
Autorenverzeichnis	60

Einleitung

Als der badische Domänenrat Daniel Theophil Abegg (1812-1892) im Spätjahr 1848 die *Verarmungsfrage mit besonderer Berücksichtigung des Großherzogthums Baden* ergründete, war die Revolution bereits in ihre zweite Radikalisierungsphase eingetreten. Seit Jahren hatte eine drückende Massenarmut als Dauererscheinung die Gesellschaft geprägt und damit zum Reformstau im Vormärz beigetragen.

Abegg erkannte in Baden, wo zu diesem Zeitpunkt knapp 1,4 Millionen Menschen in rund 1.500 Gemeinden lebten, eine soziale Krise, die ihre Ursachen in der Armut und Ohnmacht der Menschen sowie des Staates hatte. Er machte dafür sieben Gründe aus: Individuelle Ursachen waren für ihn körperliche Gebrechen und eine mangelhafte Arbeitsmoral des Einzelnen; strukturelle Gründe sah er in der unzureichenden Ausbildung, der Invalidität durch Arbeitsunfälle, der Unterbeschäftigung und -bezahlung, dem Missmanagement – auch bei Vollbeschäftigung – und der unzureichenden staatlichen Strukturpolitik. Abegg legte eine gründliche Analyse der sozialen Lage in Baden vor. Er hatte genau beobachtet, wie es zur Verelendung weiter Bevölkerungskreise gekommen war.

Der Blick auf die Nachtseiten des Lebens vereint den Domänenrat mit dem Historiker. Denn Geschichte erschöpft sich nicht in der Abhandlung von Geschlechtern, Schlachten und Regierungsdaten. Die Geschichtswissenschaft hat schon seit längerem einen Perspektivwechsel vollzogen. Sie hat sich von einer Geschichte der Haupt- und Staatsaktionen ab- und der Geschichte des „kleinen Mannes“ zugewandt. Sie hat sich damit den Lebensbe-

dingungen und den Gestaltungsmöglichkeiten der traditionell unterprivilegierten Schichten geöffnet. Mit Georg Christoph Lichtenberg, einem klassischen Vertreter der Aufklärung, lässt sich sagen: *Es kommt nicht darauf an, ob die Sonne in eines Monarchen Staaten nicht untergeht, wie sich Spanien ehemals rühmte, sondern was sie während ihres Verlaufs in diesen Staaten zu sehen bekommt.* Im 19. Jahrhundert bekam die Sonne auch in Baden nicht nur Glänzendes zu sehen, wie es der auf Seite 6 abgebildete Reiseführer von 1837 für sozial gut situierte suggerierte.

Geschichte ist mithin nicht gemütlich. Sie ist auch nicht bloß erbaulich. Es ist nicht nur eine Pflicht, sondern es hat auch seinen Reiz, sich auf die Schattenseiten der Geschichte einzulassen. Sich mit der Frage der Armut und sozialer Krisen zu befassen, sich zu fragen, wie der Weg aus der Armut erfolgreich beschritten werden konnte, besitzt nicht nur für den Rückblick auf das 19. Jahrhundert seine Berechtigung.

Vor dem Hintergrund der letzten großen europäischen Hungerkrise 1846/47 ist es das Ziel des Buches, den erfolgreichen Weg Badens aus der Krise, von der Armut hin zu besseren Lebensbedingungen für die breite Masse der Bevölkerung, aufzuzeigen. Die dazu ausgebreiteten Quellen – Akten, Drucke, Pläne, Plakate, Statistiken und Zeichnungen – sollen zum einen die Argumentation der Beiträge verdeutlichen. Zum anderen sind sie auch ein Streiflicht auf die vielfältigen und reichhaltigen Bestände des Generallandesarchivs Karlsruhe und die kulturelle Überlieferung des Landes.

Die 25 Beiträge gliedern sich in drei große Abschnitte. Der erste Themenblock widmet sich den KRISEN in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Der zweite Bereich thematisiert die REAKTIONEN auf die gesellschaftlichen Probleme, die teils in diskursiver Form, teils in eruptiven Gewaltausbrüchen erfolgten. Der letzte Teil geht auf die LÖSUNGEN der Probleme ein, die Baden schließlich aus der Krise führen sollten.

Die Hauptursache für die Massenverelendung großer Teile der badischen Bevölkerung lag in dem Bevölkerungsanstieg, der im 19. Jahrhundert anhub. Hinzu kam eine Reihe von Problemen, die im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Umbruch standen. In den 1830er und 1840er Jahren wurde die alteuropäische ständische Sozialordnung tiefgreifend erschüttert, während die neue bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft sich noch nicht abschließend formiert hatte. Zeitgenossen wie auch spätere Historiker nahmen die rasante Bevölkerungsvermehrung und die damit einhergehende Massenarmut als neue Qualität wahr und bezeichneten sie als *Pauperismus*.

Die Bevölkerungsexplosion hatte mehrere Ursachen. Seit 1829 galt im Großherzogtum eine neue Eheordnung, welche die obrigkeitlichen Heiratshindernisse zu Fall brachte. Die Einwohnerschaft wuchs zwischen 1815 und 1850 um mehr als ein Drittel. Diesen Zuwachs ermöglichten auch die Fortschritte in der Hygiene und in der Medizin. In der wachsenden Erkenntnis, dass die Volksgesundheit untrennbar mit den sozialen Verhältnissen, mit den Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen, zusammenhängt, wid-

mete sich die Medizin nicht mehr nur der Behandlung von Krankheiten, sondern wandte sich zunehmend deren Vorbeugung zu. So diente der Bau von Badeanstalten der Verbesserung der Körperhygiene und damit der Seuchenprophylaxe, die der Cholera zu Beginn der 1830er Jahre Einhalt gebieten sollte.

Wirtschaftlich löste der Bevölkerungsanstieg eine Vielzahl von Problemen aus. Die zunehmende Zahl an Menschen musste ernährt werden und Arbeit finden. In dem traditionellen Erwerbssektor, der Landwirtschaft, von der in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts drei Viertel der Einwohner lebten, wirkte sich der Bevölkerungszuwachs zu einem gewissen Punkt produktionssteigernd aus, weil er den Ursektor mit Arbeitskräften versorgte und die Absatzmärkte erweiterte. Doch brachten Störfaktoren die Produktivität der personell zunehmend überspannten Agrarökonomie wiederholt zum Erliegen. Der Ausbruch des Vulkans Tambora auf der indonesischen Insel Sumbawa 1815, der die von der kleinen Eiszeit diktierten klimatischen Anbaubedingungen verschlimmerte, führte 1816 zu einem verregneten Jahr ohne Sommer mit massiven Ernteausfällen und zu einer schweren Versorgungskrise. Die Missernte und die Fäule des Hauptnahrungsmittels, der Kartoffel, beschworen 1846/47 abermals eine furchtbare Hunger- und Teuerungskrise herauf.

Das Handwerk war überbesetzt. Die Zahl der Ein-Mann-Betriebe stieg, so dass den nachrückenden Gesellen der Aufstieg verbaut wurde oder der soziale Abstieg unter die Tagelöhner und Fabrikarbeiter drohte. Traditionelle Regelungsmechanismen wie die Zunftordnungen erschienen manchem bedrängten Meister als Hoffungsstreif, erwie-

sen sich aber als Bremsklotz, wollte man damit gegen die Konkurrenz industriell gefertigter Waren aus dem Ausland bestehen.

In Baden entstanden früh an mit Wasserkraft begünstigten Standorten Industrialisierungsiseln, wo Agrarerzeugnisse, vor allem Leinen und Wolle, weiter verarbeitet wurden. Im Albatal verfeinerte von 1838 an die erste Aktiengesellschaft der deutschen Baumwollindustrie die eingeführte Naturfaser. Die in der Ettlinger Spinnerei und Weberei eingesetzten Spinnmaschinen und mechanischen Webstühle brachten neue Produktionsformen und eine neue soziale Schicht hervor: Die Fabrikarbeiterschaft wuchs heran, deren Arbeits- und Lebensrhythmus die Fabrikuhr vorgab. Arbeiterquartiere prägten in urbanen Zentren wie Mannheim die Stadtentwicklung. Während auf dem Land wiederholt Siedlungen aus Verelendung aufgegeben wurden, expandierte die Quadratestadt in Folge der Landflucht stetig und war 1852 die bevölkerungsreichste Stadt Badens.

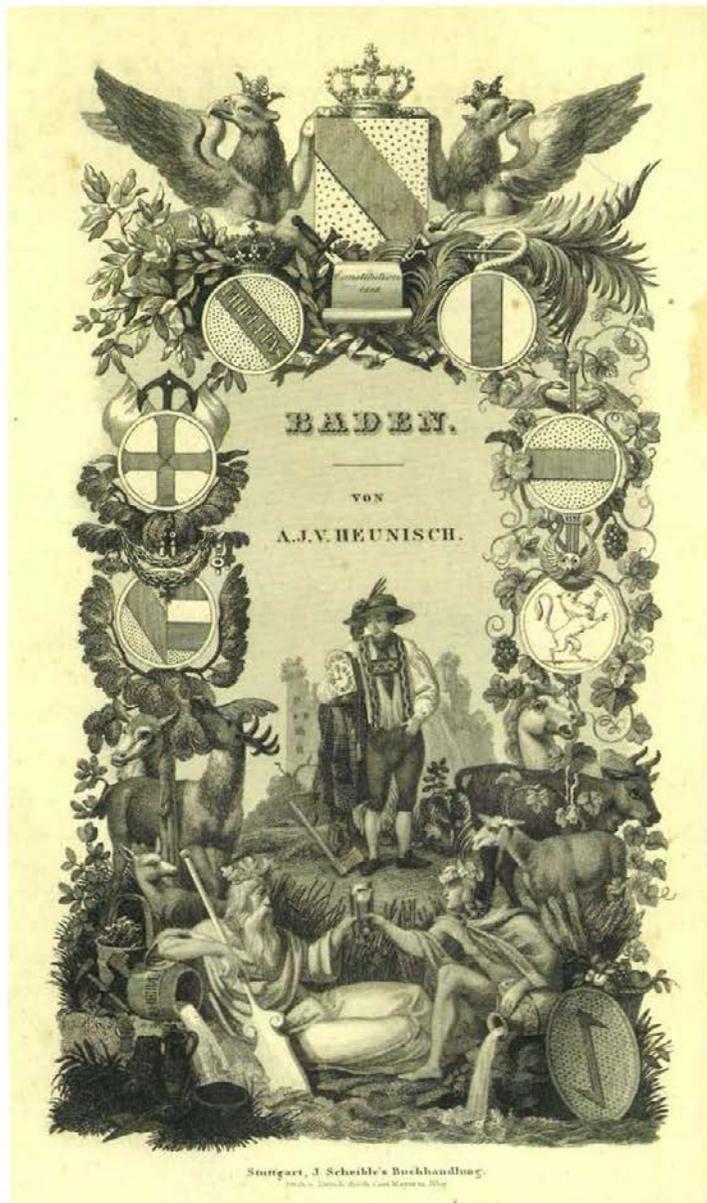
Unter den harten Produktionsbedingungen in der Textilindustrie entstand eine neue Form der Kinderarbeit, die allerdings im Heimgewerbe und in der Landwirtschaft traditionell weit verbreitet war. Die Arbeit der Hütekinder auf Höfen in Oberschwaben und im Allgäu blieb für viele Familien die einzige Überlebensstrategie.

Viele unterbäuerliche und -bürgerliche Familien versuchten mit der Heimarbeit ihre Existenz zu sichern, vor allem im klimatisch benachteiligten Schwarzwald. Dort gelang es zwar dem dezentralen Heimgewerbe im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts, in arbeitsteiligen Verfahren jährlich eine halbe Million Uhren zu fertigen, aber Überproduk-

tion, der Verlust überseeischer Absatzmärkte und die industrielle Konkurrenz zogen einen Lohn- und Preisverfall nach sich.

Die Notlagen im Agrarsektor und im protoindustriellen Gewerbe spitzten die Krise im Vormärz dramatisch zu. Bürgern und Bauern blieben Begleiterscheinungen wie die Notkriminalität und Ausschreitungen nicht verborgen. Die Angst vor den „Blusenmännern“ und der Revolution wuchs. Als Reaktion diskutierte die „Leistungselite“ Lösungswege, wie die Kluft zwischen Arbeitskräftepotential und Arbeitsplatzangebot zu schließen sei. Im Jahr 1837 hielt der junge Landtagsabgeordnete Franz Joseph Buß, vorübergehend ein Befürworter staatlicher Eingriffe, eine Pionierrede für Arbeiterschutz und Sozialversicherung, die letztlich folgenlos im Karlsruher Ständehaus verhallte. Elf Jahre später, in der Dreifabriken-Frage, erörterte die Zweite Kammer erneut die Frage dirigistischer Interventionen in die Privatwirtschaft, zu denen der badische Staat trotz der Ablehnung durch die liberale Parlamentsmehrheit griff.

Anders reagierte die Straße auf die Krise. Im Gefolge der beiden Hungers- und Teuerungsnöte kam es zu antijüdischen Ausschreitungen. Wie schon bei den Hep-Hep-Krawallen 1819 entlud sich knapp dreißig Jahre später die Angst der christlichen Gemeindebewohner vor einer Gleichstellung der Juden – konkret: deren Beteiligung am *Bürger Nutzen* – in Gewaltexzessen an ihren jüdischen Nachbarn. Gewaltsam gingen bei der Märzerhebung 1848 auch viele Untertanen standesherrlicher Herrschaften gegen die Zeugnisse ihrer doppelten Abgabenlast hervor. Wie in Adelsheim und Sulzfeld richtete sich ihr Zorn



Titelbild zu A. I. V. Heunisch: Handbuch für Reisende im Großherzogthum Baden, Stuttgart 1837 22,5 x 15 cm GLA Karlsruhe Ca 145

gegen die standesherrlichen Registraturen und Archive. Die dort verwahrten Unterlagen galten den Bauern als die Wurzel ihres Elends. Den Zweifel an der Lösungskompetenz parlamentarischer Debatten drückten ferner viele Karikaturen aus der Revolution 1848/49 aus. Das Flugblatt über die *neuerfundene Reichs-Parlaments-Dampf-Maschine* transportierte nicht nur den Spott der unterbürgerlichen Schichten über das *Frankfurter Professorenparlament*, sondern sollte auch ihrem Unmut Luft verschaffen.

Die Wege aus der Krise gelangen mit einem Bündel von Maßnahmen, die teils schon in der ersten Jahrhunderthälfte ergriffen worden waren, teils erst nach 1850 positiv wirkten. Maßgebliche Impulse gingen dabei vom badischen Staat aus, der als Gesetzgeber (durch den Beitritt zum Zollverein 1836) und mittels seiner Verwaltung (Gewerbeförderung), vor allem aber durch seine Strukturpolitik verbesserte Rahmenbedingungen schuf. Der forcierte Ausbau der Verkehrswege auf der Straße, den Schienen oder zu Wasser erwies sich als probates Mittel, die Agrarkrisen „alten Typs“ zu beseitigen.

Vor allem mit Hilfe der Eisenbahn gelang es, Ungleichzeitigkeiten der Versorgung rasch aus dem Weg zu schaffen. Die badische Hauptbahn, die 1855 Mannheim mit Basel verband, konnte entlang der Rheinschiene den Warentransport in bislang unterversorgte Gebiete beschleunigen. Eine Verbesserung der Verkehrs- und Handelsinfrastruktur brachte auch die Rheinkorrektion, die mittels Durchstichen den Flusslauf begradigte. Von dem Eisenbahnbau und der Schiffbarmachung des Rheins profitierte besonders

Mannheim. Dessen Hafen, der Endpunkt der Großschifffahrt auf dem Rhein, wandelte sich vom Warenumschnlagplatz zum Industriehafen und begründete damit seine Stellung als einer der bedeutendsten Binnenhäfen Europas.

Auch in den Bereichen, in denen sich Krisenphänomene gezeigt hatten, wurden Ansätze für deren Überwindung ergriffen. In der Landwirtschaft half ebenso die staatliche Förderungspolitik, besonders das agrarische Schulwesen und die administrative Bündelung der Landwirtschaftsvereine, die Produktivität zu steigern. Auch die Ausbreitung von Handelsgewächsen half bäuerlichen Betrieben bei der Krisenbewältigung. Neben Hanf, Zuckerrüben und Hopfen erwies sich am Oberrhein der Anbau von Tabak als einträglich: Technische Innovationen wie das badische Deckblatt und spezielle Formpressen für die Zigarrenproduktion ermöglichten dabei eine maschinelle Fertigung und steigerten den Ertrag.

Zeigte die Ettlinger Garn- und Baumwollfertigung schon in der ersten Jahrhunderthälfte Industrialisierungstendenzen, löste nach 1850 eine maschinelle Massenproduktion die überkommene Heimarbeit ab. Dieser Strukturwandel steigerte die Produktivität der Uhrenfertigung im Schwarzwald um ein Vielfaches des Verlagswesens. An ausgesuchten Standorten entstanden konkurrenzfähige Uhrenfabriken.

Die staatliche Gewerbeförderung knüpfte hier freilich an die bürgerliche Selbsthilfe an, kämpfte doch der 1847 gegründete Furtwanger Uhrengewerksverein für eine staat-

liche Uhrmacherschule, die von 1850 an Uhrmacher ausbildete. Der bürgerliche Glauben an die Macht der Selbsthilfe durch einen Zusammenschluss Gleichgesinnter trug auch den Badischen Frauenverein, dessen Vorgänger *arbeitsunfähige Arme* unterstützte, und den Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder von 1836, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, Waisen und schwer erziehbare Kinder zu *nützlichen Gliedern* der Gesellschaft zu machen. Beide Zusammenschlüsse standen beispielhaft für die speziell bürgerliche Antwort auf die Massenverelendung.

Während das Bürgertum eine Vielzahl von Selbsthilfeeinrichtungen ins Leben rufen konnte, blieben die Vereinigungsversuche der unterbürgerlichen Schichten schwach und wirkungslos. Zudem sahen sie sich der staatlichen Repression ausgesetzt. Vor allem die wandernden Handwerksburschen erschienen der Polizei als finstere Gesellen, denen es untersagt war sich zusammenzuschließen. Erst in der zweiten Jahrhunderthälfte vermochte sich eine machtvolle Arbeiterbewegung zu formieren.

Wo die Notkriminalität und Gewalttätigkeit bereits überhand genommen hatten, schob der Staat weiteren individuellen und kollektiven Normverletzungen einen Riegel vor. Das Bruchsaler Männergefängnis wurde zwar nach dem niedergeschlagenen Volksaufstand 1848/49 mit politischen Häftlingen belegt, war aber ursprünglich für Holz- und Felddiebe, Schmuggler, Steuerverweigerer oder Wilderer errichtet worden. Der Bau des sternförmigen Zuchthauses befriedigte das

bürgerliche Bedürfnis nach Eigentumsschutz und war somit die repressive Antwort auf die ungelöste soziale Frage.

Eine letzte Ausflucht aus der Krise spiegelt die massenhafte Auswanderung wider. Allein zwischen 1850 und 1855 verließen knapp fünf Prozent der Einwohner das Großherzogtum. Die Auswanderung war für viele Einzelpersonen oder Familien der einzige Ausweg, das eigene Leben selbstbestimmt zu meistern. Sie dokumentiert ferner den zunehmenden Legitimitäts- und Autoritätsverlust der traditionellen Eliten, der in der Revolution 1848/49 gipfelte. Erst in der zweiten Jahrhunderthälfte sollten die Problemlösungen greifen, die Baden den Weg aus der Krise wiesen.

Diese Auswege sah der badische Domänenrat Abegg am Ende des Jahres 1848 noch nicht. In seiner Analyse nahm er gleichwohl die drohenden Gefahren wahr. Blieben die drängenden Probleme ungelöst, sah er einen *zerstörerischen Kampf* zwischen dem *herzlosen, nur sich kennenden und pflegenden Capitalismus* und dem *anarchischen System des nur für seinen Bauch bedachten Communismus* heraufziehen. Abegg sollte mit seiner Vision Recht bekommen. Der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit sollte fortan das bürgerliche Zeitalter bestimmen.

Rainer Brüning / Peter Exner
Karlsruhe, im Frühjahr 2007



Zu Ansehen bei Cassiner Steigerer in Tübingenland.

Nach der Karte gezeichnet und lithographirt von Cassiner Steigerer.

Nördliche Ansicht der schauerlichen **Schnee-Lawine** zu Neukirch im Schwarzwalde,

welche am Schultage den 25. Februar 1844. Abends 11 Uhr den großen an einem steilen sehr hohen Bergabhange stehenden Hof des Bauern Martin Treischler (der sogenannte Königschloß) total zerstörte und bei 20 Schritte von seiner Stelle abwärts schab. Von 26 Personen, die darin wohnten, wurden 17 auf die schrecklichste Weise, nebst vielem Vieh, getödtet und nur 7 kranken gerettet worden.

C. Stegerer: Schneelawine in Neukirch im Schwarzwald 1844
41,5 x 54,5 cm
GLA Karlsruhe J-D-N/1

Rechts: Erster Jahresbericht der Großherzoglich Badischen Meteorologischen Zentralstation in Karlsruhe für das Jahr 1869
22 x 14,5 cm (Ausschnitt), GLA Karlsruhe Zb 7 (1869-1873)

Ein raues Klima

Stets haben die Umweltbedingungen im allgemeinen und das Klima im besonderen wichtige, wenn nicht entscheidende demographische, ökonomische, soziale und kulturelle Auswirkungen auf das Leben der Menschen gehabt. Bis zum 20. Jahrhundert hatte die Menschheit so gut wie keinen eigenen Einfluss auf die klimatische Gesamtentwicklung genommen. Im Gegenteil, traditionelle agrarische Gesellschaften waren der Gunst und den Unbilden des Wetters ganz unmittelbar ausgesetzt. Konnten hier doch eine oder gar mehrere Missernten über Leben oder Tod entscheiden.

Das Klima, das sich im Lauf der Erdgeschichte vielfach verändert hatte, wurde während der Frühen Neuzeit auf der Nordhalbkugel von der sogenannten „Kleinen Eiszeit“ bestimmt, die durchschnittlich -1°C niedrigere Temperaturen aufwies als die vorangegangene und nachfolgende Periode: Die Sommer waren eher kühl und feucht, die Winter kalt und lang. Die Alpengletscher dehnten sich aus. Nach einer besonders kalten Phase am Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts setzte dann wohl eine leichte Erwärmung ein, die aber erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts deutlicher bemerkbar wurde.

In Karlsruhe und Mannheim waren schon seit 1779 und 1781 mehr oder minder regelmäßig meteorologische Beobachtungen vorgenommen worden. Diese und andere Aufzeichnungen krankten jedoch noch lange Zeit an der Lückenhaftigkeit und mangelnden Vergleichbarkeit der Messergebnisse. Auf Beschluss des Handelsministeriums wurde daher 1868 nach schweizerischem Vorbild die Meteorologische Zentralstation Karlsruhe ins Leben gerufen, die mit ihren über das ganze Land

verteilten 10 bzw. 14 Messstationen nun zum ersten Mal exakte und vergleichbare Klimadaten für ganz Baden erstellen sollte. Bereits 1869 wurde vermutet, dass im Oberrheingraben von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts eine Erwärmung von durchschnittlich bis $+1^{\circ}\text{C}$ stattgefunden hätte: Diese wurde auf menschliche Faktoren wie die Verstädterung und Trockenlegung des Oberrheingebiets zurückgeführt.

Der ökologische Raubbau, wie z.B. der rücksichtslose Holzeinschlag für Bau- und Brennholz auf dem Schwarzwald, verschärfte die Lebenssituation zusätzlich. Extreme Wetterlagen konnten leicht zur Katastrophe führen, so im schneereichen Winter des Jahres 1844.

Am Abend des 24. Februar hatten sich im alten und sehr großen Hof des sechzigjährigen Bauern Martin Tritschler, genannt der Königenhof, in Neukirch im Schwarzwald insgesamt 24 Personen versammelt, um dort die Nacht zu verbringen. Für Beunruhigung sorgte eine erste Schneelawine um sechs Uhr abends, die in unmittelbarer Nähe niederging, doch vertraute man weiterhin auf die Stabilität des Hauses und ging zu Bett. Um elf Uhr aber wurde das Gebäude von einer zweiten gewaltigen Schneelawine erfasst, vollkommen zertrümmert und talabwärts geschoben. Dabei starben das Bauernehepaar und sechs seiner Kinder, die alte Schwiegermutter, der Tagelöhner Hilar Winterhalter, seine schwangere Frau und zwei ihrer Kinder, dessen Schwägerin mit Kind sowie die beiden Söhne des benachbarten Uhrengestellmachers Philipp Beha, insgesamt 17 Personen. Das Unglück wurde erst am nächsten Morgen um vier Uhr von den Nachbarn entdeckt, die noch sieben Kinder aus den Trüm-



mern herausziehen konnten. Das Haus und das Inventar waren zerstört und 40 Stück Vieh umgekommen.

Dass aber nicht nur das schneereiche Wetter, sondern auch der ungünstige Bauplatz des Hauses und vor allem der unbedachte Holzeinschlag für das Unglück verantwortlich gemacht werden mussten, war schon den Zeitgenossen klar, wie der Bericht des Oberamts Triberg vom 28. Februar 1844 ausführt: *Ein Hauptgrund des Loosreisens der Lawine lag besonders darin, dass die steile Bergwand oberhalb dem Haus ganz kahl gewesen ist; wäre solche mit Holz bewachsen gewesen, so würde sich das Unglück nicht ereignet haben.* Bereits am 27. Februar war weiterer materieller Schaden entstanden, als das Haus des Oberwolfocher Bauern Andreas Bäuerle durch die auf dem Dach liegenden Schneemassen zusammengedrückt worden war. Für die Überlebenden und Hinterbliebenen des Unglücks wurde im Amtsbezirk Triberg und Umgebung eine Kollekte veranstaltet, Großherzog Leopold spendete 500 Gulden aus seiner Handkasse. Jahre später mochte die von Stegerer so dramatisch festgehaltene Szenerie Bertold Auerbach (1812-1882) zu seiner 1861 erschienenen Erzählung „Edelweiß“ inspiriert haben.



Bevölkerungstabelle des Großherzogtums
Baden 1830
40 x 30 cm
GLA Karlsruhe J-N-B/1

Rechts:
Bevölkerungstabelle 1812-1852, in: A. I. V.
Heunisch: Das Großherzogthum Baden
historisch-geographisch-statistisch-topogra-
phisch beschrieben, Heidelberg 1857, S. 231
21,5 x 14 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe Ca 146

Bevölkerungsexplosion

Bis etwa 1810 waren die durch die napoleonische Ära ausgelösten großen territorialen Veränderungen im Südwesten weitgehend abgeschlossen. Das Großherzogtum hatte seine endgültige räumliche Gestalt gefunden, die Baden bis 1945 beibehalten sollte. Auf einer Fläche von rund 15.100 km² lebten rund eine Million Menschen; dies entsprach einer Bevölkerungsdichte von etwa 65 Ew./km².

Das neue Jahrhundert brachte umfassende politische und soziale Umwälzungen: Die Aufhebung der sogenannten Leibeigenschaft, die Lockerung des Zunftzwanges und erste Ansätze einer Gewerbefreiheit verliehen zusammen mit den daraus erwachsenden geringeren Belastungen und wirtschaftlichen Erleichterungen sowohl dem Gewerbe als auch der Landwirtschaft neue Impulse. Der Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein 1836 öffnete den Weg zu einem größeren Absatzmarkt und schuf eine völlig neue Wettbewerbssituation, der mit neuen Fabrikationsstätten und Kapazitätserweiterungen begegnet wurde.

Eine Folge der neuen Freiheiten – und der damit verbundenen Hoffnung des Einzelnen auf eine bessere Zukunft – war auch die rasche Zunahme der Einwohner. Allein bis zur Mitte der 1830er Jahre wuchs die Bevölkerung in Baden auf 1,23 Millionen Einwohner an, d.h. innerhalb von zehn Jahren um jeweils etwa 100.000 Menschen. Das rasche Wachstum hatte natürlich Auswirkungen auf die räumliche Verteilung der Bevölkerung. In großer Zahl drängte eine grundbesitzlose Landbevölkerung in die Städte, um dort nach Erwerbsmöglichkeiten zu suchen. Auch wenn dort die meisten Tätigkeiten von ungelerten bzw. angelernten Kräften ausgeführt werden

konnten, so reichten insgesamt die in großer Zahl entstehenden Arbeitsplätze doch nicht aus, um die Nachfrage zu decken. Schlechte, oft menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, geringe, meist unzureichende Entlohnung, Krankheiten und auch Hunger waren für viele die Folge. Zudem erfolgte die Industrialisierung Badens – verglichen mit anderen Regionen Deutschlands – eher mit

Sanftabersicht der Volkszahl von 1812 bis mit 1852 im ganzen Lande.

Jahre der Zählung.	Volkszahl.	Men- schen pro Quadr. Mei- l.	Ver- mehr- ung in 100 Jahre.	Jahre der Zählung.	Volkszahl.	Men- schen pro Quadr. Mei- l.	Ver- mehr- ung in 100 Jahre.	Bemerkungen.
1812	1.000.000	3585	—	1834	1.231.319	4420	1,05	Die Zahl von 1852 ist die höchste, die jemals in Baden erreicht wurde. Sie ist die Folge der großen Zuwächse, welche Baden im Jahre 1847 (1853) und 1851 (1856) sah. Die Bevölkerung im Jahre 1852 ist die höchste, die jemals in Baden erreicht wurde. Sie ist die Folge der großen Zuwächse, welche Baden im Jahre 1847 (1853) und 1851 (1856) sah. Die Bevölkerung im Jahre 1852 ist die höchste, die jemals in Baden erreicht wurde. Sie ist die Folge der großen Zuwächse, welche Baden im Jahre 1847 (1853) und 1851 (1856) sah.
1813	1.002.000	3594	0,02	1835	1.237.745	4445	1,00	
1814	1.003.000	3600	0,01	1836	1.244.171	4467	1,01	
1815	1.004.000	3606	0,01	1837	1.253.965	4540	1,00	
1816	1.005.889	3613	0,01	1838	1.270.923	4565	1,01	
1817	1.010.367	3629	0,05	1839	1.277.305	4588	1,00	
1818	1.021.376	3670	0,36	1840	1.296.967	4657	1,06	
1819	1.032.376	3705	0,40	1841	1.304.719	4686	1,05	
1820	1.051.388	3776	0,61	1842	1.312.457	4714	1,01	
1821	1.072.554	3852	0,81	1843	1.334.866	4800	1,08	
1822	1.090.300	3916	0,80	1844	1.348.651	4833	1,08	
1823	1.109.385	3984	0,99	1845	1.349.854	4856	1,06	
1824	1.119.976	4023	1,00	1846	1.367.486	4919	1,08	
1825	1.132.967	4070	1,02	1847	1.385.913	4966	1,10	
1826	1.145.952	4110	1,01	1848	1.384.542	4960	1,01	
1827	1.163.555	4142	1,05	1849	1.382.774	4902	0,98	
1828	1.175.309	4221	1,09	1850	1.380.830	4888	0,96	
1829	1.187.156	4263	1,10	1851	1.358.887	4881	0,92	
1830	1.209.488	4311	1,14	1852	1.358.943	4874	0,90	
1831	1.207.004	4305	1,09					
1832	1.213.520	4358	1,08					
1833	1.220.037	4382	1,06					

Verzögerung und setzte erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts richtig ein. Bis dahin entstanden neue Arbeitsplätze vor allem im Handel – Mannheim spielte hier eine tragende Rolle – und aufgrund der expandierenden Nachfrage vor allem im Bereich der Agrarmärkte des Rhein-Neckar-Raumes.

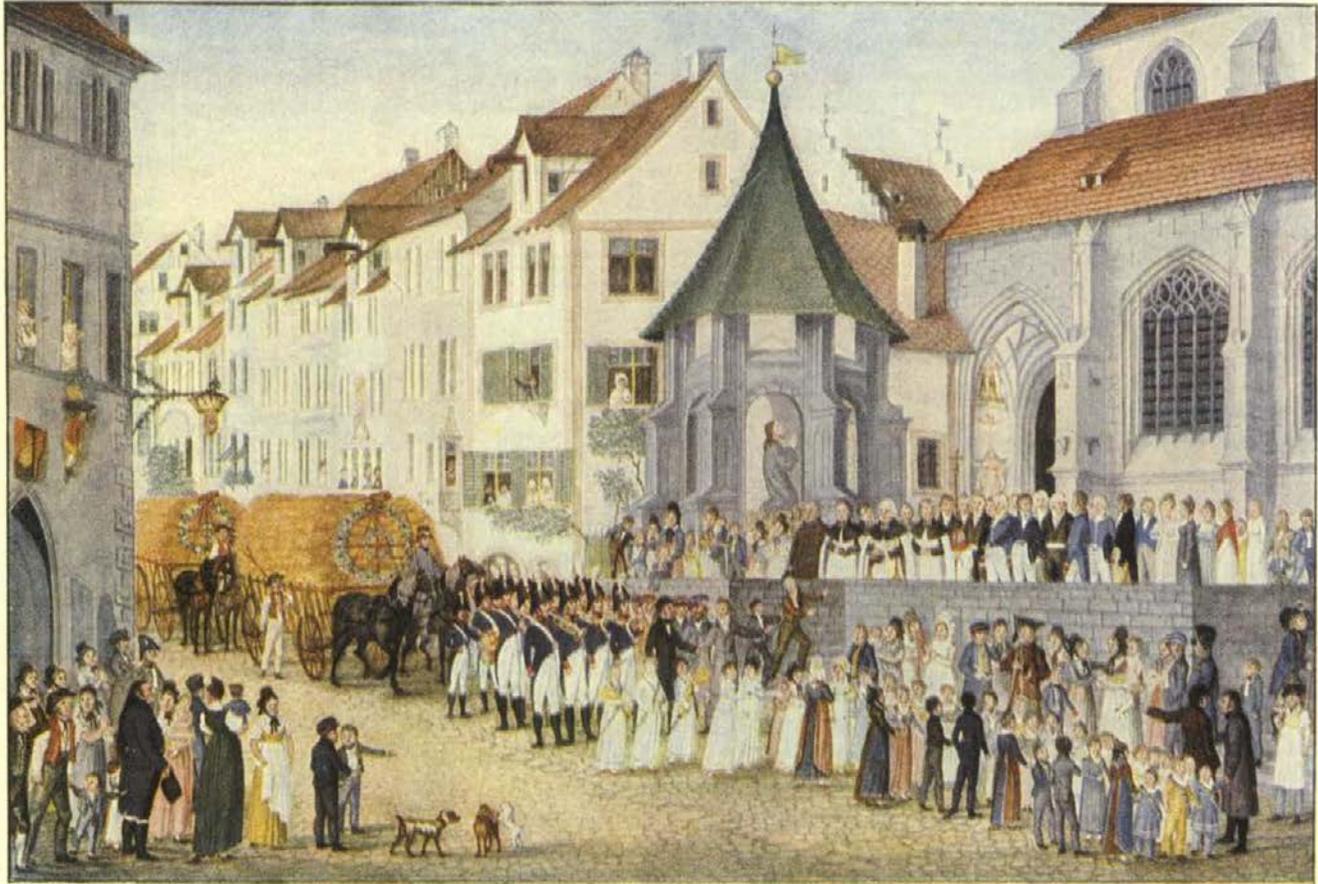
Die Städte als Wirtschafts- und Arbeitszentren erlebten einen zum Teil raschen Bevölkerungszuwachs. Besonders deutlich fiel die Bevölkerungszunahme in Karlsruhe aus, wo die Residenzfunktion der Stadt für zusätzliche Anziehungskraft sorgte. Allein zwischen 1813 und 1845 verdoppelte sich die Einwohnerzahl beinahe von 13.700 auf fast

25.000 Einwohner, stagnierte dann aber in den folgenden Jahren.

Einen deutlichen Knick erlebte die wirtschaftliche wie auch die demographische Entwicklung Badens dann Mitte der 40er Jahre des 19. Jahrhunderts. Missernten und Inflation in den Jahren 1846 und 1847 sowie auch die politischen Veränderungen durch die Revolution 1848/49 und erneute Missernten in den Jahren 1851 und 1852 führten zu einem massiven Bevölkerungsrückgang, der seinen Höhepunkt 1856 erreichte. Baden zählte in diesem Jahr noch 1,32 Millionen Einwohner und damit gegenüber dem vorherigen Höchststand rund 50.000 Menschen weniger. Die deutlich verschlechterte Ernährungsbasis, ungünstige wirtschaftliche Aussichten und eine ungewisse Zukunft führten zu einem Rückgang der Geburtenrate, der zugleich ein deutlicher Wanderungsverlust gegenüberstand. In den nur zehn Jahren zwischen 1845 und 1855 betrug der Wanderungsverlust in Baden rund 130.000 Menschen. Dabei spielte die Auswanderung nach Übersee sowohl aus politischen wie auch aus wirtschaftlichen Gründen eine bedeutende Rolle.

Erst in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts wurden mit der Einführung der Gewerbefreiheit 1862, dem vor allem in der Rheinebene erfolgenden Ausbau der Eisenbahnlinien und damit einhergehend der Erschließung neuer, bislang nicht erreichbarer Absatzmärkte, aber auch auf der Grundlage des allgemeinen Fortschritts die Voraussetzungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen, welcher der wachsenden Bevölkerung neue Arbeitsplätze bieten konnte.

HK



*So dankten nach einer schrecklichen Theuerung die Einwohner Überlingen Voll Freude dem Allgütigen
für die Erfolge seines Vorsehens Den 4. August. 1817.*

J. S. Dirr: Erntedankprozession in Überlingen am 4.8.1817
21,5 x 30 cm
GLA Karlsruhe J-D-U/2

Rechts: Bericht des Bezirksamts Villingen über die Hungerunruhen
am 8.5.1847
32,5 x 20 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 236 / 8492

Die Hungerkrisen 1816/17 und 1846/47

Am 5. April 1815 kam es im fernen Indonesien auf der Insel Sumbawa zum Ausbruch des Vulkans Tambora, dem in der Region bis zu 70.000 Menschen zum Opfer fielen. Doch damit nicht genug, sein Ascheauswurf in die Stratosphäre war so gewaltig, dass das Jahr 1816 als *Jahr ohne Sommer* in die Geschichte einging. Der Dunstschleier reflektierte die Sonnenstrahlen und ließ die Temperaturen sinken. Missernten und Hungersnöte waren weltweit die Folge.

Allein in Württemberg wurden von Mai bis September 1816, also an rund 150 Tagen nicht weniger als 95 Regentage gezählt. Die Preise für Lebensmittel, die bei der Masse der Bevölkerung ohnehin mehr als 50 Prozent des Einkommens verschlangen, explodierten. Die Aufwendungen für das Hauptnahrungsmittel der Unter- und Mittelschichten, den Roggen, verdrei- bis verfünffachten sich. Die schlechten Straßen und unterentwickelten Transportmöglichkeiten ließen die Versorgung im Binnenland teilweise gänzlich zusammenbrechen. Besonders Gebiete mit knapper Getreideproduktion wie der Odenwald und Schwarzwald, aber auch die Weinanbaugebiete und Schwäbische Alb waren betroffen. Wie viele tausend Menschen verhungerten bzw. so geschwächt wurden, dass sie an Krankheiten starben, lässt sich nicht mehr ermitteln. Die badische Regierung hatte im liberalen Sinne zunächst auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes vertraut. Die immer schlimmer werdende Notlage der Bevölkerung, welche ihr Leben zunehmend durch Mundraub retten musste, zwang sie zum Jahreswechsel 1816/17 endlich zum Handeln. Ihr zögerliches Krisenmanagement verlief dabei allerdings in traditionellen Bahnen: Die Export-

zölle für Getreide wurden erhöht, zusätzliches Korn in Holland eingekauft, verbilligtes Getreide aus den herrschaftlichen Speichern bereitgestellt, Saatgetreide ausgegeben, die Verwendung von Ersatznahrung propagiert und Suppenküchen eingerichtet. Mit großer Angst erwartete man die nächste Ernte. Die Regierung ließ am 4. Mai landesweit einen besonderen Bittgottesdienst durchführen. Überall wurde daher das erfolgreiche Einbringen des Getreides im Sommer 1817 mit Dankbeten und Prozessionen begleitet, so z.B. in Überlingen am 4. August und in Sipplingen am 31. August, wie zwei Bilder von Johann Sebastian Dirr (1766-1830) anschaulich belegen.

Wirtschaftskrisen waren bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts in erster Linie Krisen der Agrarwirtschaft. Die letzte Agrarkrise „alten Typs“ kündigte sich mit ihren spezifischen Verteilungsproblemen bereits 1845 an: Eine Folge von schlechten Ernten ließ die Getreideproduktion sinken. Die inzwischen weiträumig als Grundnahrungsmittel verbreitete Kartoffel fiel wie in Irland bis zu 3/4 der Kartoffelfäule zum Opfer. Verschärft wurde die Notlage durch eine um sich greifende Gewerbekrise. Tatsächlich hatte sich das politische und soziale Klima in 30 Jahren tiefgreifend verändert: Während die Bevölkerung in der Hungerkrise 1816/17 mehr oder minder geduldig gelitten oder sich in eine erste große Auswanderungswelle geflüchtet hatte, kam es 1846/47 z.B. in Mannheim und Villingen zu Unruhen. Vielerorts wurden Drohungen gegen eine untätige Obrigkeit und die Reichen ausgestoßen. Die sogenannte „Moralische Ökonomie“, die nach wie vor das Denken der breiten Bevölkerung bestimmte, konnte nicht akzeptieren, dass

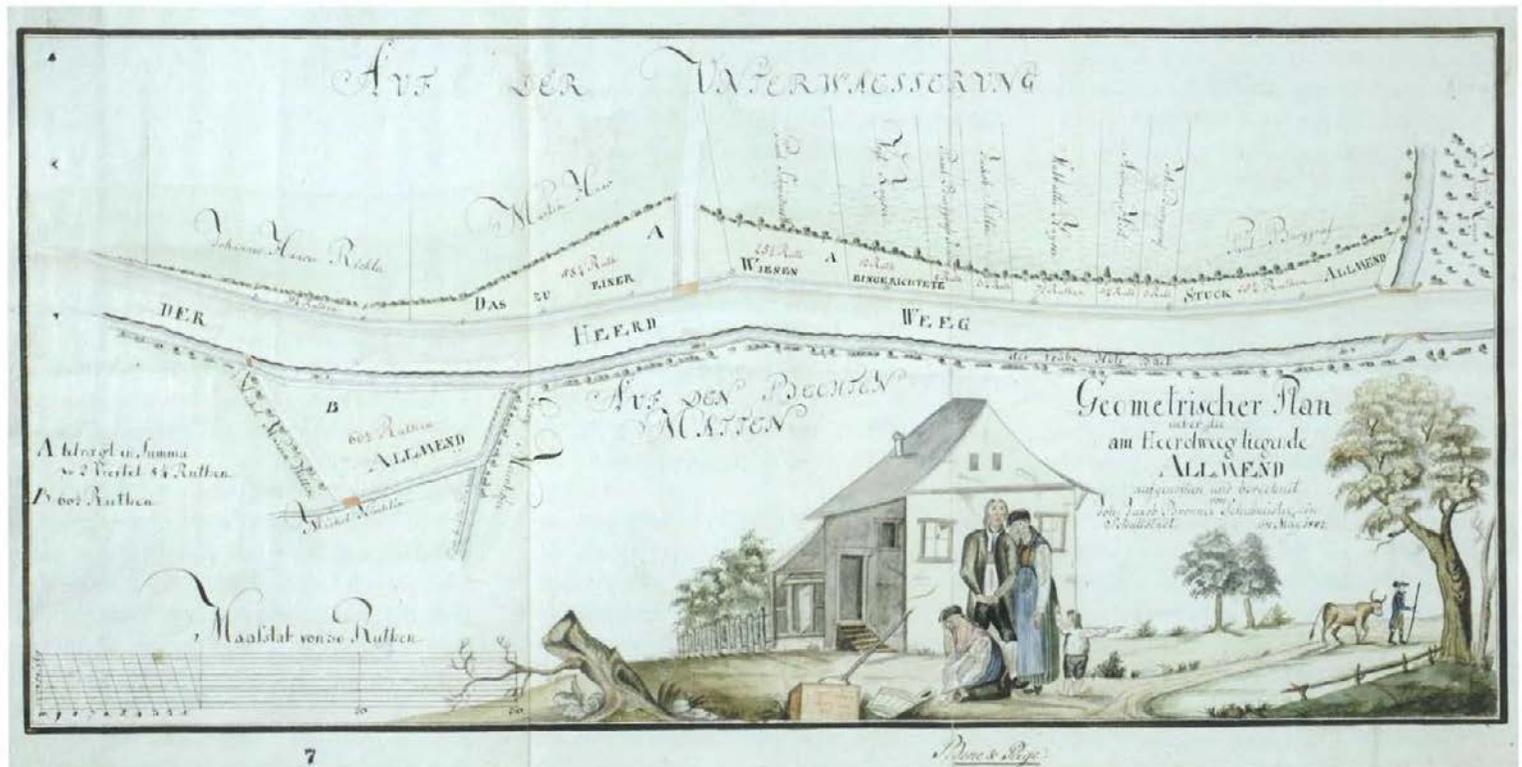


auch Grundnahrungsmittel dem kapitalistischen Profitstreben von einzelnen Spekulanten unterworfen sein sollten. Im Gegenteil, sie forderte die staatliche Garantie eines „Gerechten Preises“, der den einfachen Leuten das Überleben ermöglichen musste.

Wie die Verzweiflung der Menschen schließlich in Gewalt umschlagen konnte, zeigt das Beispiel aus Villingen vom 8. Mai 1847: Obwohl von den Behörden, die Unruhen befürchteten, aufgefordert, die Stadt so schnell wie möglich zu verlassen, versuchte der Fruchthändler Mathias Maier aus Waldkirch im großen Stil Getreide zu überhöhten Preisen aufzukaufen und wegzuschaffen, um es andernorts noch teurer weiterzuverkaufen. Tumulte flammten auf. Als Maier sich endlich entfernte, wurde er vor dem Stadttor von bis zu 300 Personen angefallen, mit Steinen beworfen und schwer verprügelt, konnte jedoch von der Gendarmerie noch gerettet werden.

Die Hungerkrise von 1846/47 hatte die Unfähigkeit der Obrigkeit, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern, offenbart. Ein massiver Legitimitätsverlust war die Folge: Die sozialökonomischen und politischen Konsequenzen der letzten Hungerkrise lenken unmittelbar auf die Revolution von 1848 hin.

RB



Pfändungsszene auf einem Gemarkungsplan für Wolfenweiler 1802
29,5 x 58 cm
GLA Karlsruhe H Wolfenweiler / 4

Rechts:
A. Kretschmer: Trachten im Gutachtal
31,5 x 25,5 cm
GLA Karlsruhe J-L-G / 3

Landwirtschaft

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Baden noch ein Agrarland: Der Großteil der Bevölkerung wohnte auf dem Land; bis zu drei Viertel lebten von der Landwirtschaft (Anteil der im Primären Sektor Beschäftigten 66 %), vielfach verknüpft mit Heimgewerbe und örtlichem Kleinhandel, aber nirgendwo so heimelig wie in der verklärenden Darstellung bäuerlichen Lebens und Arbeitens im Gutachtal. In der Pauperismuskrise geriet die Agrarwirtschaft an die Spitze, aber auch an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit. Zwar konnte sie in Normaljahren die Grundversorgung der Menschen mit Lebensmitteln gewährleisten, in Krisenzeiten aber scheiterte sie daran, ein ausreichendes Nahrungsangebot bereitzustellen.

Grundvoraussetzung sowie Hauptproblem der agrarischen Entwicklung im 19. Jahrhundert war die demographische Revolution, die wiederum von der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft abhing, stellte doch der Landbau die Ernährung der zunehmenden Menschenmassen sicher. Andererseits profitierte die Landwirtschaft vom Bevölkerungswachstum, das den Absatzmarkt ebenso wie das Arbeitskräftepotential vergrößerte.

Zwischen 1815 und 1850 stieg die badische Bevölkerung um 37 Prozent. Auf dem Land wuchs, je nach Erbgang, die Schicht der Landarmen in Realteilungsgebieten, in Gebieten mit geschlossener Vererbung stieg die Zahl der Landlosen.

Angesichts der Dominanz der Landwirtschaft für das Leben und Arbeiten der Menschen schlugen sich deren Blüte- und Krisenphasen unmittelbar in der Bevölkerungs- und der ökonomischen Entwicklung nieder. Die schlimme Missernte 1816 schlug die Verbrau-

cher mit Unterversorgung, bescherte den Erzeugern aber 1817 die höchsten Preise des 19. Jahrhunderts. Danach sanken die Agrarpreise wieder auf ein niedriges Niveau, um in der Agrarkrise 1846/47 erneut rasant anzuhäufen.

Dazwischen konnte die Landwirtschaft ausreichend Lebensmittel auf mittlerem Preis-



niveau liefern sowie die Acker- und Tierproduktion um fast 50 Prozent steigern. Für die Steigerung der Agrarproduktion und -produktivität sorgte erstens die zunehmende Kapitalisierung der Erzeugung, wodurch sich die Wirtschaftsführung und -gesinnung wandelte. Zweitens verbesserten sich die Produktionsformen, was sich bei der Tierzucht im Übergang zur ganzjährigen Stallhaltung und bei den Anbaumethoden im Wechsel zur verbesserten Dreifelderwirtschaft zeigte. Weitere Faktoren waren drittens die Ausweitung der landwirtschaftlichen Nutzfläche durch die Kultivierung von Ödland und viertens die staatliche Förderungspolitik, nachdem schon 1784 eine Veterinärsschule in Karlsruhe gegründet worden war und 1825 die private Gründung der Landwirtschaftlichen Gesellschaft in Ettlingen (1819) als Landwirtschaftlicher Verein in staatliche Obhut überging. Schließlich wirkte sich die Reform der Agrarverfassung durch die Ablösung der alten Lasten produktionssteigernd aus.

Die besondere Leistung der Landwirtschaft hatte immer darin bestanden, die wachsende Bevölkerung mit Brot und Arbeit zu versorgen. Seit den 1830er Jahren aber setzte eine Übersättigung des agrarischen Arbeitsmarkts ein; Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft waren dem Bevölkerungsdruck nicht mehr gewachsen. Die Masse unterbezahlter Landarbeiter wuchs, in den besonders überbevölkerten Realteilungsgebieten am Oberrhein stieg die Zahl der Kleinbauernstellen, welche die Erzeugerfamilie kaum trugen. Die Situation verschärfte sich in der Krisenphase 1845/55: Die Missernte 1846 und die Fäule der in Baden großflächig angebauten Kartoffel 1847 zogen eine schwere Hunger- und Teuerungskrise nach sich. Auch die Notkriminalität in Gestalt von Wilderei, Feld- und Holzdiebstahl belegte die zunehmende Verelendung breiter Bevölkerungskreise.

Auf den ersten Blick lesen sich die geschilderten Verhältnisse wie eine Bestätigung des nach dem britischen Ökonomen Thomas R. Malthus benannten Bevölkerungsgesetzes, wonach die Steigerung des Nahrungsmittelangebots nicht mit dem Bevölkerungsanstieg mithalten könne und daher weite Teile der Einwohner verelenden müssten. Langfristig aber trat eine andere als die von Malthus prognostizierte Entwicklung ein. Zunächst entschärfte die Auswanderung und Lastenablösung die angespannte Lage auf dem agrarischen Arbeits- und Nahrungsmittelmarkt. Auf lange Sicht absorbierte dann die Industrialisierung die im Ursektor überzähligen Arbeitskräfte und brachte diese in Brot und Lohn.

PE



Ansicht von Überlingen
33 x 43,5 cm
GLA Karlsruhe J-B Überlingen / 11

Rechts: Hirtenbuben auf dem Trachtenfest in Wolfach 1912
9 x 14 cm
GLA Karlsruhe J-L / Sammelblatt 6

Hütetkinder

Kinderarbeit kennt man heutzutage nur noch als Phänomen der sogenannten Dritten Welt. Doch es ist nur wenige Jahrzehnte her, dass sie auch in Deutschland üblich war. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts fand sich Kinderarbeit neben dem großen Bereich der Landwirtschaft vor allem in der Textilindustrie, in Spinnerei, Weberei und Veredelung, sowie in Tabak-, Fingerhut- und in Stecknadelfabriken. Da der Arbeitsverdienst der Erwachsenen zum Unterhalt einer Familie vielfach nicht ausreichte, waren viele Eltern auf den Zusatzverdienst ihrer Kinder angewiesen und lehnten Kinderschutz grundsätzlich ab. Kinderarbeit bildete so eine von den Zeitgenossen akzeptierte Alternative zum Hungern und Betteln.

Erste Maßnahmen des staatlichen Kinderschutzes begannen in Deutschland mit dem sogenannten „Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken“ von 1839 in Preußen. Baden zog 1840 nach. Als wichtigste und einzig wirksame Waffe im Kampf des Staates gegen die Kinderarbeit fungierte jedoch die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht, weil die Kinder dadurch nicht mehr uneingeschränkt als Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Hinzu kamen dann spezielle Kinderschutzgesetze sowie die rasch fortschreitende technische Entwicklung der Industrie, die Kinderarbeit letztlich überflüssig werden ließ. Auch die Meinungen änderten sich langsam: Das Bürgertum hatte in der Romantik die besondere Fürsorge für seine Kinder entdeckt, die Behörden sorgten sich um den Gesundheitszustand ihrer zukünftigen Rekruten.

Eine der härtesten Formen der Kinderarbeit erduldeten die sogenannten Hüte- oder

Schwabenkinder. Die ersten Nachweise finden sich im beginnenden 17. Jahrhundert, der Höhepunkt lag jedoch zur Mitte des 19. Jahrhunderts, als circa 4.000 bis 5.000 Kinder jährlich ihren schweren Weg antreten mussten. Da der heimische Gebirgsboden in der Schweiz und Österreich zu wenig landwirtschaftliche Erzeugnisse hervorbrachte, wurden die Kinder der armen Bauern alljährlich über den Gebirgskamm der Allgäuer Alpen in das Bodenseegebiet nach Oberschwaben geschickt.

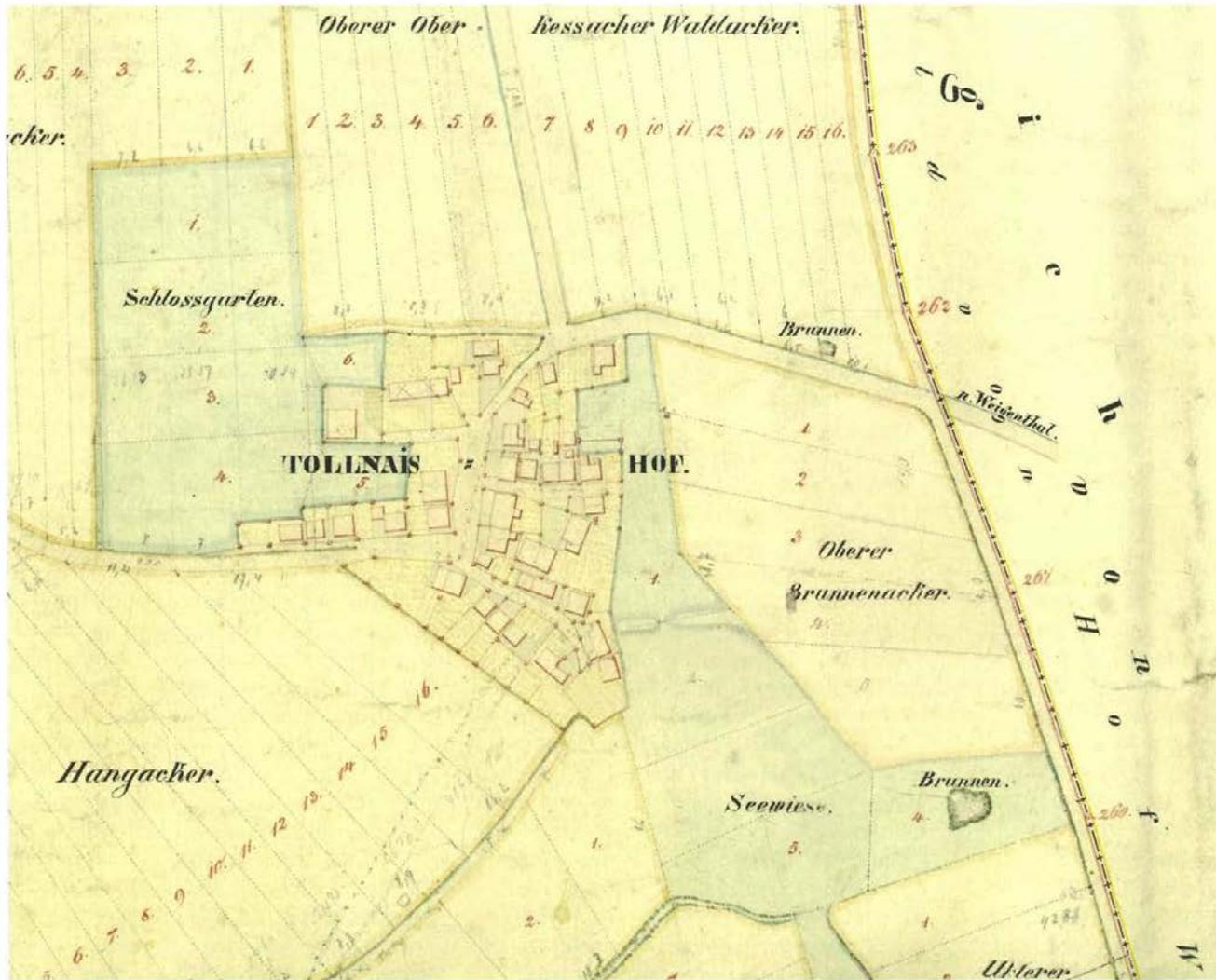
Die in der Regel sechs- bis vierzehnjährigen Kinder brachen in kleineren Gruppen im März auf. Die Gebirgspässe waren noch vielfach von Schnee bedeckt. Die Kinder legten unter Umständen Fußmärsche von bis zu 200 km zurück und waren manchmal fast zwei Wochen unterwegs. Mit schlechtem Schuhwerk ausgestattet, trugen sie in umfunktionierten Kartoffelsäcken ihre geringen Habseligkeiten auf dem Rücken. Der Reiseproviand wurde erbettelt. Die Kinder schliefen auf Bauernhöfen, in Wirtshäusern oder wurden von Klöstern aufgenommen. Begleitet wurden die Kinder von einer älteren Person oder einem Geistlichen, der für die Unterkünfte auf der Reise sorgte und den Arbeitslohn sowie das Vermittlungsgeld aushandelte. Wie auf Viehmärkten wurden die Kinder dann auf den *Kindermärkten* angeboten. Abgehalten wurden diese Märkte in den württembergischen Städten Ravensburg, Tettnang, Wangen, Waldsee sowie den badischen Städten Pfullendorf und Überlingen. Auf den Höfen hüteten sie im Sommer das Vieh, die Jungen halfen zudem im Stall und bei der Ernte. Die Mädchen arbeiteten im Haushalt, versorgten das Kleinvieh und beaufsichtigten die kleine-



ren Kinder ihrer Dienstherrn. Ende Oktober wurden die Kinder entlassen und traten, mit neuen Kleidern und etwas Bargeld ausgestattet, den Rückmarsch an.

Ein signifikanter Wandel in der öffentlichen Meinung trat erst 1908 ein. Die amerikanische Presse initiierte eine regelrechte Kampagne gegen diese Kindervermarktung und scheute auch nicht davor zurück, von *Sklavenmärkten* zu sprechen. Als Reaktion traten in Deutschland erste Erleichterungen für die Kinder ein. In diesen Zusammenhang ist vermutlich das nun schon fast folkloristische Bild des Hütetkinder beim Trachtenumzug im Jahr 1912 einzuordnen.

Für die Arbeitgeber war vor allem die Befreiung der Hütetkinder von der Schulpflicht von Interesse. Denn während die einheimischen Kinder von sechs bis vierzehn Jahren in Württemberg seit 1836 (in Baden seit 1834) täglich zur Schule mussten, verhinderte die ober-schwäbische Agrarlobby die Schulpflicht für die Schwabenkinder bis zum Jahr 1921. Mit dem damaligen Abkommen zwischen Österreich und Württemberg, das die Schwabenkinder endlich auch der Schulpflicht unterwarf, endete das *Schwabengehen* im großen Stil.



Gemarkungsplan für den Tolnayshof bei Leibenstadt 1848
64 x 93,5 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe H Tolnayshof / 1

Rechts: Unterstützungsgelder für die bedürftigen Einwohner
im Odenwald während des Frühjahrs 1847
33 x 21 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 349 / 7

An Armut gescheiterte Siedlungen

Zu Zeiten anhaltenden Bevölkerungswachstums suchte man von jeher, für den die Menschen ernährenden Ackerbau auch Grenzertragsböden zu erschließen. So kam es zum Landesausbau des hohen Mittelalters, aber auch zu umfangreichen Rodungen und zu allerlei Siedlungsneugründungen im 18. Jahrhundert, als nach vielen verheerenden Kriegen endlich wieder eine längere Phase des Friedens einkehrte und die Sterblichkeit sowohl von Kindern als auch Erwachsenen deutlich nachließ. Hinzu kam das Bedürfnis manches barocken Herrn, die Wirtschaftskraft seiner Herrschaft und sein Ansehen vor der Welt durch Peuplierungsmaßnahmen zu vermehren. Dergleichen lag im Zug der Zeit, man denke nur an fürstliche Gründungen wie Ludwigsburg oder Karlsruhe. Wenn indes die nötigen Ressourcen fehlten und – wie etwa bei der Entstehung einer Siedlung auf dem Heuberg bei Pfedelbach im Hohenlohischen – auch noch weltanschauliche respektive konfessionelle Gesichtspunkte eine Rolle spielten, wurde nach den Zukunftschancen derartiger Prestigeprojekte nicht viel gefragt, und die sozialen Folgen blieben schließlich nicht aus.

Auf dem Winterhauch, einem bewaldeten Höhenzug nordöstlich über seinem Schloss Zwingenberg am Neckar, vergab um 1720 Graf Ferdinand Andreas von Wisser zwei Rodungsbezirke in mehr als fünfhundert Metern Höhe an Neusiedler und veranlasste damit die Gründung der beiden Weiler Ober- und Unterferdinandsdorf, die zwei Menschenalter später von Eberbach her auch noch um ein kurpfälzisches Unterferdinandsdorf ergänzt wurden. Von Anfang an waren die derart neu gewonnenen Wirtschaftsflächen sehr be-

scheiden, umfassten zwingenbergischerseits noch in den 1770er Jahren bei immerhin fünf-



zehn Häusern und einer Mühle mit insgesamt mehr als 70 Einwohnern nicht einmal 350 Morgen Äcker, Weiden, Wiesen und Wald, und die rund 50 im kurpfälzischen Ortsteil lebenden Menschen waren nicht besser gestellt. Zumeist verdingten sie sich um Taglohn. Die Gemeinde hatte keinerlei Besitz, verfügte weder über eigenen Wald noch über Holzrechte, und entsprechend häufig kam es zu unbefugten Eingriffen in den Herrschaftswald. Weil in den einzelnen Häusern nichts zu stehlen war, vertrat man seitens der Obrigkeit die Ansicht, die ansonsten üblichen Tag- und Nachtwachen könnten vor allem in dem gänzlich armen Unterferdinandsdorf unterbleiben.

Die ungünstigen Bodenverhältnisse, eine fortschreitende Realteilung und ein starkes Bevölkerungswachstum verschärften im 19. Jahrhundert die soziale Lage derart, dass die Agrarkrise der 1840er Jahre die Katastrophe unausweichlich machte. Schließlich erklärte die badische Ständeversammlung die Gemeinde Ferdinandsdorf mit Gesetz vom 28. Dezember 1850 für aufgehoben. Die Einwohner mussten ihren Grundbesitz an die markgräfliche Stan-

desherrschaft Zwingenberg verkaufen und wanderten größtenteils mit staatlicher Unterstützung nach Amerika aus (vgl. S. 57). Die Häuser wurden abgebrochen, die Gemarkung aufgeforstet und zwischen den Gemeinden Mülbien und Strümpfelbrunn sowie der Waldgemarkung Zwingenberg aufgeteilt.

Ähnlich verhielt es sich mit der zu Beginn des 18. Jahrhunderts durch den aus Ungarn stammenden Adligen Franz von Tolnay de Goeleye angelegten Kolonie Tolnayshof bei Leibensstadt im Bauland. Weil dem herrschaftlichen Gutsbetrieb der erhoffte Erfolg versagt blieb, wurden die Parzellen seit den 1740er Jahren fahrendem Volk überlassen, dessen Zahl bald immer mehr wuchs; 1848 zählte man 255 zumeist katholische Seelen. In den umliegenden Dörfern wurden die Kolonisten, die sich in Sprache und Habitus von der übrigen Bevölkerung unterschieden, argwöhnisch betrachtet. Überdies trieben die *Döllishöfer*, weil sie infolge zu geringer Flächen vom Ackerbau nicht leben konnten, Hausierhandel, bettelten und machten sich immer wieder durch Feld-, Wald- und Wildfrevel unliebsam. Dergestalt bildeten der Tolnayshof und seine Bewohner in der Region ein permanentes Ärgernis. Daher erging 1851 staatlicherseits die Aufforderung zur subventionierten Auswanderung nach Amerika, und bereits im Jahr darauf hatte sich die Einwohnerschaft des Weilers um etwa hundert Personen verringert. Bis 1854 verließen mehr als zweihundert Tolnayshöfer das Bauland und die Alte Welt. Schließlich wurde der Hof um 1879/80 vollends aufgelöst, die verbliebenen Menschen in der Nachbarschaft angesiedelt und die Häuser dem Erdboden gleich gemacht.



Art. IV. Der Eintritt der Arbeiter in die Fabrik kann nur Morgens 6 Uhr, 7 Uhr und Mittags 1 Uhr stattfinden, und zwar wird jedesmal 15 Minuten vor diesen Zeiten das Fabrikthor aufgeschlossen; zugeschlossen wird dasselbe wieder 10 Minuten nach 6 Uhr, 5 Minuten nach 7 Uhr und 5 Minuten nach 1 Uhr. Diese Zeiten werden nach der evangelisch-protestantischen Kirche angenommen. Dem Portier ist es strenge untersagt, Arbeiter ohne Erlaubnißkarten zu andern Zeiten eintreten zu lassen.

Mittagsmahl der Arbeiter aus der Griesbachschen Fabrik bei der Stadtkirche in Karlsruhe 1836
9 x 22 cm
GLA Karlsruhe S Thomas Kellner 1 / 84

Darunter:
Fabrikordnung von Emil Keßler in Karlsruhe 1845
59,5 x 45 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe P / 2194

Rechts:
Vorschriften für die Arbeiter der Griesbachschen Fabrik
22,5 x 17 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 357 / 317

Fabrikarbeiter in der Stadt

Eine Momentaufnahme aus dem Karlsruher Biedermeier: Der unbekannte Zeichner hat sich am Rathaus postiert und ein wenig schulmäßig Arbeiter skizziert, die sich gegenüber, zwischen den Kolonnaden der Stadtkirche, niedergelassen haben. Zu Ende gebracht hat er das Blatt nicht. Das Blau einiger Kleidungsstücke war ihm noch wichtig, die anderen Farben blieben weg. Vielleicht hat er gemerkt, dass die Proportionen nicht stimmten: Der Säulenabstand war nicht ganz geraten.

Trotzdem hat die kleine Skizze – im Original kaum größer als in der Abbildung – für uns vielfachen Quellenwert. Wir kennen den Karlsruher Marktplatz aus unzähligen zeitgenössischen Stichen, aber nur bevölkert von Stereotypen flanierender Menschen. Wir kennen von diesen Bildern auch das wohlproportionierte Griesbachsche Haus an der Südostecke des Platzes – es musste am Ende des Jahrhunderts einem Neubau von Josef Durm weichen, dem heutigen Polizeipräsidium –, und wir kennen von Porträts, aus seinen Schriften und aus einem bemerkenswerten Nachlass im Stadtarchiv natürlich auch den Fabrikbesitzer, Wilhelm Christian Griesbach, den Oberbürgermeister und Repräsentanten der Karlsruher Oberschicht. Aber die Ansichten zeigen nur das bürgerliche Wohnhaus, nicht die Fabrik, und von den Arbeitern wissen wir nicht viel mehr als ihre Zahl: 1820 waren es etwa 50, 1843 schon über 100. Die Griesbachsche Tabakfabrik war der größte Industriebetrieb im inneren Stadtgebiet.

Wo kamen die Arbeiter her? Wohl nur ein Teil aus der Stadt selbst, die Mehrzahl von den Dörfern. Moritz Hecht hat Ende des 19. Jahrhunderts in seiner berühmten Fallstudie über „Drei Dörfer der badischen Hard“ beobachtet, dass

die Karlsruher Industriearbeiter aus Blankenloch und Friedrichstal mittags ihre mitgebrachten Brote aßen. Im näheren Hagsfeld sammelten arme Frauen *Punkt 11 Uhr das Essen in Geschirren* ein und brachten es den Arbeitern in die Stadt. Solche Gefäße halten wohl auch einige Arbeiter an der Stadtkirche in der Hand. Dabei mussten die Frauen pünktlich sein: Nach der Arbeitsordnung für andere Karlsruher Fabriken hatten alle Arbeiter um 12 Uhr die Gebäude zu verlassen und durften sie erst um 13 Uhr wieder betreten. Den Arbeitsrhythmus gab dabei das Geläut der evangelischen Stadtkirche vor – die Arbeiter besaßen wohl in der Regel noch keine Uhren. Die besser bezahlten unter ihnen konnten in der Mittagspause des 12-Stunden-Tages nach Hause oder in ein Wirtshaus gehen. Der teure städtische Wohnraum drängte die ärmeren aber aus der Stadt. Erst kurz vor der Revolution begannen die Planungen für die Südstadt als Arbeitervorort. Wer also aus dem Umland kam und kein Gasthaus bezahlen konnte, musste sich in der Nähe der Fabrik einen Unterstand suchen. Da gab das Vordach der Stadtkirche für die Griesbachschen Tabakarbeiter wenigstens einen Regenschutz ab.

Gehörten sie deswegen zu den Armen? Sie hatten Arbeit in einem expandierenden Betrieb. Kamen sie aber z.B. aus Hagsfeld, besaßen sie fast keinen Anteil am Boden mehr, sondern waren allenfalls Zwergbauern; die Frauen bearbeiteten kleinste Nutzflächen für die Hauswirtschaft, die Familien waren vollständig lohnabhängig. Unser Bild entstand in einem Moment des Übergangs. Im selben Jahr 1836 trat Baden dem Zollverein bei und wurden die drei großen mittelbadischen Unternehmen gegründet (vgl. S. 27). Die Griesbachsche

Vorschriften für den Arbeiter.

Man verlangt von einem braven Arbeiter: Fleiß, Aufmerksamkeit für das Geschäft, Sorgfalt, daß nichts verderben werde, und vor allem Treue; darunter versteht man nicht nur, daß nichts entwendet werde, sondern es darf auch ohne Erlaubnis nicht die kleinste Sache mitgenommen werden.

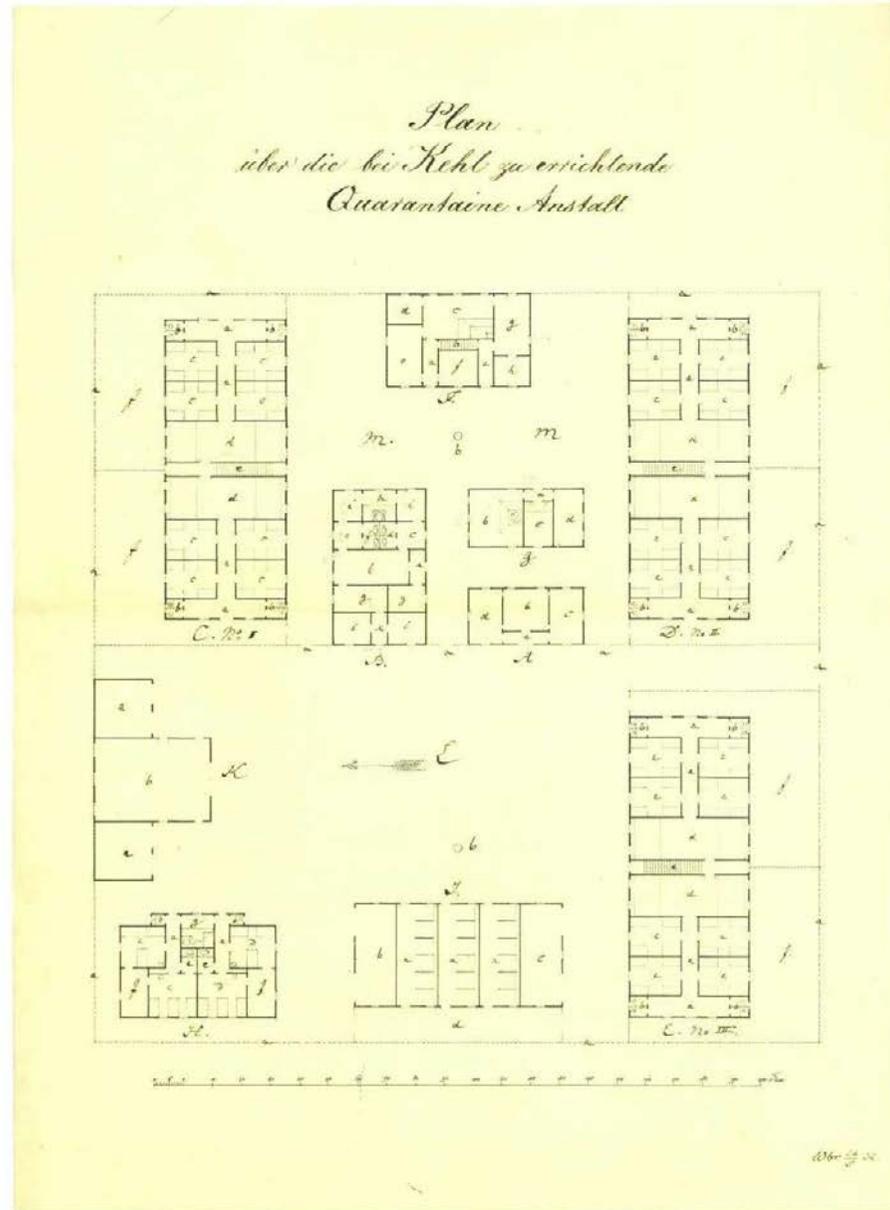
Will Jemand gegen diese Vorschriften handeln, so soll jeder treue Arbeiter seine Kameraden warnen, und hört er nicht darauf, so ist sogleich die Anzeige dem Werkmeister oder im Contor zu machen.

Den Anordnungen des Werkmeisters und der älteren Fabrik-Arbeiter ist pünktlich Folge zu leisten, sich friedsam und ruhig zu benehmen, und beim Kommen und Gehen von der Arbeit alle unnötige Hast und Lärmen zu unterlassen.

W. Christian Griesbach

Tabakfabrik reichte mit ihren Anfängen dagegen noch in das 18. Jahrhundert zurück: Stark von den Persönlichkeiten der Unternehmerfamilie geprägt, war es wohl kein Zufall, dass sie auch jetzt noch keine eigentliche Arbeitsordnung besaß, sondern das patriarchalische Treueverhältnis zwischen Fabrikherrn und Belegschaft auszureichen schien. Die Keßlersche Lokomotiven- und die Schmiedersche Wagenfabrik regelten dagegen die Arbeit bereits penibel im Wortsinn, also vor allem mit Strafandrohungen. Geriet diese Arbeitswelt durch Wirtschaftsflauten aus der Bahn, dann konnten aus den Arbeitern mit ihren Schirmmützen und blauen Kitteln jene *Blusenmänner* werden, wie sie der Bankier Eduard Kölle 1848 plötzlich als fremde und unheimliche Masse auf den Karlsruher Straßen wahrnahm.

KK



Bauplan für eine Cholera-
Quarantäne-Station in Kehl 1832
38 x 28 cm
GLA Karlsruhe 233 / 31849

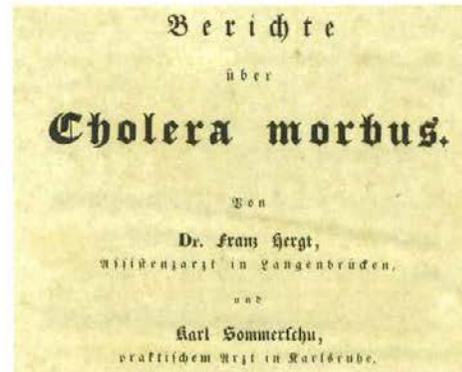
Rechts:
Franz Hergt und Karl Sommerschu: Berichte
über Cholera morbus, Karlsruhe 1831/32
21,5 x 12,5 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe Druckschriften 2306

Gefahr durch die Cholera

Als die Cholera, 1817 von Indien ausgehend, immer weiter nach Westen vordrang und schließlich 1830/31 in Ostpreußen, Hamburg, Österreich und Mähren auftrat, sah man sich in Deutschland von einer neuen, bis dahin völlig unbekanntem Krankheit bedroht. Die Unwissenheit, das plötzliche Auftreten der Krankheit und die Heftigkeit des Krankheitsverlaufs riefen bei der Bevölkerung Angst und Schrecken hervor. Keine soziale Schicht durfte sich vor der Seuche in Sicherheit wiegen, und die Staatsregierungen konnten nicht untätig bleiben. So kam es auch in Baden Anfang der 1830er Jahre zu einer Flut von staatlichen Erlassen, Verordnungen und Vorsichtsmaßnahmen gegen das Eindringen der Cholera. Auf örtlicher Ebene, Kreis- und Landesebene wurden spezielle Kommissionen zur Bekämpfung der Seuche eingerichtet.

Um geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, galt es zunächst, die Ursachen der Cholera zu erforschen. Bis zur Entdeckung des „vibrio cholerae“, des Erregers der Cholera, durch Robert Koch im Jahr 1883 standen sich im wesentlichen zwei Theorien widerstreitend gegenüber: Während die Anhänger der Miasma-Theorie davon überzeugt waren, dass der Erreger in der Atmosphäre oder den Ausdünstungen des Bodens zu suchen sei, glaubten die Kontagionisten eher an eine Ansteckung durch Berührung. Diese Uneinigkeit der medizinischen Fachwelt spiegelt sich auch im Bericht der beiden Mediziner Dr. Hergt und Dr. Sommerschuh wider, den diese über ihre im Auftrag der Großherzoglichen Immediat-Kommission unternommene Reise nach Ostpreußen verfasst haben. Beide Mediziner waren durch ihre Erfahrungen von der Kontagionismus-Theorie überzeugt. Ihre Vorschläge

zielten deshalb auf eine Reihe von Maßnahmen, die den Ausbruch, vor allem aber die Ausbreitung der Krankheit verhindern sollten. In verschärften Reise- und Handelsbestimmungen wurden Gesundheitspässe für Reisende sowie Ursprungs- und Reinheitspässe für Waren gefordert. Auch die Postsendungen unterlagen besonderen Kontrollen. An den Grenzen sollten militärische Sperrgebiete und



Quarantäneanstalten zur Unterbringung von Reisenden aus *angesteckten Ländern* errichtet werden. So wurde 1832, nach dem Ausbruch der Cholera in Paris, die Errichtung einer solchen Anstalt bei Kehl am Rhein geplant. Das Bauprojekt kam aus Kostengründen jedoch nie zur Ausführung. Zur Beruhigung der Bevölkerung gab es in den öffentlichen Blättern Informationen über die Entstehung und Ausbreitung der Krankheit sowie Empfehlungen für Schutz- und Heilmittel. Den Ortskommissionen oblag es, geeignete Maßnahmen anzuordnen und für deren Durchführung durch die Gesundheitspolizei zu sorgen. In Karlsruhe wurde die Stadt zur besseren Übersicht in 32 Bezirke eingeteilt, in denen ein

namentlich ernannter Inspektor die Einhaltung der Vorschriften zu kontrollieren und den Ausbruch der Seuche zu melden hatte. Unter der Leitung von Oberbürgermeister Klose kümmerte sich die Cholera-Kommission um die Ermittlung und Ausstattung von Gebäuden für die Unterbringung der Erkrankten. Sie erließ Anordnungen zum Schutz der Bevölkerung und gab Empfehlungen zur besseren Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten, auch forderte sie die Abdeckung des Landgrabens.

Diese Maßnahmen brachten ein hohes Maß an Bürokratisierung und überforderten letztlich die öffentlichen Haushalte. Zudem war in Baden Anfang der 1830er Jahre kein einziger Fall von Cholera aufgetreten. Sei es, weil die ergriffenen Schutzmaßnahmen gefruchtet hatten, oder weil es eben „nur“ ein glücklicher Zufall gewesen war. So kam es 1833/34 zur Auflösung der Cholera-Kommissionen und zur Rücknahme der hinderlichen Reise- und Handelsbestimmungen. In der Folge setzte der Staat vermehrt auf die wissenschaftliche Erforschung der Krankheit, vor allem aber auf vorbeugende gesundheitspolitische Maßnahmen wie die Verbesserung der Lebensumstände der Hilfsbedürftigen, die Reinhaltung der Straßen und Abzugsgräben sowie die Aufsicht über das Trinkwasser und die Nahrungsmittel. Trotzdem ließ sich der Ausbruch der Seuche auch im süddeutschen Raum nicht verhindern: 1836 trat die Cholera zum ersten Mal in Bayern, 1849 in Mannheim und Umgebung auf. Man musste erkennen, dass die Seuche nicht zu verhindern war, hatte aber zugleich gelernt, dass ihrer Verbreitung durchaus Schranken zu setzen waren.

Seine Königl. Hoheit, den Großherzog, in einer unterthänigsten Adresse ehrfurchtvollst zu bitten, einen Entwurf einer Fabrikpolizeiordnung gnädigst vorlegen zu lassen, durch welche den mit der fabrikmäßigen Industrie verbundenen Nachtheilen für die Fabrikarbeiter, für die Fabrikherren und für den Staat möglich vorgebeugt wird.

Meine Herrn!

Indem ich heute das erstemal die Rednerbühne dieses Hauses betrete, steigert sich die mir ohnehin eigene Schüchternheit in doppelter Hinsicht, einmal wenn ich auf den Gegenstand, sodann wenn ich auf den Umfang meines Vortrages blicke.

Ich bespreche einen Gegenstand, dessen gründliche Betrachtung eine reife Erfahrung, einen sichern Blick in die wichtigsten Verhältnisse unseres Vaterlandes voraussetzt.

Ich bespreche ein den Staat nach allen Richtungen ergreifendes Interesse, ich, der Jüngste unter Ihnen, meine Herren, und insofern auch mit der jüngsten Erfahrung, der ich zudem in der Stille eines zurückgezogenen Gelehrten-Lebens den praktischen Interessen des bürgerlichen überhaupt ferner stehe.

Ich müßte mich wahrlich der Vermessenheit beschuldigen, wenn ich nicht in der Dringlichkeit der Sache und im Vertrauen auf Ihre, meine mangelhaften Kenntnisse ergänzende, Erfahrung wenigstens einige Entschuldigung finden würde.

Verhandl. d. II. Kam. 1837, 36 Beil. Heft.

50

Die Fabrikrede von Franz Josef Buß 1837

Es war sicher eine Sternstunde des badischen Parlamentarismus, als am 25. April 1837 der jüngste, ein gerade 34-jähriger Abgeordneter, das Rednerpult im Ständehaus betrat und eine Rede über die soziale Lage hielt. Ungewöhnlich nicht nur die Länge – für die sich Franz Josef Buß gleich am Anfang entschuldigte –, ungewöhnlich vor allem das Thema: Es war die erste sozialpolitische Rede in einem deutschen Parlament.

Buß, schon seit 1833 außerordentlicher Professor in Freiburg, versuchte ein umfassendes Bild der Veränderungen zu zeichnen, die durch die *schrankenlose Ausweitung der Fabrikarbeit* entstanden waren: Selbstverständlich wollte er die Vorteile der Industrialisierung nicht übersehen, mehr Waren konnten preiswerter erzeugt werden und dadurch wurde der allgemeine Wohlstand gehoben. Gerade in Gebieten mit unfruchtbaren Böden konnte außerhalb der Landwirtschaft Arbeit angeboten werden, aber um welchen Preis! Fabrikarbeiter litten unter Existenzunsicherheit – es drohte die *Gefährdung der Gesundheit durch den ewigen Kummer über ihre unsichere Zukunft* –, unter den harten Arbeitsbedingungen und daraus folgend unter geistiger und sittlicher Verwahrlosung. Wer 14-16 Stunden arbeite – so Buß –, habe keine Zeit mehr sich fortzubilden und wäre dem Trost des Familienkreises entrissen.

Auch für die Fabrikherren bestanden Probleme in der nicht planbaren Qualität der Arbeitsleistung der Arbeiter und in ungewissen Marktchancen für ihre Produkte. Der Staat müsse sich fragen lassen, ob es gut sei, dass *der Gewinn der Fabrikindustrie vorzugsweise nur den Unternehmern und Kapitalisten zufließt*.

Als Heilmittel diskutierte Buß u.a. die *allgemeine Gewerbefreiheit*, Auswanderung, die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und die Abschaffung der Fabrikarbeit. Schließlich schlug er eine staatliche Intervention auf verschiedenen Ebenen vor. Landwirtschaft und selbständige Handwerker sollten z.B. durch Gewerbeschulen gezielt gefördert werden, um die Attraktivität von Fabrikarbeit zu senken. Arbeitsfähige könnten durch genügend Bildung und Kredite von *Sparkassen* für Fabrikarbeiter in Stand gesetzt werden, eigene kleine Betriebe zu gründen. Zur Hebung des Gesundheitszustands sollten in den Fabriken feste Arbeitszeiten von maximal 14 Stunden – für Kinder im Sommer höchstens 8 Stunden – festgelegt werden und das Arbeitsumfeld regelmäßig von technischen Beamten sowie staatlichen Ärzten überprüft werden. Kinder der Fabrikarbeiter müssten morgens zum Schulbesuch verpflichtet werden, wo es nötig sei, seien *Bewahranstalten für kleine Kinder* einzuführen. Ein vierteljährlicher Kündigungsschutz sollte eingeführt werden. Um all diese Bestimmungen zu kontrollieren, schlug Buß die Gründung einer besonderen *Zentralbehörde für die Gewerkspflege* vor.

Die Reaktion auf die Rede war enttäuschend. Buß' Beispiele für Kinderarbeit und zunehmende Prostitution unter Fabrikarbeiterinnen stammten aus England und Frankreich. In Baden aber begann die Industrialisierung viel später als in den benachbarten Staaten. Im leerstehenden Kloster St. Blasien entstand eine der ersten großen Fabriken, in der 1816 immerhin 809 Beschäftigte gezählt wurden. Aber noch 1829 arbeiteten erst gut 3.000 Menschen in 163 Fabriken, gerade einmal ein Prozent der Erwerbstätigen, 1840 waren es



etwa vier Prozent. Industrielle Zentren waren 1829 Mannheim mit 21 Fabriken, Pforzheim mit 11 und Lahr mit 9 Werken. Nahrungs- und Genussmittel wurden in 38 Betrieben produziert (davon 27 Tabakfabriken), Textil- und Lederwaren in 33 sowie Eisen- und Metallwaren in 21 Werken hergestellt.

Buß' Scheitern liegt aber nicht nur daran, dass er eine wichtige Frage vorzeitig anschnitt. Er war 1837 ein liberaler Abgeordneter, der sich – gegen seine Kollegen – für steuernde und eingreifende Maßnahmen des Staats einsetzte. Eine Position, die in der „Drei-Fabriken-Frage“ 1848 (vgl. S. 27) wieder aufgegriffen wurde. Da hatte sich Buß, wohl aufgrund persönlicher Erfahrungen, längst zu einem konservativ-katholischen Streiter gewandelt. Und so wird heute seine „Fabrikrede“ – fälschlich – als erste sozialpolitische Rede eines katholischen Politikers angesehen.

Meine Herren!

Die Großherzogliche Regierung hat Ihnen, meine Herren, vorgeschlagen, drei große Gewerbsanstalten zu retten, welche Gefahr laufen, nicht mehr arbeiten zu können, weil die Mittel zum Betriebe ihrer Arbeit in der Quelle stocken und größtentheils plötzlich zurückgefordert werden. Sie sollen Ihre Zustimmung zu einer Dazwischenkunft der Staatsverwaltung geben, um zu bewirken, daß die Frist zur Herausbezahlung der den Anstalten miethweise überlassenen Mittel erstreckt werde, so weit nöthig ist, damit sie aus dem Ertrage ihrer Arbeit allmählig leisten, was ihnen im Augenblicke zu leisten unmöglich fällt. Die Gläubiger sehen, daß sie gegenwärtig nicht befriedigt werden können; sie haben die Wahl, entweder zuzugreifen, zu veräußern, was sich vorfindet, und sich aus dem Erlöse, so weit er reicht, bezahlt zu machen, oder zu warten, in der Hoffnung, nach und nach vollständige Zahlung zu erhalten. Ist im Falle des Zugriffs ein großer Verlust unvermeidlich, so stehen auf der andern Seite den Hoffnungen die Besorgnisse gegenüber, daß die Anstalten den erwarteten Ertrag nicht liefern werden. Es bleibt immer die Gefahr, zu verlieren. Diese Gefahr soll die Gesamtheit mit den Gläubigern theilen, damit diese sich eher entschließen, zu warten, oder auch die Veräußerung der Schuldurkunden dem Zugriff auf die Fabriken vorzuziehen. Dieß will der Vorschlag der Regierung, indem er den Staat als Bürgen für die Zinsen hinstellt, unter der Voraussetzung, daß ein Borg- oder Nachlassvergleich zu Stande komme, welcher den Fortbetrieb der Fabriken sichert.

Es ist nicht gewöhnlich, daß der Staat einschreitet, um Gewerbsunternehmungen Einzelner aufrecht zu erhalten. Wir hatten uns daher vor Allem die Frage zu beantworten, ob ein solcher Schritt stattfinden solle, abgesehen von den Verhältnissen, welche hier vorliegen. Die Gründe, welche gegen jedes Eintreten des Staats vorgebracht wurden, beruhten auf dem Gedanken, daß die für Staatszwecke erhobenen Beiträge der Bürger nicht im Sonderinteresse Einzelner verwendet werden dürften, und daß ein erstes Beispiel dieser Art unabsehbare Folgen nach sich ziehen werde. Sey der Staat einmal eingeschritten, so dürfe er seine Hülfe keinem Andern versagen. In der gegenwärtigen Zeit namentlich könnten sich die Fälle häufen, daß der Staat um seine Vermittlung angegangen würde; dieß

Verhandlungen der 2. Kammer 1847/48. 6. Beilagenheft.

34

Die Drei-Fabriken-Frage von 1848

Badens Beitritt zum Zollverein am 1. Januar 1836, der Fall hemmender Zollschranken und die daran geknüpfte Hoffnung auf unermessliche Exportchancen waren entscheidende Impulsgeber für den eigentlichen Beginn der industriellen Produktion und führten bereits im ersten Jahr zur Gründung der drei größten Fabriken hierzulande. Für die Finanzierung mussten private Geldinstitute gewonnen werden, da der Staat noch keine aktive Handels- und Industriepolitik betrieb und keine eigenen Kreditanstalten unterhielt. Nur das Karlsruher Bankhaus Salomon von Haber war aufgrund seiner Verbindungen nach Frankfurt geeignet, die erforderlichen Finanzmittel zu beschaffen.

Unmittelbar nach der Konstituierung der Spinnerei-Weberei in Ettlingen, aber noch vor Beginn ihres Engagements bei der Keßlerschen Maschinenfabrik in Karlsruhe wandte sich die Privatbank Haber einem weiteren Großprojekt zu und stand fortan auch der *Badischen Gesellschaft für Zuckerrfabrikation* in Waghäusel bei der Kreditbeschaffung zur Seite. Diese hatte gerade die staatliche Konzession für die industrielle Zuckergewinnung aus getrockneten Rüben auf Grundlage des Patents des Chemikers Karl Sebastian Schützenbach erhalten. Aufgrund einer schwachen Aktienkapitalbasis und mangelnden staatlichen Unterstützung, wegen Wettbewerbsnachteilen gegenüber ausländischen Großimporteuren sowie fehlender Anbauflächen und -erfahrungen waren Ertragsmenge und -güte der Zuckerrfabrik zunächst gering. Das Unternehmen blieb über ein Jahrzehnt in der Verlustzone und musste ständig neue Kredite aufnehmen.

Allmählich zeichnete sich jedoch eine Wende ab: Das lange nur unbefriedigend funktionierende Fabrikationsverfahren wurde verbessert, und der Betrieb mit über 1.000 Beschäftigten stieg zum größten kontinentaleuropäischen Zuckerproduzenten auf. Im Umland stellten sich Hunderte von zunächst skeptischen Bauern ganz auf den Hackfrüchteanbau und Fuhrleute auf den Transport von



Rüben, Brennmaterial und Zuckerrfabrikaten um. Doch dann zogen ab Mitte der 1840er Jahre plötzlich von außen dunkle Wolken auf. Infolge großer Miss-

ernten kam es zu einer Teuerungswelle bei Nahrungsmitteln. Die sinkende Nachfrage nach gewerblichen Produkten und deren Preisverfall stürzten die großen Fabriken in eine Existenzkrise und trieben Tausende abhängiger Familien weiter ins Elend. Die Wirtschaftsflaute und der Konkurs Frankfurter Partnerbanken führten schließlich im Dezember 1847 zum Bankrott des Bankhauses Haber, des Hauptkreditgebers der drei Großfabriken.

In ihrer Not wandten sich diese mit einem gemeinsamen Ersuchen um ein staatliches Überbrückungsdarlehen von jeweils 500.000 Gulden unmittelbar an den badischen Großherzog. Die daraufhin eingeschaltete Zweite Landtagskammer diskutierte im Januar 1848 erstmals überhaupt die Frage staatlicher Sub-

ventionen – kontrovers zwischen marktradikalen Ultraliberalen um Friedrich Daniel Bassermann und antikapitalistischen Frühsozialisten um Friedrich Hecker, die beide aus entgegengesetzten Gründen eine Unterstützung ablehnten. Eine Kommission unter Leitung des gemäßigten Liberalen Karl Mathy bestätigte zwar den Grundsatz der staatlichen Nichteinmischung in privatwirtschaftliche Vorgänge, plädierte aber für die künftige Zulassung von Ausnahmen, wenn ein *öffentlicher Nutzen* – wie hier gegeben – dies erfordere, um eine *Volksarbeit zu erhalten, welche an die 4.000 Arbeiter unmittelbar beschäftigt, noch vielen anderen mittelbar Verdienst gewährt, jährlich für mehr als drei Millionen Gulden Erzeugnisse liefert und gegen 850.000 Gulden Arbeitslöhne bezahlt*.

Der Staat sei nun in der Pflicht und solle eine langjährige Zinsstabilitätsgarantie übernehmen, falls jede der Fabriken an ihre Gläubiger Schuldverschreibungen ausbebe. Dieser vertrauensbildende, mit deutlicher Mehrheit beider Kammern angenommene Kompromissvorschlag brachte – am Vorabend der Märzrevolution – exemplarisch eine zukunftsweisende Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik hervor. Mit einer Kombination aus Bargeldzahlungen, Obligationen und Aktien sowie verzögerter Dividendenausschüttung konnten die Zuckerrfabrik Waghäusel und die Spinnerei-Weberei Ettlingen saniert werden und sogar rasch wieder expandieren. Der Karlsruher Maschinenfabrik, nun auch in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, machte hingegen die erste Flaute im Eisenbahnbau weiterhin schwer zu schaffen.

MB



Antijüdische Ausschreitungen 1819
23 x 35 cm
GLA Karlsruhe J-D-J/1

Rechts: Amtstracht der badischen Rabbiner 1843
33,5 x 20,5 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe J-L-J/1

Die antijüdischen Ausschreitungen 1819 und 1848

Die Erhebung des Volkes für Freiheit und Gleichheit sollte nicht für alle gelten. Juden brachte der Märzaufruch 1848 die Aussicht auf rechtliche Gleichstellung, aber auch Angst und Schrecken. In Bühl plünderte *ein nicht zu bändig gewesener Volkshaufen* in der Nacht zum 31. März die Häuser wohlhabender Juden und zertrümmerte *auf die furchtbarste Weise* deren Mobiliar und Weinfässer. Die ökonomisch motivierten und in antijüdischer Tradition wurzelnden Übergriffe dauerten an, bis am 4. April ein Karlsruher Dragonerregiment zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in Bühl einrückte, welches das Bezirksamt angefordert hatte, nachdem der hauptgeschädigte Weinhändler Alexander Wertheimer als Bote in das Karlsruher Innenministerium gesandt worden war.

Schon die am 2. August 1819 von Würzburg ausgreifenden Hep-Hep-Krawalle – die Bezeichnung Hep stand für den Kreuzfahrerruf *Hierosolyma est perdita* oder diente als Abkürzung für Hebräer – waren zum einen ein Protest gegen die Edikte von 1807 gewesen, die eine Emanzipation der Juden anstrebten, zum anderen hatte der althergebrachte christliche Antijudaismus der Bevölkerung einen Schuldigen für die sozialen und wirtschaftlichen Missstände im Vormärz sowie für die Hungersnot und Teuerungskrise 1816/17 gesucht. Aus Angst vor einer Gleichstellung von Juden und Christen in Baden, dem „klassischen Land der Allmende“, hatten letztere, um ihren Anteil am Gemeindeland fürchtend, ihre jüdischen Nachbarn misshandelt, wie es das Frankfurter Bild zeigt.

Auch die antijüdischen Ausschreitungen von 1848 hatten einen handfesten Hintergrund. Die von der Aufklärung inspirierten liberalen

Bürger unter den 1848er-Revolutionären wollten *alle Menschen zu Brüdern* machen. Für die bislang vom Bürgerrecht ausgeschlossenen Juden hätte dies bedeutet, dass sie ihren christlichen Nachbarn gleichgestellt worden wären und sie ein Anrecht auf die materiellen Ressourcen ihres Wohnorts erworben hätten. Zu Exzessen gegen die missliebigen Konkurrenten kam es verstärkt in der Ortenau, im Odenwald und im Kraichgau; in vielen Gemeinden wurden Drohungen laut, Ausschreitungen konnten wie in Hoffenheim (10.3.), Tiengen (11.3.), Eppingen (12.3.) und Leutershausen (16./17.3.) nur durch das Eingreifen des Militärs oder des Amtmanns unterbunden werden.

In Bühl hatte bereits eine Woche vor den Märzunruhen 1848 eine Gemeindepotion von der Karlsruher Volksvertretung den Ausschluss der jüdischen Einwohner vom Bürgernutzen verlangt; am 22. November legten Gemeinderat, Bürgerausschuss und Gemeindeversammlung der Zweiten Kammer eine Petition vor, wonach der Bürgergenuss den Juden per Gesetz zu versperren sei, nachdem die Karlsruher Volksvertretung die rechtliche Gleichstellung der Juden am 13. Mai angenommen hatte.

Für die Modernisierungsverlierer des Vormärz gaben die Juden wegen ihrer exponierten Stellung im (Vieh-)Handel und Kreditgeschäft traditionell eine willkommene Zielscheibe ab, an der sich ihr Unmut entlud. Nun wandte sich die Wut auch gegen die Aufnahme der Juden in die Bürgerschaft. In Bauerbach sah der ermittelnde Gendarm die Ursache für die Übergriffe darin, *dass es allgemein heißt, die Israeliten würden mit den Christen gleichgestellt werden*. Für den Brettener Bezirksamtmann rief die *Nachricht, dass nemlich die Emancipation der Juden von der Ilten Cammer geneh-*

ligt worden ... mit Blitzesschnelle großen Unwillen in allen Gemeinden hervor. Auch dort wandten sich die christlichen Gemeinde-

bürger gegen eine Beteiligung der Juden am Bürgergenuss, zudem waren die materiellen Grundlagen der *Gemeinden* nach den Missernten und Teuerungsnoten der hungrigen 1840er Jahre auf das Äußerste



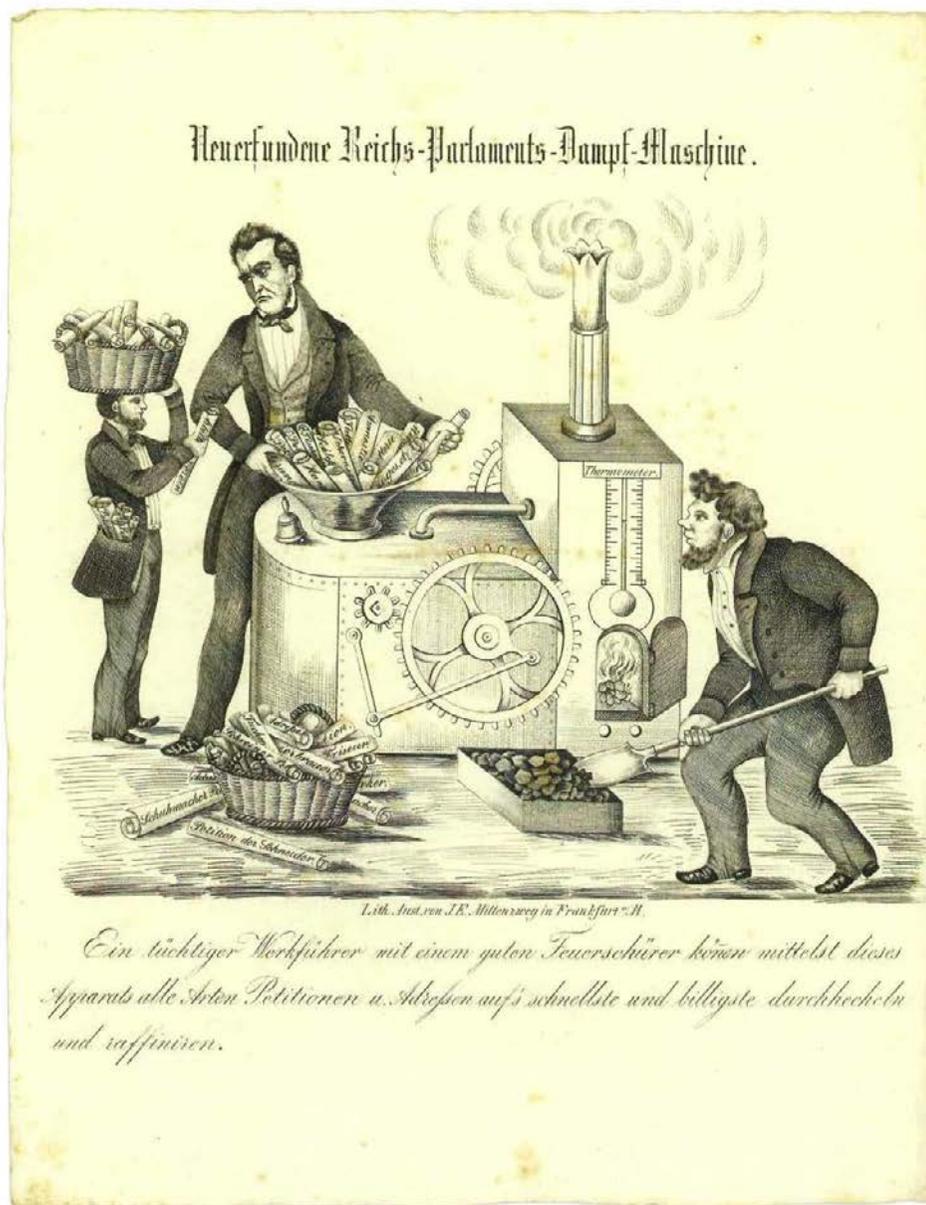
beansprucht. Wie in Rust, Berwangen und Unterschüpf hörte man auch anderswo in Baden oft Spottlieder und den Drohruf *Freiheit, Gleichheit – aber d'Jude min umbracht si*.

Die Bühler Bürger hatten derweil Fakten geschaffen. Wie in Friesenheim, Grötzingen (10.3.), Heidelberg (6.3.), Jöhlingen (13.3.), Michelfeld (1.4.), Mühlbach (22.3.) und Reilingen (30.3.) hatte eine Bürgerversammlung am 5. April 1848 15 Juden zum Verzicht auf ihren mutmaßlichen Bürgergenuss genötigt, ein Teil der Minderberechtigten verließ daraufhin die Stadt. Dennoch erstritten sich einige Juden ihr Recht im Sommer 1849 zurück, die erzwungene Verzichtserklärung wurde 1850 für ungültig erklärt. Die vollständige rechtliche Gleichstellung der Juden sollte freilich erst das Gesetz vom 4. Oktober 1862 bringen, das die sogenannten Schutzjuden zu gleichberechtigten Gemeindebürgern machte.



Ansicht von Adelsheim
16,5 x 22,5 cm
GLA Karlsruhe J-B Adelsheim / 1

Rechts: Register über die Ablösung alter Abgaben an die Freiherren
Göler von Ravensburg im Amt Sulzfeld 1834
33,5 x 21,5 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 69 Göler von Ravensburg / B 47



Karikatur der neu erfundenen Reichs-Parlaments-Dampf-Maschine (1848)

33,5 x 26 cm

GLA Karlsruhe J-S Karikaturen / 191

Rechts:

C. Jügel: Feier auf dem Frankfurter Römerberg (1848)

20 x 27,5 cm

GLA Karlsruhe J-S Karikaturen / 112

Die Parlaments-Dampfmaschine in Frankfurt

Karikaturen sind knappe, bissige Kommentare des Zeitgeschehens. Gute Karikaturen bieten treffende, ins Mark zielende Analysen, sind zeitlose Botschafter.

In Deutschland gelang den Karikaturen erst mit der Pressefreiheit 1848 in großem Stil der Durchbruch. Als Beilagen von Zeitschriften und als „Fliegende Blätter“ wurden sie auf der Straße zu Tausenden verkauft. Bei Neuererscheinungen – so ist überliefert – drängten sich die Passanten die Nasen an den Schau Fenstern der Verlage platt. Im Zentrum der Darstellungen stand anfangs das erste frei gewählte deutsche Parlament, die Nationalversammlung, die im Juni 1848 in der Frankfurter Paulskirche zusammengetreten war. In einer Zeit ohne Fotografien waren diese Blätter die erste Möglichkeit, sich Bilder von den Abgeordneten zu machen.

Auf dem Blatt *Neuerfundene Reichs-Parlaments-Dampf-Maschine* ist die Ohnmacht der Arbeiter und Handwerker, die ihre Interessen in der Frankfurter Paulskirche nicht vertreten sahen, treffend dargestellt. Auf der einen Seite befand sich die Gesellschaft in einem wirtschaftlichen Umbruch, im Prozess der Industrialisierung, der vor allem den Handwerkern zu schaffen machte, auf der anderen Seite hatten die Betroffenen politisch keine Stimme.

Nicht zu Unrecht wurde die Nationalversammlung als *Professorenparlament* bezeichnet: Unter 809 – nur männlichen – Abgeordneten waren vier Handwerker und kein Arbeiter. Diese Berufsgruppen sahen nur eine Möglichkeit, ihren Wünschen Gehör zu verschaffen: Sie *petitionierten*. Der Nationalversammlung wurden Bittschriften überreicht, in denen zumeist die Angst vor einer drohenden

Massenverarmung und Verelendung formuliert wurde. Durch billige Importe aus dem Ausland und die Ausweitung des Fabrikwesens sahen die Bittsteller ihre Existenzgrundlage gefährdet. Auch der im Juli und August 1848 in Frankfurt tagende Handwerker- und Gewerkekongress sowie der von Juli bis September beratende Gesellen- und Arbeiterkongress diskutierten Positionen in der Hoffnung, in der Paulskirche Gehör zu finden. Doch wie es den Ideen und Vorstellungen der Handwerker und Arbeiter erging, konnten Zeitgenossen in der Karikatur sofort erkennen. Die beiden Abgeordneten Heinrich von Gagern, die Szene beherrschend, ungnädig schauend, und Robert Blum als Kohlen-schauer verheizen die Papiere. Damit jedem klar wurde, was verfeuert wird, sind diese Rollen beschriftet: Die *Petition der Schneider* liegt vorne neben der *Schuhmacher-P[eti-tion]*; die Eingaben der *Schreiner, Bierbrauer, Friseur[er]* liegen im Korb bereit, und auf der letzten, gerade Gagern gereichten Rolle ist der Schriftzug *Arbeiterverein* zu erkennen. Höchst ironisch die Bildunterschrift: *Ein tüchtiger Werkführer mit einem guten Feuerschürer können mittelst dieses Apparats alle Arten von Petitionen und Adressen auf's schnellste und billigste durchhecheln und raffinieren.*

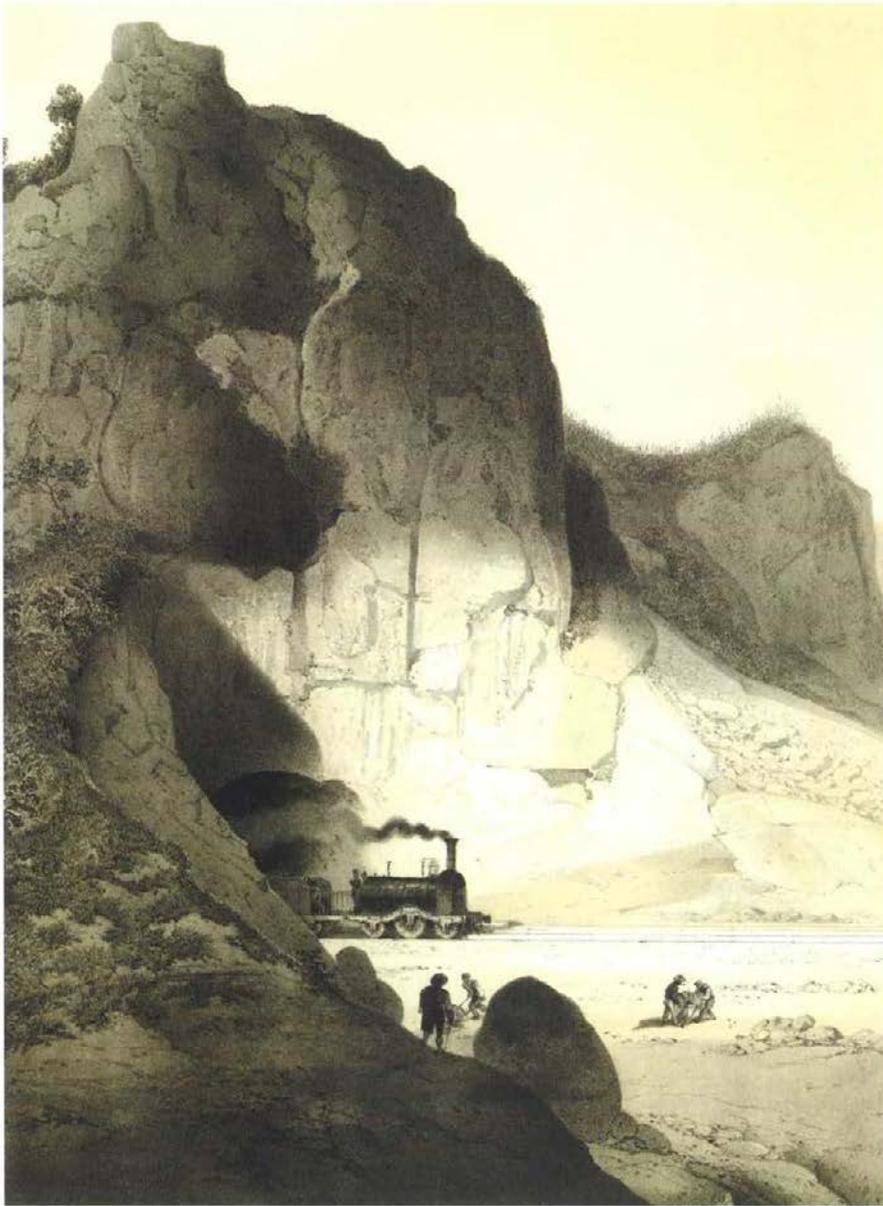
Wie hoffnungslos die Handwerker und Arbeiter ihre Situation empfinden mussten, wird durch die Auswahl der Abgeordneten offenkundig: Heinrich von Gagern, ein anerkannter Liberaler, der Präsident und wahre Gestalter der Diskussionsprozesse der Nationalversammlung, und sein Gegner Robert Blum, der Führer der Linken und vermeintliche Vertreter der kleinen Leute, machen bei dieser Vernichtung von Volkes Stimme offenkundig gemein-



same Sache. Und um den Prozess möglichst rationell zu erledigen, verwenden sie eine Dampfmaschine – schlechthin das Symbol des Fortschritts –, durch die Handwerker um ihre Existenz gebracht und Arbeiter zu menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen gezwungen werden. Der Weberaufstand in Schlesien war gerade vier Jahre zuvor blutig niedergeschlagen worden, die Stürmung der Maschinen noch in guter Erinnerung.

So wird in dieser Karikatur die Meinung der Handwerker und Arbeiter über ihre soziale Situation, ihre gesellschaftliche Stellung und die Wertschätzung ihrer Meinung durch die Auswahl der handelnden Personen, die Anordnung der Szene und die Darstellung einer Dampfmaschine treffend auf den Punkt gebracht. Und das Wort *raffinieren* in der Bildunterschrift verweist noch darauf, dass Werkführer und Feuerschürer an der Verfeuerung der Petitionen etwas verdienen.

Wer hätte das in der Euphorie der Sommers 1848 gedacht, als auf dem Frankfurter Römerberg auch eine Gruppe aus Weinheim Fahnen schwenkend in den allgemeinen Jubel über das erste freie deutsche Parlament eingestimmt hatte?



Fr. Kaiser: Tunnel im Isteiner Klotz (um 1848)
43,5 x 34,5 cm
GLA Karlsruhe G Technische Pläne II.
Eisenbahnen 3 / 49 (5)

Rechts:
Dampflokomotive Löwe 1842
52,5 x 74 cm
GLA Karlsruhe G Technische Pläne II.
Eisenbahnen 3 / 50 (11)

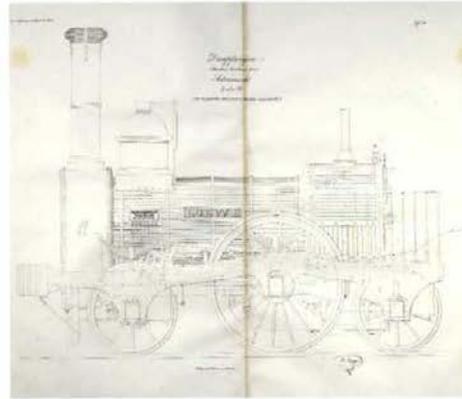
Eisenbahn

Die Bedeutung der Eisenbahn für die Entstehung der industriellen Welt kann man nicht hoch genug veranschlagen. Mit keinem anderen Verkehrsmittel konnte man vergleichbar große Mengen an Gütern und Personen zu so günstigen Preisen und innerhalb so kurzer Zeit transportieren. Hinzu kam die stimulierende Wirkung auf die Eisen- und Stahlindustrie, den Kohlenbergbau, den Maschinenbau und den Kapitalmarkt. Der Eisenbahnbau war die dominierende Triebkraft der industriellen Entwicklung in ganz Deutschland bis in die 1870er Jahre hinein und half entscheidend mit, regionale Defizite auszugleichen und Versorgungskrisen, die oft nichts anderes als Verteilungskrisen waren, vorzubeugen.

In Baden begann das Eisenbahnzeitalter im Jahr 1833, als der Mannheimer Tabakfabrikant Ludwig Newhouse an Regierung und Landtag mit einem Vorschlag zum Bau einer Bahn von Mannheim nach Basel und an den Bodensee herantrat. Was folgte, waren Jahre der Diskussion über den wirtschaftlichen Nutzen, die Finanzierung und die Trägerschaft (staatlich oder privat?) des Projekts.

Der Eisenbahn zum Durchbruch verhalf dann Staatsrat Karl Friedrich Nebenius, der als Mitglied einer von Großherzog Leopold eingesetzten Kommission 1837 ein Gutachten über die wirtschaftlichen Aspekte des Eisenbahnbaus vorlegte: Der Handel am Oberrhein, einer der Hauptverkehrsrouten Europas, würde vom vermehrten Warenaustausch ebenso profitieren wie das produzierende Gewerbe von niedrigeren Transportkosten; Bau und Betrieb der Eisenbahn würden neue Arbeitsplätze schaffen, und die leichtere Mobilität würde gerade den Menschen in den wirtschaftlich schlechter gestellten Gebieten

helfen. Nachdrücklich trat Nebenius wegen der Bedeutung der Bahn für die Verkehrsinfrastruktur für den Staatsbahngedanken ein. Dass die politischen Entscheidungsträger Badens Nebenius' Position zu der ihrigen machten, lag nicht zuletzt an der Schützenhilfe, die die Eisenbahnbefürworter in Baden



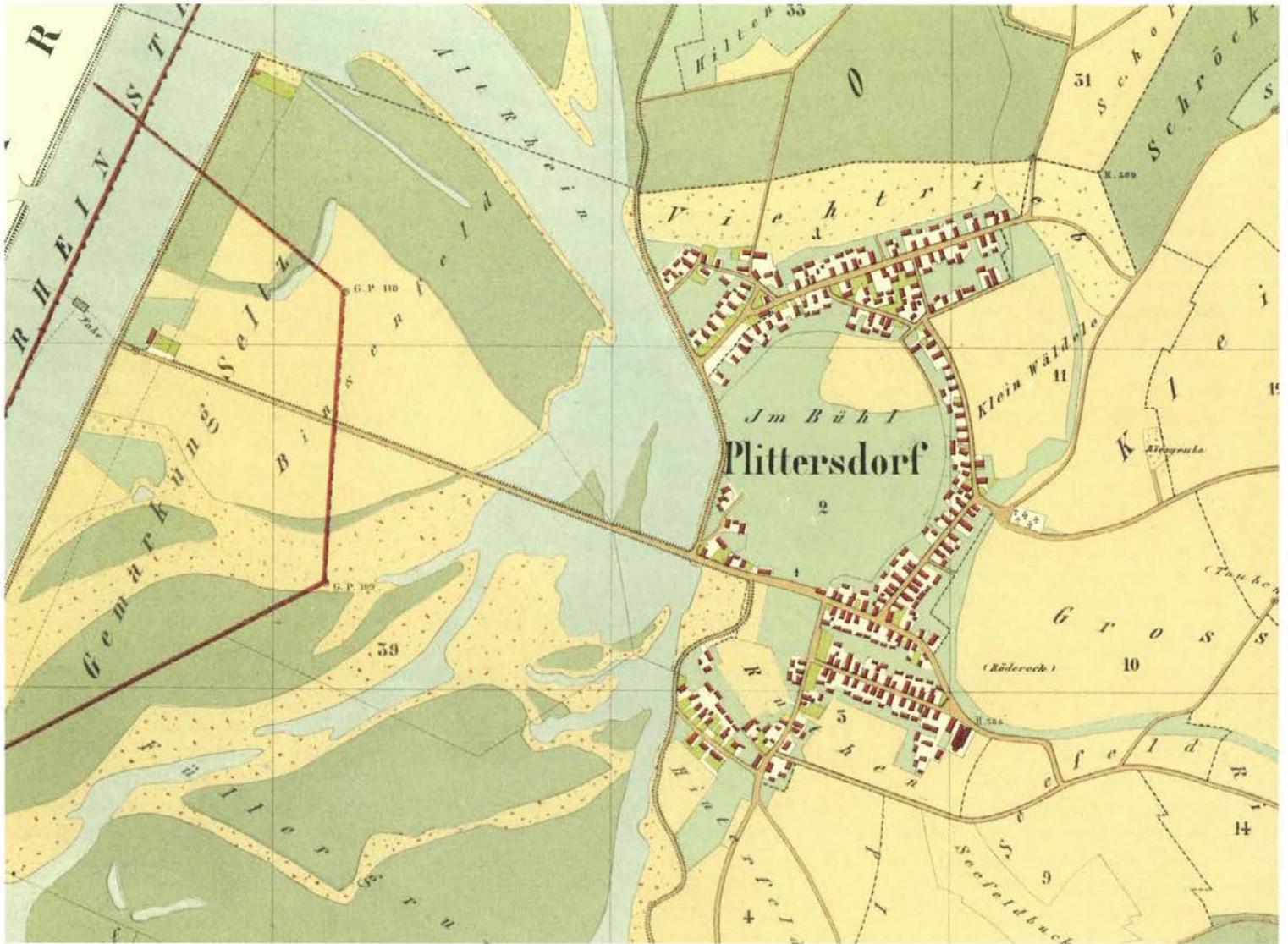
durch das gleichzeitige Projekt einer Bahn von Basel nach Straßburg mit möglicher Fortsetzung in die bayerische Pfalz erhielten. Jetzt war Eile geboten, wollte man die Verlagerung der Verkehrs- und Handelsströme auf das linke Rheinufer verhindern. Im März 1838 beschloss der eigens zur Beratung dieser Frage zusammengerufene badische Landtag den Bau einer Eisenbahn von Mannheim über Heidelberg bis Basel und von da nach Konstanz auf Staatskosten. Von der Hauptbahn abzweigende Nebenbahnen sollten die ländlichen Gebiete im Schwarzwald mit den städtischen Zentren am Oberrhein verbinden. Als erster Abschnitt der Hauptbahn wurde am 12. September 1840 die Strecke Mannheim-Heidelberg in Betrieb genommen.

Als der Eisenbahnbau in Baden begann, verfügte das Land noch nicht über die industriellen Kapazitäten, um Lokomotiven und Wagen selbst herstellen zu können. Diese Industrie entstand erst im Verlauf des Eisenbahnbaus – nichts kann dessen stimulierende Wirkung besser verdeutlichen.

Die ersten Lokomotiven, die 1840 zwischen Heidelberg und Mannheim verkehrten, wurden noch in England bei der Firma Sharp, Roberts & Co. in Manchester hergestellt; sie wurden nach den badischen Wappentieren *Löwe* und *Greif* benannt. Aber bereits Ende 1841 baute die erst 1837 gegründete Karlsruher *Maschinenfabrik von Emil Keßler & Theodor Martensen* nach englischem Vorbild die erste badische Lokomotive, die 1842 unter dem Namen *Badenia* in Dienst gestellt wurde.

Begünstigt durch die naturräumlichen Gegebenheiten schritt der weitere Streckenbau in der Oberrheinebene rasch voran. Von Heidelberg aus wurden 1843 Karlsruhe, 1844 Offenburg und 1845 Freiburg erreicht. Nachdem 1848 das einzige große Hindernis, der Isteiner Klotz nördlich von Efringen-Kirchen, durch zwei Tunnels und eine kurvenreiche Trassenführung überwunden war, und nachdem im Jahr 1852 der bis heute gültige Staatsvertrag mit der Schweiz über die Fortführung der Bahn durch die Kantone Basel-Stadt und Schaffhausen abgeschlossen worden war, kam die Hauptbahn 1855 in Basel an und erreichte 1863 ihr Ziel Konstanz.

MS



Gemarkungsplan von Plittersdorf 1861
62 x 73 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe H 1:10.000 Plittersdorf / 3a

Rechts: Gemarkungsplan von Plittersdorf 1785
49 x 71 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe H Plittersdorf / 4

Rheinkorrektion

Der Rhein war für die an seinen Ufern siedelnden Menschen von jeher Lebensgrundlage, zugleich aber auch Bedrohung wegen der Gewalten des wilden Stromes. Die periodisch wiederkehrenden, oft katastrophale Ausmaße annehmenden Hochwasser überfluteten landwirtschaftlich genutztes Land, führten zu Einbrüchen der Ufer, zum Verlust fruchtbaren Kulturlandes und zur totalen oder partiellen Zerstörung von Siedlungen. Von den am Rhein liegenden Orten im Großherzogtum Baden befanden sich mehr als ein Drittel, nämlich die Gemarkungen von fünf Städten und 37 Dörfern (darunter auch Plittersdorf), ganz oder zum Teil im Überschwemmungsgebiet.

Die Probleme am Rhein verschärften sich durch die Zunahme der Bevölkerung, die Ausdehnung des Kulturlandes und die Häufung von verheerenden Hochwassern in den ersten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Nur durch eine Rektifikation des Oberrheins glaubte der badische Oberlandesingenieur Johann Gottfried Tulla (1770-1828) diese Lage grundsätzlich ändern zu können, und es gelang ihm, das kühne Konzept der Verlagerung des Stroms in ein festes, möglichst geradliniges und gesichertes Bett durchzusetzen. Das gewaltige Unternehmen wurde gemeinsam mit den linksrheinischen Nachbarstaaten verwirklicht, ab 1817 im badisch-bayerisch/pfälzischen, ab 1840 im badisch-französischen Stromabschnitt. Überwiegend staatlich finanziert gilt es als eines der bedeutendsten Landesmeliorations- und Wirtschaftsprogramme, bot es doch vielen Menschen neue Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten.

Wenn man sich zur Herstellung des Flusslaufs und zur Verlandung der abgeschnittenen Flussarme auch der Erosionskraft des Wassers

bediente, mussten doch die Rodungs-, Erd-, Ufersicherungs- und Deicharbeiten weitgehend von Hand ausgeführt werden. Die traditionellen, ineffektiven Flussbaufronen waren 1816 abgeschafft worden. Die Arbeiten wurden nun losweise versteigert. Einen Eindruck über den Bedarf an Arbeitskräften geben die Zahlen vom Durchstich bei Eggenstein 1817/18. Dort waren täglich 3.000 Arbeiter eingesetzt, auf je dreißig Meter mussten vertragsgemäß ständig zehn Arbeiter tätig sein.

Das Unternehmen zog sich über ein halbes Jahrhundert hin. Mitte der 1870er Jahre verlief der gesamte Talweg des Rheins schließlich in der zwischen den Anrainerstaaten vereinbarten Strombahn. 1885 war die Wassergefahr weitgehend gebannt.

Durch Verlandungen hatte man bis 1883 über 7.000 Hektar Nutzland gewonnen. Größere Bedeutung als dem Landgewinn kam jedoch der Melioration des ehemaligen Überschwemmungsgebietes zu. Durch den schnelleren Abfluss im begradigten Strom war eine Senkung des Grundwasserspiegels erreicht und die Versumpfung und die Überflutung des fruchtbaren Bodens durch aufsteigendes Druckwasser vermindert worden. Die Landwirtschaft erzielte nun bessere Ernten und höherwertiges Viehfutter. Feuchte, ungesunde Wohnungen, häufig überflutete Keller, verdorbene Vorräte und mangelhafte Ernährung gehörten der Vergangenheit an. Außerdem war der Wert des Geländes in der Rheinniederung gestiegen. Mit dem Zurückdrängen der Sümpfe und der offenen Wasserflächen gingen die häufigen Nebel zurück, und die bisher durch die feuchtigkeitsbedingt starke Verwesung organischer Stoffe belastete Luft wurde reiner. Dies alles förderte nicht nur den Wohl-

stand, sondern auch die Gesundheit der Bevölkerung am Rhein entscheidend. Zuvor endemisch auftretende Krankheiten wie



Wechselfieber (Malaria), Ruhr und Typhus waren schon Ende der 1860er Jahre nahezu verschwunden.

Schiffahrt und Flößerei profitierten von der Verkürzung der Strecke zwischen Basel und der badisch-hessischen Grenze von 353 auf 272 Kilometer. Die Schiffer hatten es nun nicht mehr mit einer ständig sich ändernden Fahrrinne zu tun, die Treidelpfade waren nicht mehr durch zahlreiche Flussverzweigungen unterbrochen und größere Schiffe konnten eingesetzt werden. Die Konkurrenz der schnelleren Eisenbahn, deren Hauptlinien auf beiden Seiten des Flusses zeitlich parallel zum Rheinausbau errichtet wurden, verhinderte jedoch zunächst, dass die verbesserten Bedingungen im erwarteten Maße genutzt wurden. Die negativen Folgen der Strombegradigung stellten sich in größerem Umfang erst später ein, nicht zuletzt verursacht durch den rigorosen Ausbau des Stroms zu einer Hochgeschwindigkeitsstrecke für den Massengüterverkehr im 20. Jahrhundert.



Westliche Ansicht des Freihafens von Mannheim.

J. Keller: Ansicht des Mannheimer Freihafens
33,5 x 54,5 cm
GLA Karlsruhe J-B Mannheim / 24

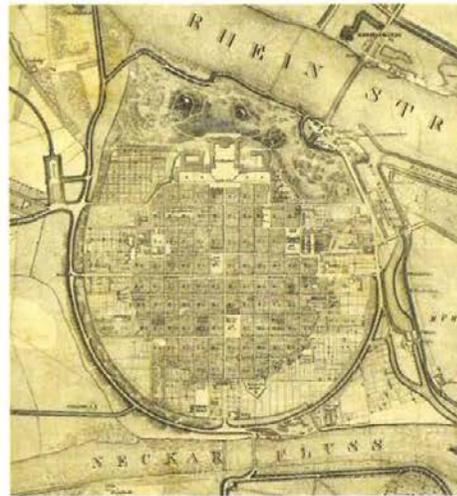
Rechts:
Gemarkungsplan von Mannheim (um 1850)
58 x 62 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe H Mannheim / 70

Landflucht und Stadtentwicklung in Mannheim

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts sah sich Baden aufgrund der steigenden Bevölkerung einem zunehmenden Druck ausgesetzt, der auch durch Auswanderungen insbesondere nach Amerika nicht mehr aufgefangen werden konnte. Weitgehend parallel vollzog sich mit der Bevölkerungszunahme der Ausbau der Verkehrswege und der Aufstieg der neuen Industriezentren. Die Rheinkorrektion durch Tulla, der Baubeginn des Mannheimer Rheinhafens ab 1828 und der Bau der ersten badischen Eisenbahnlinie von Mannheim nach Heidelberg 1840 schufen die Voraussetzungen für die Entwicklung zum Verkehrsknotenpunkt, für eine Intensivierung des Handels und die allmählich beginnende Industrialisierung. 1825 hatte das erste Dampfschiff auf dem Rhein in Mannheim angelegt und den Blick auf die kommende Zeit geöffnet. Mit dem Abschluss der Rheinschiffahrtsakte 1827 wurde Mannheim zum Endpunkt der Großschiffahrt, die aufgrund der veränderten Strömungsverhältnisse oberhalb der Stadt technisch kaum mehr möglich war. Daraus resultierte eine langjährige Vormachtstellung im Güterumschlag vom Schiff auf die Bahn und dementsprechend auch Beschäftigungsmöglichkeiten für die in die Stadt ziehende Bevölkerung.

1828 wurde in Mannheim ein Freihafen eingerichtet. Weitere Infrastrukturverbesserungen – 1833 wurde ein Winterhafen angelegt und 1837 der Bahnhofsbau beschlossen, 1839 wurden die Stadtstraßen gepflastert – boten neben dem Warenumsatz zusätzliche Verdienstmöglichkeiten vorwiegend auch für die ungelerten Arbeiter. Mit der Einweihung des Rheinhafens 1840 stand endlich ein bereits für die noch spärlichen Dampf-

schiffe berechneter Großhafen mit einer Wasserfläche von 2,5 Hektar und einer Kailänge von über drei Kilometern zur Verfügung. Mannheim verdankte somit sein Wachstum in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorwiegend dem Handel und weniger der Industrie, die zunächst eher eine Einzelercheinung darstellte. Die günstige geographische Lage der Stadt beförderte den Handelsverkehr mit



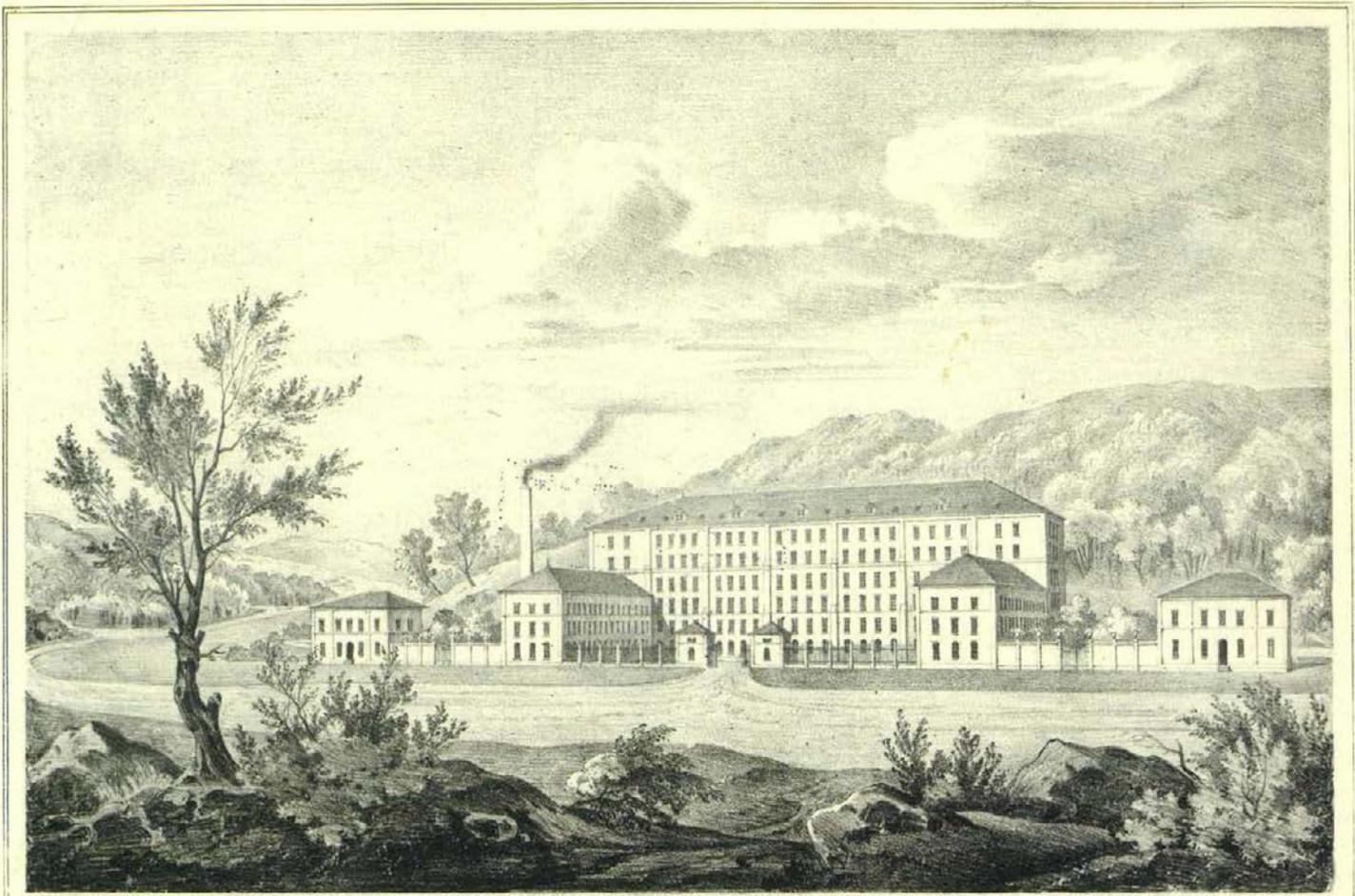
Frankreich und der Schweiz, und um den entstehenden Großhafen am Rhein siedelten sich ab der Mitte der Jahrhunderts rasch Großunternehmen an. Auch viele französische und schweizerische Unternehmen, die nach der Gründung des deutschen Zollvereins in dem nun einheitlichen Zollgebiet vertreten sein wollten, ließen sich mit Tochterfirmen hier nieder.

Die wachsende Stadtbevölkerung mit einem hohen Anteil verarmter Schichten stellte zugleich ein großes Arbeitskräftereservoir für

neu zu entwickelnde Produktionsbetriebe dar. Indes konnte das Angebot an Arbeitsplätzen nur selten mit der Nachfrage Schritt halten. Schon 1821 hatte die Stadt fast 20.000 Einwohner gezählt. Zwischen 1836 und 1845 wuchs die Bevölkerung von 21.570 auf 23.410 Einwohner; bis 1855 stieg sie auf 25.700, bis 1864 auf 30.600 und bis 1875 auf 46.500 Einwohner. 1880 wurden bereits über 53.000 Einwohner verzeichnet, und 1896 überschritt Mannheim die Grenze von 100.000 Einwohnern und wurde damit zur Großstadt, die in den ersten Jahren des folgenden Jahrhunderts ein noch deutlicheres Wachstum (1900: 141.000 Einwohner) erleben sollte.

Der Ausbau der Infrastruktur hielt damit oftmals nicht Schritt und verschärfte die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme. Gefragt waren bezahlbare Unterkünfte für die vom Land in die Stadt strömende, weitgehend mittellose Bevölkerung, die trotz hoher Wachstumsraten oft nur unter Schwierigkeiten eine meist harte und schlecht bezahlte Arbeit fand. Die immer dringlicher werdende Wohnungsfrage führte aber erst ab 1860 zu Plänen einer Stadterweiterung. Mit dem Beginn der 1860er Jahre gewann auch der von Arbeitervereinen, kommunalen und privaten Investoren getragene Arbeiterwohnungsbau aus sozialen wie wirtschaftlichen Gründen an Bedeutung. Mit der Schaffung preiswerter Arbeiterunterkünfte konnte die dringlich gewordene Wohnungsfrage gelöst und zugleich durch gezielte räumliche Entwicklung die Arbeitskräfte näher zu den Arbeitsplätzen in den städtischen Randbereichen gebracht werden.

HK



Lendorff inc.

L. Kuntz del.

SPINNEREI UND WEBEREI IN ETTLINGEN.

Lendorff: Ansicht der Spinnerei und Weberei in Ettlingen
34 x 49,5 cm
GLA Karlsruhe J-B Ettlingen / 5

Rechts: Arbeits-Ordnung für die Spinnerei und Weberei in Ettlingen 1838
52 x 41 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 354 / 751

Die Spinnerei und Weberei in Ettlingen

Jahrhunderte lang wurde die Wasserkraft der im Schwarzwald entspringenden Nebenflüsse des Rheins für die Zwecke von Handwerk und Forstwirtschaft genutzt – so auch im Albatal zwischen Herrenalb und Ettlingen. Bis heute zeugt das Gebäude der Buhl'schen Papiermühle bei Ettlingen von dieser Zeit. Im Jahr 1791 hatte der Ettlinger Kaufmann und Gastwirt Franz Albert Buhl diese Mühle, in der schon im 15. Jahrhundert Papier hergestellt wurde, in ruinösem Zustand gekauft und den Betrieb wieder in Gang gebracht. 1807 begann er, die Papiermühle um eine Spinnerei zu erweitern. 1812 wurde zudem eine Weberei eingerichtet. Im Windschatten von Napoleons Kontinentalsperre gegen England verzeichnete der junge Betrieb rasch Erfolge. Buhl beschäftigte bald 150 Menschen. Nach dem Ende der Kontinentalsperre gelangte wieder englische Importware aufs Festland, der Absatz brach ein. Nach dem Tod von Franz Albert Buhl 1815 übernahm sein Sohn Franz Anton, der auch dem badischen Landtag angehörte, die Leitung des Familienbetriebs. Mit ihm betrat einer der wichtigsten Industriepioniere Badens die Bühne der Geschichte.

Die Arbeitsmöglichkeiten, die die wasserkraftbetriebenen Produktionsstätten des Albtals boten, reichten damals nicht aus, um der Bevölkerung eine Existenzgrundlage außerhalb der Landwirtschaft zu bieten. Als sich Franz Anton Buhl und sein Bruder Florian 1836 mit dem aus dem Elsass stammenden, erfahrenen Textilindustriellen Johann Vetter-Köchlin und dem Karlsruher Bankhaus Haber zusammaten und zur Gründung einer großen Baumwollspinnerei und -weberei in Form einer Aktiengesellschaft aufriefen, stießen sie bei den politisch Verantwortlichen

auf offene Ohren. Baden, das soeben – nicht zuletzt dank des Einsatzes des Abgeordneten Buhl – dem Zollverein beigetreten war, importierte seinen Bedarf an Baumwolltextilien, obwohl es doch in seinen Schwarzwaldtälern über die erforderlichen Ressourcen an Wasserkraft verfügte, um Importbaumwolle selbst verarbeiten zu können. Das Albatal mit seiner günstigen Verkehrslage, seinen bereits vorhandenen vorindustriellen Fertigungsstätten und seinem Reservoir an Arbeitskräften bot gute Standortvoraussetzungen. In kurzer Zeit war das Gründungskapital bei Fabrikanten, Geschäftsleuten, Adeligen, Beamten und Offizieren zusammengebracht. Die Gründungsversammlung der *Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen* fand am 25. und 26. Juni 1836 statt. Damit war die erste Aktiengesellschaft in der deutschen Baumwollindustrie ins Leben gerufen. Sie sollte sich zum größten Unternehmen ihrer Branche in Baden entwickeln.

Am 29. August 1836 wurde der Grundstein zur Errichtung des bis heute bestehenden Hochgebäudes der Fabrik und der beiden Flügelbauten gelegt. Die Produktion lief knapp zwei Jahre später an. Unmittelbar neben der Spinnerei wurden Arbeiterwohngebäude gebaut, was mehr aus Eigeninteresse erfolgte als aus sozialer Gesinnung heraus. Die angelernten einheimischen Arbeitskräfte wollte man nicht durch Abwanderung verlieren. Die sozialen Einrichtungen, insbesondere eine eigene Schule für die Arbeiterkinder, ein Speisesaal, eine eigene Kranken- und Unterstützungskasse, später eine Sparkasse und ein Konsumverein, dienten auch dem Zweck, sich einen festen, möglichst sogar generationenübergreifenden Stamm an Fachkräften zu sichern.

Diese Absicht verfolgte auch die Polizeiordnung für die Arbeiter vom Mai 1838, die die Belegschaft nicht nur an feste Arbeitszeiten und an den Umgang mit den neuartigen Maschinen gewöhnen sollte, sondern deren erste beide Artikel sich bezeichnenderweise mit den Kündigungsfristen befassten. Während



die von anderen Fabriken abgeworbenen Arbeiter sich maximal sechs Monate an die Spinnerei binden mussten, durften die selbst ausgebildeten Arbeitskräfte *ihren Abschied nicht verlangen, bevor sie in der Fabrik der Gesellschaft drei nacheinander folgende Jahre gearbeitet haben*. Dass es umgekehrt einen Kündigungsschutz durch den Arbeitgeber nicht gab, versteht sich von selbst.

Gelungen ist diese Form von Patronage in den schwierigen Anfangsjahren nur unvollkommen. Die Fluktuation unter der Arbeiterschaft war hoch. 1855 jedoch hatte sich die Fabrik so weit konsolidiert, dass die Weberei räumlich von der Spinnerei getrennt und etwa einen Kilometer albaufwärts in die neue *obere Fabrik* verlegt werden konnte. In der Mitte des 19. Jahrhunderts arbeiteten an den beiden Standorten bis zu 1.800 Menschen, das war deutlich mehr als ein Viertel der Gesamtbeschäftigtenzahl der badischen Baumwollindustrie. Die Hälfte aller Webstühle in den Baumwollfabriken Badens stand um 1850 in Ettlingen.



J. M. Voltz:
Uhrenproduktion
in Neustadt im
Schwarzwald
(um 1820)
32 x 40 cm
GLA Karlsruhe
Cu 182

Die Uhrenfabrication in der Neustadt im Schwarzwald.

Verfertigung des Herdes

gegründet v. H. A. ...

Rechts:
Robert Gerwig
(1820-1885)
10,5 x 6 cm
GLA Karlsruhe 231 /
2937 (363)

Uhrenproduktion in Heimarbeit

Im Gegensatz zu dem am lokalen Bedarf orientierten traditionellen Handwerk produzierte die dezentrale Hausindustrie, das sogenannte Heimgewerbe, ebenso wie die Manufakturen und Fabriken für den überregionalen Export. Konjunkturschwankungen wirkten sich hier besonders drastisch aus. Die Mitarbeit von Familienmitgliedern und Hilfskräften war in den Wohnungen und kleinen Werkstätten unerlässlich. Die Produzenten waren von Verlegern abhängig, die den Absatz der Waren organisierten.

Das der Uhrmacherei in Neustadt zugeordnete Bild ist vom Nördlinger Maler Johann Michael Voltz (1784-1858) wohl auf seiner Schwarzwaldreise 1819 gezeichnet worden, geätzt wurde es von Christian Meichelt aus Lörrach, gedruckt von H. Schweizer. Sein Blick in eine mustergültige Uhrmacherwerkstatt mit glücklichen Menschen in ehrbarer Kleidung entsprach den ästhetischen Sehgewohnheiten des bürgerlichen Publikums: Die Arbeit erscheint hier als Idylle. Dass der Schwarzwald überhaupt eine perfekte Kulisse abgab, belegt auch die von den selben Künstlern verfertigte Innenansicht einer Glashütte, bei der die mitarbeitenden Kinder zu sehen sind – Wilhelm Hauffs Märchen „Das kalte Herz“ erschien 1828.

Dem Heidelberger Professor für Ästhetik, Karlsruher Hofrat und Badischen Hofhistoriographen Aloys Schreiber (1761-1841) ging es in seinem 1820-1827 bei der Herder'schen Kunst- und Buchhandlung in Freiburg erschienenen Badischen Trachtenbuch nicht darum, kostümierte Modepuppen zu präsentieren, sondern der von der Romantik entdeckten Volkskultur nachzuspüren. Seine Texte

erklären insgesamt zwölf Lithographien, die Volksfeste und Arbeitsbeschäftigungen des einfachen Volkes darstellen, darunter die Strohflechterei auf dem Schwarzwald, das Holzflößen bei Wolfach sowie die Glas- und Uhrenproduktion in und bei Neustadt. Entscheidend für den Erfolg der dortigen Uhrmacher waren laut Schreiber nicht so sehr äußere Anstöße und Glück, sondern vielmehr der einfache biedere (Volks-)Charakter und der unternehmerische Geist der Schwarzwaldbewohner selbst: *Ein armes, rühriges Volk, dem die Natur einen kargen Boden gab, aber auch mancherley Kraft in die Hand legte, bildet aus den fast werthlosen Produkten*



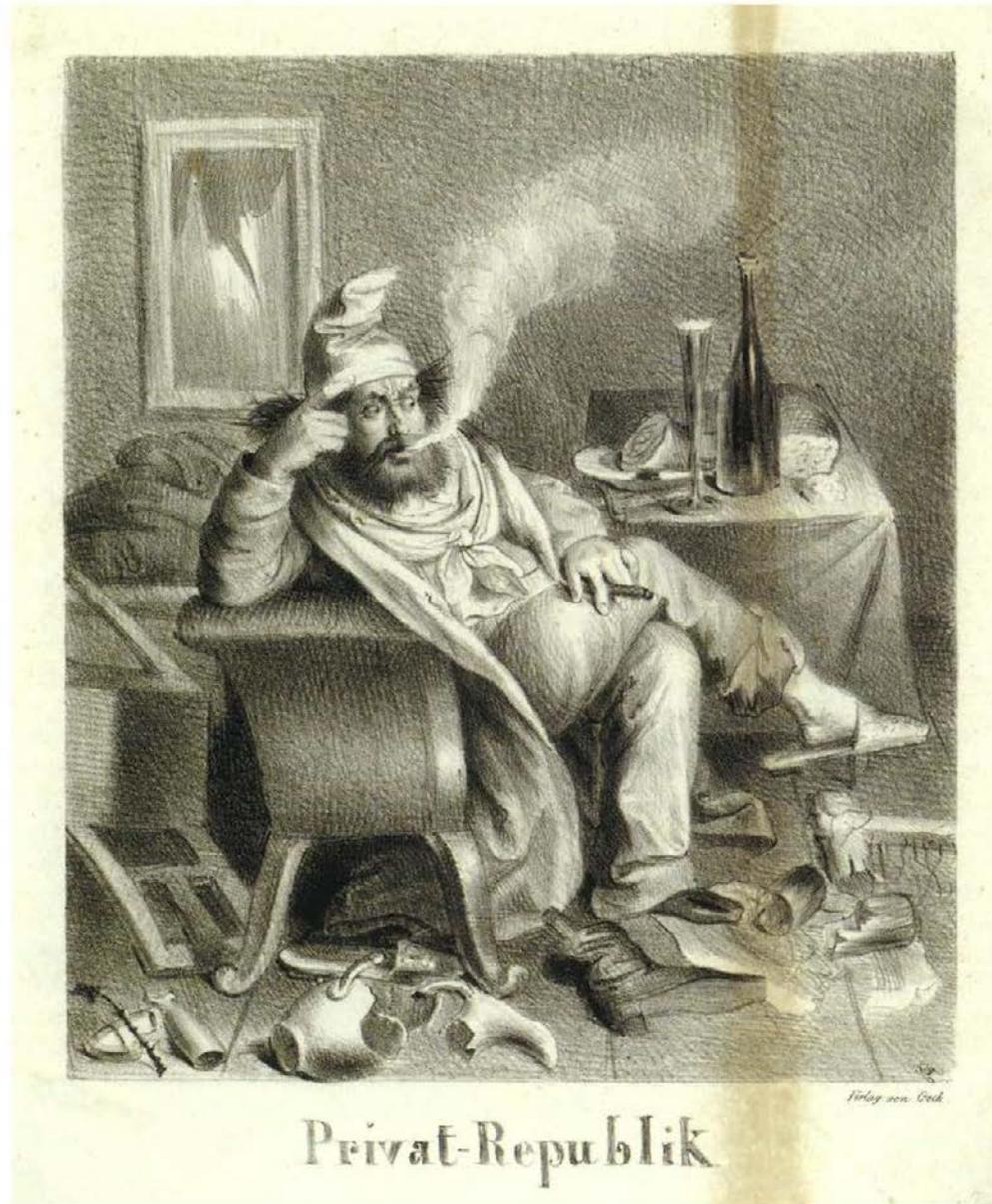
seiner Berge einen nicht unbedeutenden Handelszweig.

Tatsächlich hatte der Holzzuhrenbau auf dem Schwarzwald vereinzelt bereits in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts begonnen. Ihren stürmischen Höhepunkt erlebte die Uhrenproduktion nach ihrem allgemeinen Aufschwung im 18. Jahrhundert besonders in den Jahren 1800 bis 1840. Für die 1830er und 1840er Jahre wird eine Jahresproduktion von 500.000 bis 600.000 Stück angenommen. Auswertungen für das Jahr 1860 kommen auf etwa 1.300 Klein- und Kleinstbetriebe, die einen Meister und einen bis zwei Gesellen umfassten. Harte und lange Arbeit sorgten für einen bescheide-

nen Wohlstand. Die Produktion selbst war arbeitsteilig organisiert. Spediteure, die sogenannten Packer, wickelten den Export in alle Welt ab. Die berühmten Kuckucksuhren waren um die Mitte des 18. Jahrhunderts aufgetaucht und erhielten etwa 100 Jahre später auf Anregung von Friedrich Eisenlohr ihre bis heute typische Form: das „Bahnhäusle“.

Als Reaktion auf die verheerenden Auswirkungen der Hungerkrise war im Mai 1847 der Uhrengewerksverein gegründet worden, der sich vehement für die Einrichtung einer staatlichen Gewerbeschule einsetzte. Durch die Revolution verzögert, öffnete die Großherzoglich Badische Uhrmacherschule in Furtwangen am 1. April 1850 ihre Tore. Erster Direktor wurde für sieben Jahre der Ingenieur Robert Gerwig (1820-1885): Er sollte sich später beim Bau der Schwarzwaldbahn einen bekannten Namen machen. Die Ausbildung der Schüler dauerte drei Jahre und vermittelte überwiegend praktische, aber auch theoretische Kenntnisse. Nach ersten Erfolgen wurde die Uhrmacherschule schon 1863 wieder geschlossen. Die Phase des staatlich-liberalen Desinteresses hielt jedoch nur bis zum Jahr 1877 an, in dem die Uhrmacherschule neu gegründet wurde. Inzwischen hatte der lang verschleppte Strukturwandel in der Uhrenproduktion mit aller Macht eingesetzt: Die Werkstätten wurden größer und konzentrierten sich stärker auf bestimmte Produktionsstandorte. 1880 wurden im Schwarzwald schätzungsweise zwei Millionen Uhren gefertigt. An die Stelle des traditionellen Heimgewerbes trat die industrielle Massenfertigung in großen Uhrenfabriken.

RB



Karikatur der *Privat-Republik* (1848/49)
34,5 x 27,5 cm
GLA Karlsruhe J-5 Karikaturen / 226

Rechts:
Johann Metzger (1789-1852)
43,5 x 34,5 cm
GLA Karlsruhe J-Ac-M / 65

Herstellung von Zigarren

Seit 1818 wurden in Baden Patente für Erfindungen erteilt, gehäuft jedoch erst im Zuge einer dynamischeren Industrialisierung ab der Jahrhundertmitte. Eines der ersten und zugleich bedeutendsten Patente war das der einspurigen Laufmaschine, der *Draisine* – Vorläuferin des modernen Fahrrads – des Karl Friedrich Drais von Sauerbronn.

Während etwa die Textilbranche und der Eisenbahnbau ständig Innovationen zu bewältigen hatten, entwickelte sich der technische Fortschritt in anderen Industriezweigen weniger rasant, so auch im Tabaksektor. Mit dem Zollvereinsbeitritt 1836 begann der Aufschwung des Tabakgewerbes in Baden, dem deutschen Gliedstaat mit der größten Anbaufläche. Schwerpunkt war das Unterland, vor allem die vormalige Kurpfalz. Die bald auch für den „gemeinen Mann“ erschwingliche Zigarre wurde zum Massengut und verdrängte die „elitäre“ Pfeife und den Schnupftabak. In einer Zeit großen Bevölkerungswachstums bot die Zigarrenfertigung vielen Familien eine Chance, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten oder diesen – als Zubrot zum eigenen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb – aufzubessern. Etliche Handwerker und Handelsleute auch aus der Tabakbranche sahen in der erfolgreichen Etablierung eigener Innovationen gar die Perspektive des sozialen Aufstiegs zum wohlhabenden Fabrikanten, so etwa der Besitzer des Mannheimer Handelshauses Maier. Dessen Streben nach *Verbesserung der Tabakkultur* in Baden durch *Erzielung eines guten Cigarrendeckblattes* und dessen Ansatz, *durch Belehrungen und Musterpflanzungen dem Tabakpflanzer zu zeigen, wie er sein Produkt in höhern Werth bringen kann*, wurden bereits 1845 vom Hauptgutachter des Badischen

Landwirtschaftlichen Vereins, Johann Metzger, gewürdigt: *So werden auf dem Lande jetzt viele hunderttausende Cigarren bereitet, die den Bauern schönes Geld bringen.*

Das badische Deckblatt wurde – auch bedingt durch die günstige Besteuerung – zum Exportschlager und fand beachtlichen Absatz in Europa, Asien und Übersee. 1851 errang Maiers eingereichtes Fabrikat unter 37 Bewerbern die Siegesmedaille bei der bis dahin größten nordbadischen Rauchprobe in Heidelberg, und schon im Folgejahr exportierte der Betrieb zwei Millionen Zigarren in die USA. Die Versammlung – übrigens unter dem Juryvorsitz des genannten Gartenbaudirektors Metzger – führte den Boom darauf zurück, dass der hiesige Tabak *nicht nur ... als Deckblatt, sondern auch als Einlage benützt werde, so daß es schon vorgekommen sei, daß man denselben dem Cubatabak vorgezogen habe*. Ferner könnten in der Tabakindustrie, *wenn man derselben eine größere Ausdehnung geben würde, noch viele tausend Menschen beschäftigt werden ...*, die *durch den Rückgang der Leinenweberei gegenwärtig in mißlichen Umständen leben und in Noth und Armut versunken seien*.

Ein noch schwacher Import und die Erlaubnis des Rauchens auf öffentlichen Plätzen ab 1848 begünstigten den Absatzschub heimischer Tabakwaren auch im Inland. Verschuldete Landgemeinden lockten Betriebe mit kostenlosem Grund und Raum, um die Schaffung gewerblicher Arbeitsplätze zu forcieren und somit den Fürsorgeaufwand für die Armen zu verringern. Verlagerungen waren, da man ohne große Maschinen auskam, leicht möglich. Maßgebend für die Standortwahl war ein Überangebot billiger Arbeitskräfte. Zwischen 1842 und 1850 verdoppelte sich die Zahl der



Arbeiter in der badischen Tabakbranche, in der bald mehr Frauen als Männer beschäftigt waren und der Kinderanteil rund 30 Prozent betrug. Zugleich nahmen berufsbedingte Erkrankungen wie Lungenschwindsucht und Bronchitis rasch zu. Bei den Arbeiterinnen stieg die Säuglingssterblichkeit infolge der Nikotinbelastung der Muttermilch an.

Die Einführung spezieller Formpressen ab 1855 führte zu einem massiven Produktivitätszuwachs. In Nordbaden war die Wickelform der Firma Karl Hart in Schwetzingen wegweisend. Sie fasste 20 Zigarren und bestand aus zwei symmetrischen Holzbrettern mit Aushöhungen, die zusammengeklappt dem Querschnitt einer Zigarre entsprachen. Nur die edleren, teureren Sorten wurden auch weiterhin von Hand gefertigt. Durch die billigere Herstellung der „einfachen“ Zigarren stiegen Nachfrage und Produktionsmenge, wodurch ein hoher Personalbedarf gesichert blieb. Zu massivem Arbeitsplatzabbau kam es erst infolge der Vollautomatisierung im 20. Jahrhundert.

MB



Titelbild zu J. Füßlin: Das neue Männerzuchthaus Bruchsal, Karlsruhe 1854
46 x 35 cm
GLA Karlsruhe Cw 1770

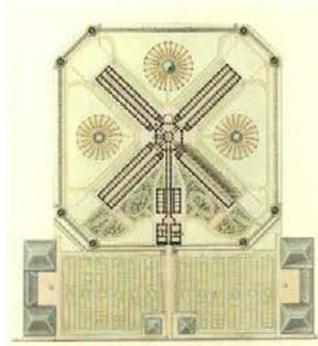
Rechts:
Das Männerzuchthaus Bruchsal aus der Vogelperspektive
46 x 35 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe Cw 1770

Das Männergefängnis in Bruchsal

Was war der berühmte Gefängnisbau von Heinrich Hübsch nun wirklich? Der *steingewordene Irrtum* (Gustav Radbruch)? Oder das modernste Gefängnis seiner Zeit, eine musterhafte Besserungsanstalt, entworfen aus dem Geist der Philantropie? In den über 400 Einzelzellen sollten die Gefangenen zu sich selbst, zur Arbeit, zur Moral, zu Gott finden. Die Isolation schien vollkommen: Außerhalb der Zelle trug jeder eine Gesichtsmaske, beim täglichen Gang zu den radial angelegten Spazierhöfchen, einer Art von „Bärenzwingern“, und beim vorgeschriebenen Gottesdienstbesuch in der Kapelle; aber auch diese vermummte, nummerierte Gemeinde konnte nur zu Altar und Kanzel, nicht zum Nachbarn schauen. Isoliert also, aber keineswegs allein: Sechsmal am Tag hatten die Beamten einfühlsame und lehrreiche Gespräche mit den Gefangenen zu führen und an diesem Besuchsturnus hatte auch der Direktor teilzunehmen.

Dabei war die strikte Isolierung der Gefangenen von Anfang an umstritten. Die Abgeordneten von Itzstein und Hecker polemisierten im Landtag gegen die Idee, die von den Quäkern nach Europa gekommen war, als eine menschenunwürdige Käfighaltung. Auch saßen in Bruchsal nicht nur Schwerverbrecher ein. 1848 war der Bau fertig, gerade rechtzeitig, um in mehreren Wellen politische Häftlinge aufzunehmen. Als wieder Platz war, wurden aber auch Insassen von Arbeitshäusern aus ganz Baden hierher verlegt, Gestrandete vom Rand der Gesellschaft, die nicht mehr Fuß zu fassen wussten. Das Bruchsaler Zuchthaus sollte nicht nur Probleme des Strafvollzugs lösen – die älteren Sammelquartiere galten allgemein als *Hochschulen des Verbre-*

chens –, sondern es war auch eine Antwort auf die soziale Frage. In Baden stieg in schöner Parallelität mit dem Getreidepreis auch die Diebstahlskriminalität – der perfektionierte Strafvollzug ist in diesem Kontext als Akt



bürgerlicher Selbstverteidigung gegen den Angriff auf das Eigentum zu buchstabieren. Das ließ sich freilich besser erklären, wenn Verbrechen nicht im Elend, sondern in Faulheit wurzelte. Nicht zufällig stand im Bruchsaler Gefängnis die Erziehung zur Arbeit im Vordergrund, zumindest zeitweise: Die Häftlinge sollten ein Handwerk lernen und damit später wieder ins Arbeitsleben eintreten können. Dazu gab es in den Einzelzellen Werkbänke – aber der Unterricht brauchte viel Personal und die Produktion war nicht rentabel. Gegen den scharfen Protest des Direktors J. Füsslin (dessen erster Programmschrift wir unsere Abbildungen entnehmen) verwandelte die Verwaltung den Betrieb nach wenigen Jahren in eine *Gefängnisfabrik*.

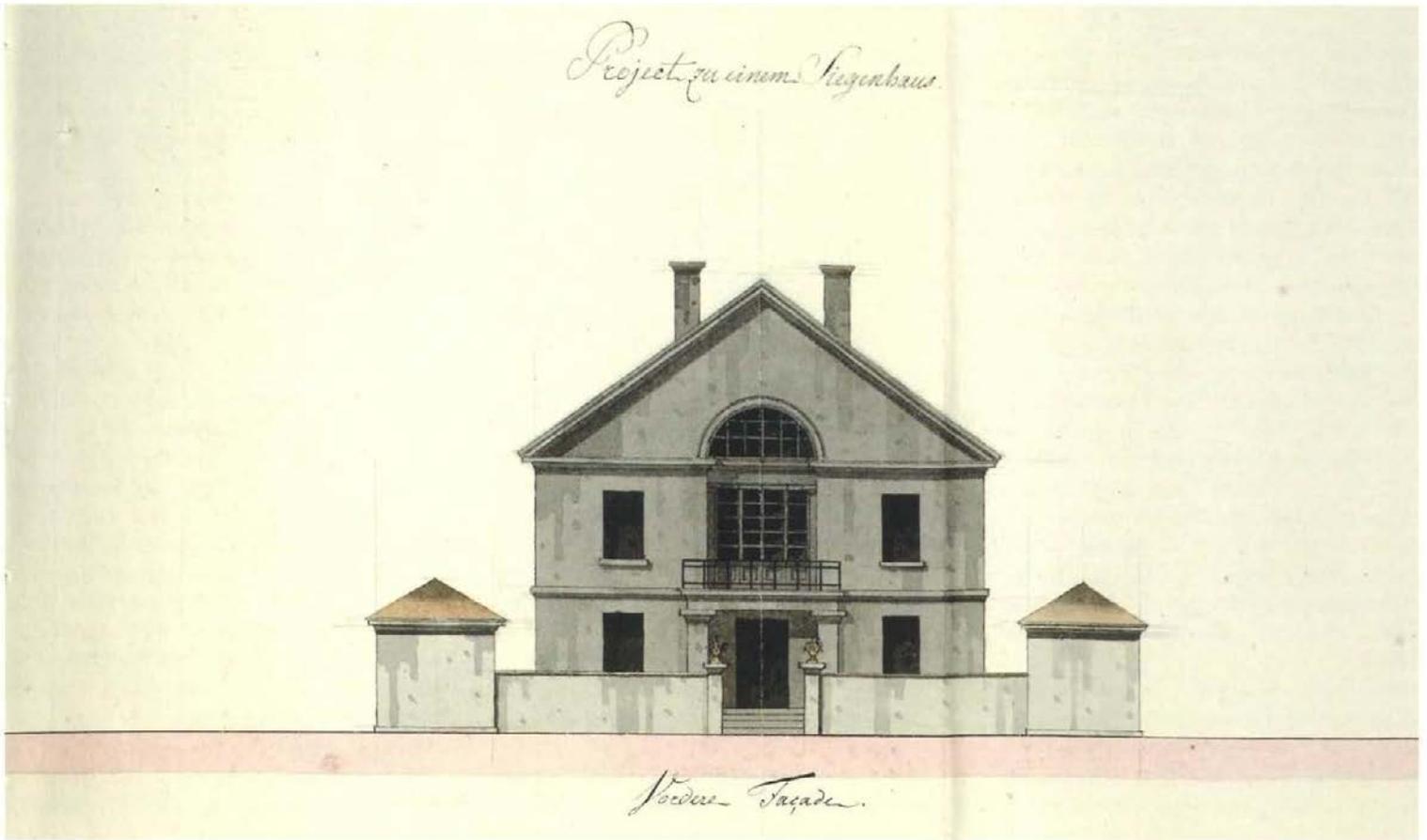
Ließ sich also schon dieser praktische Teil des Erziehungsprogramms nicht verwirklichen, so dürfte es mit der psychologischen Betreuung der Gefangenen noch schwieriger gewesen sein. Nach dem Grundgedanken des ersten deutschen Strafvollzugsgesetzes – Baden war wie so oft führend – waren die Außenseiter

der Gesellschaft nicht nur durch Arbeit zu disziplinieren, sondern durch exakte Buchhaltung über ihr Inneres zu diagnostizieren und dann *gehorsam und gefügig* zu machen (Julius Jolly).

Füsslin stellte seiner Schrift ein Zitat Papst Clemens' XV. für ein Gefängnis des Kirchenstaats voran. Es lässt die Grenzen zwischen Erziehung und Strafe, aber auch zwischen Erziehung und Anpassung überraschend durchlässig werden: *Parum est coercere improbos poena, nisi probos efficias disciplina* (es reicht nicht aus, die Untüchtigen durch Strafe zu züchtigen, wenn man nicht die Tüchtigen zur Disziplin anhält) – der Zwang gegen das Gesindel und die Formung der Braven rückten da nahe zusammen. Das Leitbild im Gefängnis sollte der gestaltete, durchsichtige Mensch sein, dessen Erziehung der allgewaltige Staat übernahm. Aber dies alles setzte hochqualifiziertes Personal voraus, das es nicht gab. Im Gegenteil: Die Programmschrift Füsslins weist gleich eingangs mit Stolz darauf hin, dass durch die zentrale, *panoptische* Flügelanlage die Gefangenen und das Aufsichtspersonal jederzeit vollständig zu überwachen seien. Der Apparat musste sich selbst kontrollieren.

Der Bruchsaler Zuchthausbau schien damit im Effekt keine Besserungsanstalt, sondern genau das zu sein, als was es das Frontispiz von Füsslins Schrift vorstellte: eine feste Burg, deren Wehranlagen – Mauerzinnen und Bergfried – sich statt nach außen nach innen wandten, zur Sicherheit der vorbeispazierenden Bürger.

KK



Bauplan von Friedrich Weinbrenner für ein Siechenhaus
in Karlsruhe 1804
46 x 33 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 236 / 5311

Rechts:
Ansicht der Badeanstalt im Karlsruher Augarten
7 x 10 cm
GLA Karlsruhe J-B Karlsruhe / 145 (6)

Medizin und Hygiene

Die tief greifenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen im frühen 19. Jahrhundert brachten nicht nur den viel gepriesenen Fortschritt, sondern bedeuteten vor allem für die in den Städten zusammengeballte Bevölkerung eine Verschlechterung ihrer Lebensumstände. Überbelegte, oftmals feuchte, schlecht belüftete und beheizte Wohnungen mit ungünstigen sanitären Bedingungen, verschmutztes Trinkwasser sowie unzureichende Nahrung und Kleidung führten vor allem bei der armen Bevölkerung zur Schwächung der Gesundheit. Durch tierische und menschliche Ausscheidungen verunreinigte Straßen und eine schlecht funktionierende Abwasser- und Müllentsorgung brachten vermehrt Ungeziefer in die engen Wohn- und Schlafstuben. Da ließen Krankheiten wie Gicht und Tuberkulose, Fleckfieber und Cholera nicht lange auf sich warten.

Während man in England und Frankreich schon früh versuchte, durch gesetzgeberische Maßnahmen den Gesundheitszustand der Bevölkerung wirkungsvoll zu verbessern, tat man sich damit in Deutschland noch schwer. Bereits Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich der in Rodalben geborene Arzt Johann Peter Frank dem Thema öffentliche Gesundheitsfürsorge auf wissenschaftlicher Ebene genähert. Sein 1779 erschienenes Lehrbuch „System einer vollständigen medizinischen Polizey“ hatte in ärztlichen Kreisen höchste Beachtung gefunden, auf die Staatsregierungen blieb es jedoch ohne Einfluss. Auch sein Freund, der Heidelberger Arzt Franz Anton Mai, der 1802 einen umfassenden Entwurf zur Hygienegesetzgebung vorgelegt hatte, blieb infolge der damaligen außenpolitischen Verhältnisse ungehört.

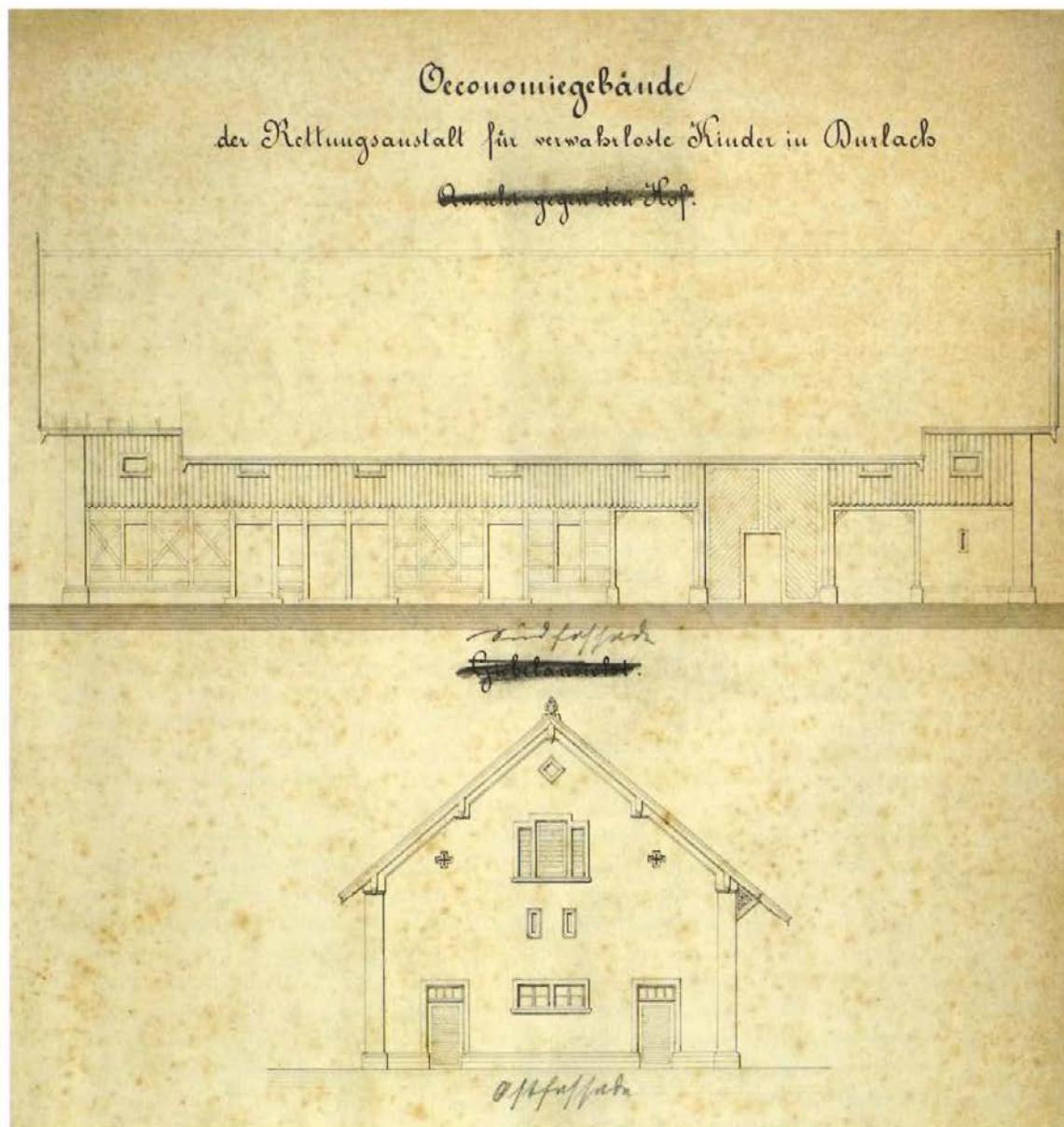
Die Neuorganisation des Landes Baden 1803 brachte zwar Veränderungen in der Organisation des Gesundheitswesens, die Idee einer Verbesserung der hygienischen Lebensbedingungen der Bevölkerung aber, als Mittel zur Vorbeugung gegen Krankheiten, gelangte nur wenig ins Bewusstsein. Immerhin enthielt die 1806 herausgegebene neue Medizinalordnung die Maßgabe, medizinische Topographien der Amtsbezirke, in denen auch über die Lebensart und Gebräuche der Bevölkerung zu berichten sei, einzusenden. Zur Bekämpfung von ansteckenden Krankheiten hatte man bis Anfang des 19. Jahrhunderts Leprosen- und Krätzehäuser errichtet. Arme hilfsbedürftige Menschen hatten in geistlichen Spitälern, in Armen-, Siechen- und Pfründnerhäusern Aufnahme gefunden. Diese Einrichtungen, die durch private und religiöse Stiftungen sowie mildtätige Sammlungen unterhalten wurden, konnten in Zeiten der Massenarmut nicht mehr ausreichen. So kam es mit Hilfe des Staates, der Städte und Gemeinden zur Errichtung zahlreicher neuer Krankenhäuser.

Vorbildcharakter in Sachen öffentlicher Gesundheitspflege in Baden hatte sicherlich die Stadt Karlsruhe, die bereits 1788 das erste neu erbaute Bürgerhospital mit 120 Betten eröffnete. Der im Jahr 1804 von Friedrich Weinbrenner projektierte Plan für ein getrenntes, neues Siechenhaus kam aus finanziellen Gründen allerdings nicht zur Ausführung. Auch um die Verbesserung der Wasserversorgung war man in Karlsruhe bemüht. So forderte die örtliche Sanitätskommission bereits in den 1820er Jahren die Abdeckung des Landgrabens und die Überwachung des Trinkwassers. Genaue Vorschriften zum Bau



von Abtritten und Ablaufrinnen verbesserten die Abwasserbeseitigung und die Reinhaltung der Straßen, Plätze und Hofräume. Die Lebensmittelkontrolle und die Körperhygiene rückten immer mehr ins Bewusstsein. So bezeichnete der Karlsruher Gemeinderat 1830 die Errichtung einer neuen Badeanstalt im Augarten als ein *der Residenzstadt entsprechendes dringendes unentbehrliches Bedürfnis*. 1840 erschien eine neue umfangreiche Medizinalordnung und mit der Fortentwicklung der Naturwissenschaften entstanden 1854 in Freiburg und 1856 in Heidelberg die ersten akademischen Lehrkrankenhäuser für Baden. Die wissenschaftliche Forschung brachte jedoch nicht nur Erkenntnisse über die Ursachen und die Behandlung von Erkrankungen, sondern zeigte auch den engen Zusammenhang des Gesundheitszustands der Bevölkerung mit den herrschenden sozialen Verhältnissen. So nahm die wissenschaftliche Hygiene in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen gewaltigen Aufschwung und trug wesentlich zur Erhöhung der Lebenserwartung der Gesamtbevölkerung bei.

CS



Bauplan für die Rettungsanstalt
für verwaarloste Kinder in
Durlach
45 x 36 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 424k Durlach
005/4.2

Rechts:
Gründungsaufwurf für den Verein
zur Rettung sittlich verwaarloster
Kinder 1833
31 x 20,5 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 60/1628

Der Verein zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder

Am 29. August 1833 lud in Karlsruhe ein von Bürgern beider Konfessionen unterzeichneter Aufruf zur Gründung von Rettungsanstalten für verwahrloste Kinder ein. Die Unterzeichner wurden hierbei von der Erkenntnis geleitet, dass *zur Rettung solcher Kinder, welche in Verhältnissen sind, in denen sie ihren leiblichen, geistigen und sittlichen Verderben entgegengehen und späterhin dem Staate als Müssiggänger und Bettler ... zur Last fallen*, die seit der Schließung des Pforzheimer Waisenhauses übliche Unterbringung in Pflegefamilien nicht mehr ausreichte. Die zunehmende Zahl von Waisen, aber auch von Kindern, deren häusliches Umfeld nicht dazu angelegt war, ihnen die Fertigkeiten und Werte zu vermitteln, die sie zu *nützlichen Gliedern* der Gesellschaft machen würden, war eine Facette der bereits von Zeitgenossen als Pauperismus bezeichneten Bevölkerungsvermehrung und Massenarmut. Maßnahmen zur Erziehung und Bildung dieser besonderen Gruppe, die ihre Einbindung in die sich wandelnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts ermöglichten, erschienen umso notwendiger, als die Waisen und schwer erziehbaren Kinder eine dauerhafte Belastung des Staates und der Gesellschaft zu werden drohten.

Die Unterzeichner des Karlsruher Aufrufs hatten sich zusammengetan, um in privater Initiative Gelder für die Einrichtung von öffentlichen Anstalten zu sammeln, die ihnen zur Erziehung der verwahrlosten Kinder erforderlich schienen. Nach der Gründung des *Vereins zur Rettung sittlich verwahrloster Kinder* konnte 1836 mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen begonnen werden. 1837 konnten die ersten Kinder in das Rettungs-

haus in Durlach ziehen. Gemäß der Struktur des Vereins sollten in diesem Haus Mädchen und Jungen beider Konfessionen zwischen 5 und 14 Jahren Aufnahme finden. Bereits der



Aufruf verdeutlicht die Grundsätze, die der Erziehung in den Rettungshäusern zugrunde liegen sollten: Entsprechend den Zielen der bürgerlichen Sozialreform sollten die Kinder in die Lage versetzt werden, sich später ihren Lebensunterhalt selber zu verdienen, so dass der Vermittlung praktischer Fähigkeiten, etwa Lesen, Schreiben, Rechnen, Grundlagen der Haushaltsführung oder auch eines Handwerks, ein großer Stellenwert zukam. Zugleich sollten aber, orientiert an dem Grundsatz, dass *eine auf Religiosität und Sittlichkeit gebaute Erziehung der Jugend ... die nothwendigste, die sicherste Grundlage für die Wohlfahrt und die Ruhe des Staates* sei, auch die Sitten und die Gesinnung der Kinder beeinflusst werden.

Zur Unterstützung des Zentralvereins entstanden in den vier Bezirken Durlach, Neckarbischofsheim, Rheinbischofsheim und Konstanz (1838) eigene Bezirksvereine, später kamen noch zwei weitere in Donaueschingen und Gernsbach dazu. Im Laufe der nächsten beiden Jahrzehnte entstanden drei weitere

Zweiganstalten des Durlacher Rettungshauses: der Mariahof in Neudingen auf der Baar, das Merianstift in Vögisheim bei Müllheim (später nach Dattingen verlegt) und in Konstanz.

Der konfessionell übergreifende, bürgerlich geprägte und staatlich unterstützte *Verein für die Rettung sittlich verwahrloster Kinder* war jedoch nicht die einzige karitative Einrichtung, die sich im Großherzogtum Baden der Frage der Kinderfürsorge annahm. In den Städten Mannheim, Rastatt und Karlsruhe bestanden sogenannte *Kinderschulen* mit einer ähnlichen, wenn auch lokal begrenzten Zielsetzung. Aus den Reihen der Erweckungsbewegung innerhalb der evangelischen Landeskirche, deren Rettungshaus in Beuggen seit den 1820er Jahren bestand, entsprangen eine ganze Reihe konfessionell gebundener Institutionen zur Unterstützung und Erziehung schwer erziehbarer Kinder, teils in direkter Konkurrenz zu den bürgerlich geprägten Wohltätigkeitseinrichtungen. Die bis heute bestehende Hardtstiftung, 1847 gegründet, war eines dieser Institute. Zusammen mit elf anderen Anstalten gehörte das 1851 schließlich eingeweihte Hardthaus in Welschneureut zu denjenigen Einrichtungen, deren Aufbau und Entwicklung die Gründerjahre der Diakonie und der Inneren Mission mitprägten.

So lässt sich am Beispiel der karitativen Einrichtungen für Kinderfürsorge im Großherzogtum Baden exemplarisch die Mischung aus kirchlichen, bürgerlichen und zum Teil auch staatlich-öffentlichen Anstrengungen nachvollziehen, die charakteristisch war für die Versuche, die soziale Frage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu beantworten.

KE



F. Winterhalter: Großherzogin Luise von
Baden (1838-1923)
69,5 x 49,5 cm
GLA Karlsruhe J-Aa-L / 24

Rechts:
Statuten des Badischen Wohltätigkeits-
vereins 1817
21 x 18 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe 60 / 49

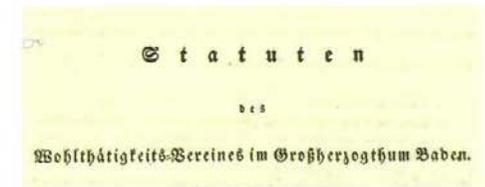
Der Badische Frauenverein

Helpen jetzt und dann in Vorbereitung auf die spätere Not: Diese Grundlage für ein umfassendes Arbeitsprogramm für wohlthätige Frauenvereine formulierte Großherzogin Luise von Baden in einer Denkschrift an das Innenministerium vom 4. Juni 1859. Konkreter Anlass war der sogenannte Italienische Krieg, der in Baden eine Welle der Unterstützungsbereitschaft für das „deutsche Brudervolk“ Österreich ausgelöst und bereits zu privaten Initiativen zur Gründung von Unterstützungsvereinen geführt hatte. Die Aktion der Großherzogin verlieh dieser Strömung eine einheitlichere Dimension. Mit dem in der Satzung des Frauenvereins formulierten Vereinszweck – *der Unterstützung der in Folge der Kriegsbedrohung oder eines Krieges in Noth Gerathenen, sowie der Versorgung für Verwundete und erkrankte Militärpersonen* – knüpfte der Badische Frauenverein an die Erfahrungen und Traditionen weiblicher karitativer Tätigkeit in Baden an, die seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts in Reaktion auf Kriegsbedrohung, aber auch auf die sich verschlechternde soziale Lage begonnen hatten. In den Befreiungskriegen gegen Napoleon war das junge Großherzogtum Baden zu einem Durchmarschgebiet für Truppen beider Seiten geworden. Ironischerweise fiel es ausgerechnet Großherzogin Stephanie – der Adoptivtochter des jetzigen Gegners Napoleon – zu, Anfang 1814 durch die Gründung eines patriotischen *Frauen-Vereins im Großherzogtum Baden zur Unterstützung kranker und verwundeter Krieger* Abhilfe zu schaffen. Den an diesem humanitären Einsatz beteiligten Frauen ermöglichte die Vereinsarbeit bis zu einem gewissen Grade einen Ausbruch aus der seit dem Ende des 18. Jahr-

hunderts sich verfestigenden Geschlechterrolle, die eine Beschränkung der Frauen auf den häuslichen Raum vorsah. Nicht nur waren sie bei der Koordination der Spendensammlung und deren Weiterleitung an die bedürftigen Soldaten im außerhäuslichen Bereich tätig, mit der Gründung von Vereinen eigneten sie sich zusätzlich neue Organisationsformen an und traten somit in die (politische) Öffentlichkeit ein. Nach dem Krieg suchte auch in Baden die weibliche humanitäre Betätigung nach einem anderen Ziel und fand es in den Herausforderungen des beginnenden Pauperismus. Kriegsschäden, aber auch mehrere Jahre von Missernten hatten die Lage für die Bevölkerung stark verschlechtert. Zur Bewältigung der Missstände im ersten der schweren Hungerjahre 1816/17 gründete Großherzogin Stephanie den *Allgemeinen Wohltätigkeitsverein für das Großherzogtum Baden*. Zweck des Vereins war die Förderung des Gewerbefleißes, die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Nahrungszweige, sowie die Unterstützung arbeitsunfähiger Armer. Daneben gab es örtlich auch unabhängig von diesem zentralen Verein gegründete Frauenvereine mit ähnlichen Zielsetzungen, so etwa der Frauenverein in Durlach (gegründet 1815). Einige dieser und manche der Zweigvereine des Allgemeinen Wohltätigkeitsvereins bestanden auch nach dessen Auflösung 1825 weiter.

Stand der Badische Frauenverein bei seiner Gründung eindeutig in der Tradition der patriotischen Frauenvereine des frühen 19. Jahrhunderts, so erwies sich die Tradition lokaler Frauenvereine für die Organisation eines zentralen Vereins als problematisch. Als nach dem raschen Ende des Krieges 1859 die

Entscheidung für den Weiterbestand des Vereins gefällt wurde, wurde beschlossen, Mitgliederbeiträge und Spenden für eine karitati-



ve Tätigkeit zu verwenden, die die Arbeit bereits bestehender Vereine nicht beeinträchtigte, sondern ergänzte. Neben der Förderung der Erwerbsmöglichkeiten für Frauen und Mädchen aus ärmeren Schichten, der Armen-, Kinder- und Gesundheitsfürsorge in Reaktion auf die weiterhin bestehenden Herausforderungen der sozialen Frage stand vor allem die Verbesserung der Krankenpflege im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Frauenvereins. Die Kriege des 19. Jahrhunderts, nicht zuletzt der Italienische Krieg, hatten die Defizite vor allem des Sanitätswesens mehr als deutlich gemacht, deren Beschreibung durch Henry Dunant ja zur Gründung des Roten Kreuzes führte. Trotz dieser neuen Aufgabe brachten erst die Kriege von 1866 und 1870/71 die endgültige Durchsetzung des Badischen Frauenvereins gegenüber den lokalen karitativen Vereinigungen. Die in Antwort auf die jeweils örtlich unterschiedlich ausgeprägten Herausforderungen des Pauperismus gegründeten lokalen Frauenvereine erfüllten ihre Funktion offenbar lange über die Jahrhundertmitte hinaus. Eine Zentralisierung der Wohltätigkeit ließ sich nur sehr langsam durchsetzen.



Gesellenbrief der Karlsruher Schreinerzunft
für Franz Doll 1809
38 x 48,5 cm
GLA Karlsruhe J-M-K/9

Rechts: Verkündung des Bundesbeschlusses gegen unerlaubte
Gesellenverbände vom 3.12.1840 im Großherzoglich Badischen
Staats- und Regierungsblatt 39 (1841), S. 11f.
25 x 20,5 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe Zc 198 (1841)

Arbeiterbewegung

Ein Gespenst geht um in Europa - das Gespenst des Kommunismus, verkündeten Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem 1848 erschienenen Manifest der Kommunistischen Partei. In Baden jedoch fiel die Geisterstunde aus. Eine organisierte Arbeiterbewegung gab es dort am Vorabend der Revolution nicht.

Gleichwohl waren weite Kreise der Bevölkerung sozial auf dem Weg zu einer Proletarierexistenz. Die „Quellschichten der Arbeiterschaft“ bildeten die Handwerksgelesen sowie die unterbäuerliche und unterhandwerkliche Bevölkerung, die sich teils als Heimarbeiter, teils als Tagelöhner verdingten. Auf dem Land war ein Großteil der wachsenden Einwohnerschaft auf Nebeneinkünfte aus dem protoindustriellen Heimgewerbe angewiesen, um Schwankungen in der Nahrungsmittelproduktion auszugleichen. Einzelnen Sparten des nach dem Verlagssystem gegliederten Heimgewerbes wie der Zigarren-, Uhren- oder Seidenbandfabrikation brachte die Bevölkerungsexplosion wachsende Konkurrenz, ob durch weitere Verlagsarbeiter oder durch die industrielle Produktion.

Auch im Handwerk, das den größten Beschäftigtenanteil im Verarbeitenden Gewerbe aufwies, herrschte eine Strukturkrise. Das Handwerk war überbesetzt; bei den Schustern und Schneidern produzierten immer mehr Meister und Gesellen. Trotz sinkender Nachfrage wuchs die Zahl der Meisterbetriebe ohne Gesellen stetig. Zudem war den nachrückenden Gesellen der Aufstieg verbaut, während industriell gefertigte Waren kostengünstig auf den Markt drängten.

Die in Bruderschaften verbundenen Handwerksgelesen waren den staatlichen Aufsichtsbehörden ein ständiger Unruheherd, da sie

gegen die Gefahr des sozialen Niedergangs, des Verlusts der Meisterperspektive und des drohenden Abstiegs in die Tagelöhnerarbeit, aufbegehrten; letztere sahen sie als eine Verletzung ihrer korporativen Ehre an. Als besonders zwielichtig galten den staatlichen Organen die



wandernden Gesellen, die traditionell auf die Walz gingen, um mit den Wanderjahren die Voraussetzungen für die Meisterprüfung zu erwerben. Gegen die Gesellenbruderschaften ging das badische Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten mit dem am 8. Januar 1841 verkündeten Erlass vor und setzte so einen Beschluss des Deutschen Bundes um, der schon 1835 das Wandern in die Schweiz und nach Frankreich wegen der dortigen radikaldemokratischen Organisationen via Baden untersagt hatte.

Gesellen, die sich den verbotenen Vereinigungen angeschlossen hatten, bekamen, wenn dies außerhalb ihres Heimatlands geschah, nach der Bestrafung ihre Wanderbücher bzw. Reisepässe abgenommen, die an ihr Herkunftsland abgegeben wurden. Zweitens sollten die Gesellen nach verbüßter Strafe in ihr Heimatland ausgewiesen werden; Arbeit in einem anderen Bundesstaat sollten sie nicht mehr antreten dürfen. Drittens hatten die Behörden sich mittels Listen über die Namen einschlägig bekannter Gesellen zu informieren, wenn diese wieder auf Wanderschaft gingen. Schließlich war der Beschluss der Bundesver-

sammlung jedem Gesellen vor Ausgabe seines Wanderbuches oder Reisespasses, d.h. vor Antritt der Walz, bekannt zu machen.

Die Gesellenverbindungen waren die Keimzelle der späteren, organisierten Arbeiterbewegung, die sich erst in der zweiten Jahrhunderthälfte formierte. Bis dahin kam es wegen der staatlichen Repression nur vereinzelt und in verdeckter Form zu Zusammenschlüssen mit dem Ziel, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu ändern: 1844-47 bestand ein Gesellenverein in Mannheim, wo möglicherweise schon 1843/44 ein Zweigverein des *Bundes der Gerechten* gegründet worden war; 1847 entstanden ein Gesellenverein in Heidelberg sowie 1847/48 ein Arbeiterverein in Karlsruhe. Erst durch die Arbeiterbildungsvereine (z.B. 1860 in Konstanz und Neustadt/Schwarzwald) und die Gewerkschaftsgründungen wuchs ein politisch zunehmend einflussreicher Arbeiterzusammenschluss heran, wobei nach der Gründung des Vereinstags deutscher Arbeitervereine (1863) weder der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (1863) von Ferdinand Lassalle – außer in Karlsruhe und Mannheim – noch die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1869) um August Bebel und Wilhelm Liebknecht richtig Fuß fassen konnte.

Erst deren Vereinigung in der Sozialistischen Arbeiterpartei (1875) mit Schwerpunkten in Mannheim und Pforzheim, mehr noch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1890) schlugen in Baden Wurzeln. Letztere stieg bei der Reichstagswahl 1890 landesweit zur drittstärksten Kraft auf (11,4 %), ein Jahr später zogen erstmals zwei Sozialdemokraten in den Landtag ein.

Beilage zum Odenwälder Boten Nr. 21 vom
12.3.1850
27,5 x 20 cm
GLA Karlsruhe 345 / A 904



[283.3]

Nachricht für Auswanderer nach Nordamerika.

Die Generalagentur der Fahrgelegenheiten

zwischen
Havre und New-York und New-Orleans

von
Washington Finlay in Mainz

und
Washington Finlay & Comp in Havre

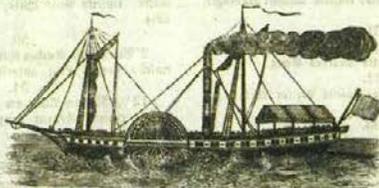
expediert regelmäßig das ganze Jahr hindurch alle **10 Tage** ausgezeichnete Dredmaßer von Havre nach New-York, und ebenso in den Monaten März, April u. Mai und in den Herbstmonaten nach New-Orleans.

Nähere Auskunft über die Bedingungen erteilt der zu Referatabschluss bevollmächtigte Agent

B. S. Herkert in Buchen.

[261.3] Heilbronn.

NECKAR
SCHIFF



DAMPF
FAHRT.

Die Eröffnung des diesjährigen regelmäßigen täglichen Dienstes der Neckardampfschiffe zwischen Heilbronn und Heidelberg ist auf **Mittwoch, den 6. März**, festgesetzt.

Die Abfahrt in Heilbronn geschieht Morgens 8 $\frac{1}{2}$ Uhr nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Stuttgart; die Abfahrt in Heidelberg ist Morgens 7 Uhr nach Ankunft des ersten Eisenbahnzuges von Mannheim.

Die Fahr- und Frachtpreise sind unverändert.
Heilbronn, den 26. Februar 1850.

Die Direktion.

Zwangsliegenchaftsversteigerung.



[302.1] Neckarelz.

In Folge richterlicher Verfügung werden der Georg Peter Gieseler von hier nachfolgende Liegenschaften
Dienstag, den 26. März d. J.
Nachmittags 2 Uhr,

auf hiesigem Markthause im Zwangswege öffentlich versteigert, wozu die Liebhaber mit dem Bemerken eingeladen werden, daß der endgültige Zuschlag erfolge, wenn der Schätungspreis und darüber geboten werde.

Schätungspreis. fl.

1.

Die vorbere Güllte eines einstöckigen Wohnhauses nebst Zugehörte, und die Güllte von 27 Ruthen Garten beim Haus an der Landstraße, Haus Nr. 60

345

2.

2 Morgen 1 Viertel 13 $\frac{1}{2}$ Ruthen

Uder in 6 Parzellen	Schätungspreis. fl.
3 Viertel 14 Ruthen Weizen in 4 Parzellen	770
35 Ruthen Gadenrain	206
10 Ruthen Garten in 2 Parzellen	30
Neckarelz, den 2. März 1850.	22

3.

4.

5.

Das Bürgermeisterramt.

Gertt.

vdt. G. Dendich.

Kapitalgefuch.

[108.2] Mosbach. Es werden

gegen erste gerichtliche Versicherung 600 Gulden zu leihen gesucht. Näheres bei der Redaktion dieses Blattes.

Bedruckt und verlegt von R. Müller, Schloßgasse Nr. 36 in Mosbach.

302

Rechts:
Gemarkungsplan von Ferdinandsdorf 1905
58 x 72 cm (Ausschnitt)
GLA Karlsruhe H 1:10.000 Eberbach / 7d

Auswanderung

Obwohl nach wie vor einzelne Menschen und Familien Deutschland verlassen, ist die Bundesrepublik heute ein typisches Einwanderungsland. Doch dies war nicht immer so. Besonders zur Mitte des 19. Jahrhunderts waren die deutschen Staaten klassische Auswanderungsländer. Eine Abwanderung konnte religiös, ökonomisch, politisch oder ganz individuell begründet sein. Die Auswanderungsbewegungen selbst verliefen in Wellen, die durch die jeweilige Situation im Heimatland hervorgerufen wurden. Amerika war für 90 Prozent der Auswanderer das Ziel.

Bis in das beginnende 19. Jahrhundert waren für einzelne Gruppen vielfach religiöse Motive entscheidend gewesen. Die eigentliche Massenauswanderung stand jedoch meist im direkten Zusammenhang mit wirtschaftlichen Notzeiten. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts sorgten immer wieder schreckliche Hungerkrisen bei vielen Menschen für Abwanderungsgedanken. Allein in den Jahren 1850 bis 1855 verließen Baden nach offiziellen Statistiken 62.444 Menschen, d.h. 4,5 Prozent der Bevölkerung.

Ein typisches Beispiel für eine Auswanderung infolge von Missernten und Hungersnot ist der Ort Ferdinandsdorf unweit von Eberbach. Bereits seit 1828 hatte es immer wieder Bestrebungen von staatlicher Seite gegeben, einzelne Bewohner zur Ausreise zu bewegen. Denn die öffentlich finanzierte Auswanderung kam mittelfristig billiger als eine permanente Armenunterstützung. Im September 1846 reisten insgesamt 39 Personen nach Amerika aus.

Am 28. Dezember 1850 verkündete das badische Staatsministerium die Auflösung der Gemeinde. Am 11. März 1851 bestiegen die

letzten 47 Ferdinandsdorfer die Neckarschiffe in Richtung Mannheim. Über Bremen traf die kleine Gruppe am 3. Mai 1851 in New York ein. Der badische Staat hatte die Auswanderer auch aus diplomatischen Interessen unterstützt: Sie sollten bei der Ankunft in den USA keinen allzu erbärmlichen Eindruck machen, hätte dies doch ein schlechtes Licht auf ihr Herkunftsland geworfen. Diejenigen aber, die nicht hatten auswandern wollen, wurden rigoros auf die umliegenden Gemeinden verteilt. Heute zeugen außer den Schriftstücken im Generallandesarchiv Karlsruhe nur noch einige wenige vom Wald überwucherte Ruinen vom Schicksal Ferdinandsdorfs.

In diesem Fall „kümmerte“ sich der Staat um die Ausreise, so dass hier von einer relativ geregelten Auswanderung ausgegangen werden kann. Vielfach waren die Auswanderer aber vor erhebliche Probleme gestellt, bei denen ihnen auch die als Ratgeber gekauften Broschüren nicht weiterhelfen konnten: Die Unterbringung der Auswanderer in den Hafenzentren war schlecht, ihre rücksichtslose Ausbeutung durch Agenten und Reedereien an der Tagesordnung. In die Schiffe wurden spezielle Zwischendecks eingebaut, die nur den Zweck hatten, möglichst viele Passagiere transportieren zu können. Schlechte hygienische Verhältnisse, mangelnde Verpflegung, Krankheiten und Todesfälle waren an Bord keine Seltenheit, dazu kamen Schiffsglücke.

Durch all diese Missstände und die größeren werdenden Menschenzahlen geriet die Auswanderungsproblematik immer stärker in das Bewusstsein der Zeitgenossen. Nach und nach wurden Maßnahmen zur Behebung der größten Übel ergriffen. Trotzdem blieb die

Auswanderung ein riskantes Unternehmen, auf dessen Gefahren durch entsprechende Plakate hingewiesen wurde.



Eine besondere Welle politisch bedingter Auswanderung aus den deutschen Staaten brachte die gescheiterte Revolution von 1848/49 mit sich. Nach dem Sieg der konservativen Kräfte flohen viele „Achtundvierziger“ vor einer drohenden Verhaftung oder aus Enttäuschung über die Rückkehr zu den alten antidemokratischen Verhältnissen. Manchmal gaben auch, angeregt durch Erfolgsmeldungen aus Amerika, ganz persönliche Motive den Anstoß zur Auswanderung. Abenteuerlust und Neugier trieben viele dazu, ihr Glück zu versuchen. Nach den Goldfunden in Kalifornien Anfang 1848 etwa ließ sich mancher vom Goldrausch verführen. Andere glaubten, sich durch eine Flucht in die USA der Polizei oder den Forderungen ihrer Gläubiger entziehen zu können.

JT

Literaturhinweise

ABEGG, Daniel Theophil: Zur Verarmungsfrage, mit besonderer Berücksichtigung des Großherzogthums Baden, Rastatt 1849.

BADEN. Land – Staat – Volk 1806–1871, hg. vom Generallandesarchiv Karlsruhe, Karlsruhe 1980.

BAYER, Dorothee: O gib mir Brot. Die Hungerjahre 1816 und 1817 in Württemberg und Baden (Schriftenreihe des Deutschen Brotmuseums, 5), Ulm 1966.

BENRATH, Gustav Adolf: Die Verbreitung der Erweckungsbewegung in Baden 1840–1860, in: Wennemuth, Udo (Hg.): Mission und Diakonie, Kultur und Politik. Vereinswesen und Gemeinschaften in der evangelischen Kirche in Baden im 19. Jahrhundert, Karlsruhe 2004, S.1–71.

BORCHERDT, Christoph u.a.: Die Landwirtschaft in Baden und Württemberg. Veränderungen von Anbau, Viehhaltung und landwirtschaftlichen Betriebsgrößen 1850–1980 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, 12), Stuttgart u.a. 1985.

BREITKOPF, Bernd und Hochstuhl, Kurt u.a.: Sulzfeld. Von Bauern, Steinhauern und Edelleuten, Ubstadt-Weiher 1997.

BROSCHIE, Kristine: Der Tabakanbau am Oberrhein, Diss. Bonn 1952 (masch.).

BROT ist Freiheit, Freiheit Brot. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Südbaden 1832–1933, hg. von der Industriegewerkschaft Metall. Bearb. von Anna Merklin, Heilbronn 1991.

Aus der CHRONIK der Ärzteschaft Karlsruhe 1715–1977. Nach alten Aufzeichnungen, aktuellen Berichten, Biographien und Presseveröffentlichungen. Zsgest. u. verf. von Günter Diercksen, Karlsruhe 1978.

DE BOER, Jelle Zeilinga und Sanders, Donald Theodore: Das Jahr ohne Sommer. Die großen Vulkanausbrüche der Menschheitsgeschichte und ihre Folgen, Essen 2004.

DOKUMENTE zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Württemberg und Baden 1848–1949. Ausgew. und bearb. von Peter Scherer und Peter Schaaf (Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, 1), Stuttgart 1984.

DORNEICH, Julius: Franz Josef Buß und die katholische Bewegung in Baden (Abhandlungen zur Oberrheinischen Kirchengeschichte, 7), Freiburg 1979.

EISENBAHNPIEBER. Badens Aufbruch ins Industriezeitalter, hg. vom Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim, Ubstadt-Weiher 1990.

ENGELS, Friedrich: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Nach eigener Anschauung und authentischen Quellen (Leipzig 1845), Berlin (DDR) 1979.

ERR, Rainer und Bergmann, Werner: Die Nachtseite der Judenemanzipation. Der Widerstand gegen die Integration der Juden in Deutschland 1780–1860 (Antisemitismus und jüdische Geschichte, 1), Berlin 1989.

GALLUSER, Werner und Schenker, André: Die Auen am Oberrhein / Les zones alluviales du Rhin supérieur. Ausmaß und Perspektiven des Landschaftswandels am südlichen und mittleren Oberrhein seit 1800, Basel 1992.

GESCHICHTE des Badischen Frauenvereins 1859–1906, hg. vom Badischen Frauenverein, Karlsruhe 1906.

GRAEF, Gottlieb: Der Tolnayshof, in: Fränkische Blätter. Monatsschrift für Heimatkunde des badischen Frankenlandes 5 (1922) Nr. 7 (o. S.).

GÜTZLER, Heinz: Das Rheinauer Industrie- und Hafengebiet von 1873 bis 1914. Ein Beitrag zur Geschichte der Industrie und der Schifffahrt am mittleren Oberrhein (Heidelberger Veröffentlichungen zur Landesgeschichte und Landeskunde, 7), Heidelberg 1961.

HAHN, Barbara (Hg.): Mannheim. Analyse einer Stadt (Südwestdeutsche Schriften, 13), Mannheim 1992.

HELBICH, Wolfgang J. (Hg.): Briefe aus Amerika. Deutsche Auswanderer schreiben aus der Neuen Welt 1830–1930, München 1988.

HEUNISCH, Adam Ignaz Valentin: Geographisch-statistisch-topographische Beschreibung des Großherzogthums Baden nach den Bestimmungen der Organisation vom Jahre 1832, Heidelberg 1833.

DERS.: Handbuch für Reisende im Großherzogthum Baden. Mit einem Anhang von Aloys Schreiber, Stuttgart 1837.

DERS.: Das Großherzogthum Baden. Historisch-geographisch-statistisch-topographisch beschrieben. Mit Beigaben von J[osef] Bader, Heidelberg 1857.

HIPPEL, Wolfgang von: Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1800 bis 1918, in: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte, hg. von Hansmartin Schwarzmeier im Auftrag der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Bd. 3: Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien, Stuttgart 1992, S. 477–784.

JANTKE, Carl und Hilger, Dietrich (Hg.): Die Eigentumslosen. Der deutsche Pauperismus und die Emanzipationskrise in Darstellungen und Deutungen der zeitgenössischen Literatur, Freiburg und München 1965.

KAHLERT, Helmut: 300 Jahre Schwarzwälder Uhrenindustrie, Gernsbach 1986.

DERS.: Furtwangen als „Centralort“ der Schwarzwälder Uhrenproduktion – Werden und Wandel des Furtwanger Uhrengewerbes, in: Ludger Beckmann u.a. (Hg.): Furtwangen 1179–1873. Beiträge zu Geschichte einer Stadt im Schwarzwald, Furtwangen 2004, S. 309–395.

KASCHUBA, Wolfgang: Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 5), München 1990.

KOLB, [Johann] B[aptist]: Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogthum Baden, 3 Bde., Karlsruhe 1813–1816.

LAMB, Hubert H.: Klima und Kulturgeschichte. Der Einfluss des Wetters auf den Gang der Geschichte, Reinbeck 1994.

Das LAND Baden-Württemberg. Amtliche Beschreibung nach Kreisen und Gemeinden, hg. von der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Stuttgart 1974ff.

Der LANDKREIS Rastatt. Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg, bearb. von der Außenstelle Karlsruhe der Abteilung Landesforschung und Landesbeschreibung in der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Landkreis Rastatt und dem Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, 2 Bde., Stuttgart 2002.

LUTZER, Kerstin: Der Badische Frauenverein 1859–1918. Rotes Kreuz, Fürsorge und Frauenfrage, Stuttgart 2002.

MOLTMANN, Günter (Hg.): Aufbruch nach Amerika. Friedrich List und die Auswanderung aus Baden und Württemberg 1816/17. Dokumentation einer sozialen Bewegung, Tübingen 1979.

MOSES, Annett: Kriminalität in Baden im 19. Jahrhundert. Die „Übersicht der Strafrechtspflege“ als Quelle der historischen Kriminologie (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B: Forschungen, 163), Stuttgart 2006.

Der NECKAR-ODENWALD-KREIS. Kreisbeschreibungen des Landes Baden-Württemberg, bearb. von der Abteilung Landesbeschreibung des Generallandesarchivs Karlsruhe, hg. von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg in Verbindung mit dem Neckar-Odenwald-Kreis, 2 Bde., Sigmaringen 1992.

NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, 6. Aufl. München 1993.

NOLTZE, Katja: Die Spinnerei und Weberei Ettlingen. Ein kunsthistorischer Beitrag zur industriearchäologischen Forschung (Beiträge zur Geschichte der Stadt Ettlingen, 12), Karlsruhe 1994.

PICH, Sabine: Zwischen Fabrik und Feldarbeit. Tabakanbau und Zigarrenindustrie in der Geschichte von St. Leon-Rot, Ubstadt-Weiher 1991.

REITER, Annette: Die Sammlung A. W. Heil. Politische Druckgraphik des Vormärz und der Revolution 1848/49, Stuttgart 1994.

ROHRBACHER, Stefan: Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen im Vormärz und Restauration 1815–1848/49 (Schriften des Zentrums für Antisemitismusforschung Berlin, 1), Frankfurt a.M. und New York 1993.

SCHAIER, Joachim: Verwaltungshandeln in einer Hungerkrise. Die Hungersnot 1846/47 im badischen Odenwald, Wiesbaden 1991.

SCHILDT, Gerhard: Die Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, 36), München 1996.

SCHULZ, Günther: Schulpflicht, Kinderschutz, technischer Fortschritt und öffentliche Meinung. Die Beschäftigung von Kindern in Fabriken und die Ursachen ihres Rückgangs (1817–1860), in: Ders. (Hg.): Von der Landwirtschaft zur Industrie. Wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Friedrich-Wilhelm Henning zum 65. Geburtstag, Paderborn 1996, S. 61–76.

STEGMANN, Franz Josef (Hg.): Franz Josef von Buß 1803–1878 (Beiträge zur Katholizismusforschung, 13), Paderborn u.a. 1994.

STEMMERMANN, Paul Hans: Die badisch-pfälzische Familie Buhl. Biographie einer Familie von Industriepionieren und liberalen Politikern, in: Alfons Schäfer (Hg.): Neue Forschungen zu Grund-

problemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Oberrheinische Studien, 2), Karlsruhe 1973, S. 285–334.

STUDE, Jürgen: „Freiheit, Gleichheit – aber d’Jude min umbracht si.“ Die Ortenauer Juden im Vormärz und in der Badischen Revolution 1848/49, in: Die Ortenau 78 (1998), S. 616–635.

UHLIG, Otto: Die Schwabekinder aus Tirol und Vorarlberg, 4. Aufl. Innsbruck 2003.

VOLZ, Robert Wilhelm: Das Spitalwesen und die Spitäler des Großherzogthums Baden. Nach ihrem jetzigen Bestande und ihrer geschichtlichen Entwicklung geschildert, Karlsruhe 1861.

WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2: Von der Reformära bis zur industriellen und politischen Deutschen Doppelrevolution 1815–1848/49, 3. Aufl. München 1996.

WEIß, John Gustav: Regesten der Freiherren von Adelsheim, Mannheim 1888.

WIRTZ, Rainer: „Widersetzlichkeiten, Excesse, Cravalle, Tumulte und Skandale“. Soziale Bewegung und gewalthafter sozialer Protest in Baden 1815 bis 1848, Konstanz 1979.

„ZEITSPANNE – Spannende Zeit“. 150 Jahre Niefernburg: vom Rettungshaus zur Sozialpädagogischen Einrichtung, Niefern 2006.

ZIER, Hans Georg: Johann Gottfried Tulla. Ein Lebensbild, in: Badische Heimat 50 (1970), S. 379–449.

DERS.: Die Industrialisierung des Karlsruher Raumes. Ein Beitrag zur Wirtschaftsgeschichte Badens, in: Alfons Schäfer (Hg.): Neue Forschungen zu Grundproblemen der badischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert (Oberrheinische Studien, 2), Karlsruhe 1973, S. 335–372.

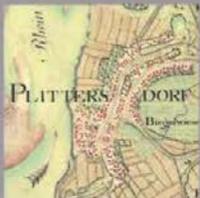
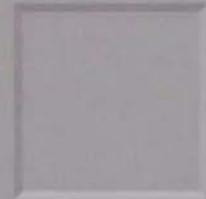
Mit ZORN und Eifer. Karikaturen aus der Revolution 1848/49. Der Bestand des Reiss-Museums Mannheim, bearb. von Grit Arnscheidt. Mit Beitr. von Peter Blastenbrei, hg. von Hansjörg Probst und Karin von Welck, München und Berlin 1998.

Autorenverzeichnis

CR	Dr. Clemens Rehm
CS	Christiana Scheuble
HJ	Dr. Herwig John
HK	Dr. Hartmut Klüver
JT	Dr. Jürgen Treffeisen
KA	Dr. Kurt Andermann
KE	Dr. Kathrin Enzel
KK	Prof. Dr. Konrad Krimm
MB	Michael Bock
MS	Dr. Martin Stingl
PE	Dr. Peter Exner
RB	Dr. Rainer Brüning



Wege aus der Armut



Baden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts



